Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Impressum: Eigentümer und Herausgeber: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Karl Peter Schwarz. Erscheint im Verlag: Alois Wieser Gesellschaft m. b. H. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m. b. H., Halbgasse 12, 1070 Wien Kommunistischer Bund Österreichs, Halbgasse 12, 1070 Wien Tel.: 0222/93 83 37

P.b.b. Nr.1/Jahrgang1 Preis4.– 9.August1976

Israel will den Südlibanon annektieren

Israel bereitet gegenwärtig planmäßig die Annexion des Südlibanon vor. Die Angriffe der Faschisten auf die palästinische Revolution im Libanon hat der Zionismus selbst mitangestiftet. Die syrische Invasion, die den Faschisten im letzten Augenblick zuhilfe eilte, kam Israel unmittelbar zugute. Jetzt möchte der Zionismus direkt daran gehen, die Früchte seiner Saat zu ernten. Unter der Bevölkerung des Südlibanon soll der Gedanke getragen werden, Israel sei "human und zivilisiert". Von der Nordgrenze des Staates wurden seit Jahren mörderische Angriffe auf die Flüchtlingslager des palästinensischen Volkes im Südlibanon geführt. Heute wird sie für libanesische Kaufleute geöffnet. Drei Erste-Hilfe-Stationen wurden eingerichtet, über diedie bürgerliche Presse in großer Aufmachung berichtet. Der Zweck dieser Maßnahmem: Über die Belieferung mit Konsumgütern und Lebensmitteln soll die Annexion wirtschaftlich und propagandistisch vorbereitet werden, um sie dann militärisch durchzuführen.

Daß Israel "human und demokratisch" sei, verbreiten Regierung und bürgerliche Presse auch in Österreich seit dem israelischen Piratenakt in Uganda mit besonderem Nachdruck. Auch in der ÖGB-Zeitung "Der Privatangestellte" (Juli, Nr.638) liest man, Israel sei "die einzige Demokratie zwischen dem Mittelmeer und Japan".
Um was für einen Staat handelt es sich aber? In Israel-

- unterstehen weite Gebiete direkt der Militärverwaltung. Dort leben etwa 85% der Palästinenser in Israel. Die Militärregierung geht mit Ausnahmegesetzen vor. Jede Person kann in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden. Die "Administrativhaft" ermöglicht der Regierung, Personen ohne Prozeß für unbeschränkte Zeit in Haft zu halten.
- geben die "Notstandsgesetze" dem Verteidigungsminister alle Vollmachten, ganze Landstriche zu "Sperrgebiet" oder "Sicherheitsgebiet" zu erklären. Diese Gebiete dürfen ohne Erlaubnis nicht betreten oder verlassen werden.
- kann der Landwirtschaftsminister "Sperrgebiete" jüdischen Siedlern übergeben, der arabischen Bevölkerung wird damit ihr restliches Land geraubt.
- erhalten die arabischen Arbeiter nur 5o-6o% des Lohnes eines jüdischen Arbeiters. Durch die Eingliederung arabischer Arbeitskräfte in die israelische Wirtschaft versucht der Zionistenstaat, den Arbeitskräftemangel zu re-

Fortsetzung nächste Seite



Mit 1.ooo Traktoren waren aufgebrachte Bauern am 22. Juli nach Klagenfurt gekommen, um gegen das Verhandlungsergebnis über die neuen Agrarpreise zu protestieren. Im Bild: die Demonstration vor der Kärntner Landwirtschaftskammer. Zum Kampf der kleinen Bauern siehe Artikel auf Seite 3 und 4.

Kommunistischer Bund Österreichs gegründet

Gründungserklärung:

Am 6.8.1976 wurde in Wien der Kommunistische Bund Österreichs gegründet.Ein Programm und ein Statut wurden beschlossen , in Resolutionen wurde eine Einschätzung der politischen Lage auf der Welt und in Österreich vorgenommen, die Hauptfragen unserer politischen Linie wurden festgelegt, ein Zentralkomitee wurde gewählt.

Gleichzeitig haben sich der KB Graz, KB Linz, KB Tirol, KB Salzburg/Hallein, der KB Wien und die KG Klagenfurt in den Kommunistischen Bund Österreichs aufgelöst.

Anwesend waren weiters Gastdelegierte mit beratender Stimme aus Knittelfeld und Vorarlberg sowie von MLS Wien, MLS Linz, MSB Salzburg, VUV Wien, RSB Wien. Als ausländischer Gast war ein Vertreter des KB Westdeutschland anwesend.

Die Gründung des Kommunistischen Bundes Österreichs stellt einen wichtigen Schritt in der Entwicklung der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich dar. Das Programm des Kommunistischen Bundes Österreichs hält zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich fest: "In Österreich haben ebenfalls eine Reihe aufrechter Kommunisten am Marxismus-Leninismus festgehalten. In den letzten Jahren sind neue Kräfte zur marxistisch-leninistischen Bewegung gestoßen und sie hat einen neuen Aufschwung genommen". Diese neuen Kräfte, die ihren Ursprung in der demokratischen Jugend- und Studentenbewegung Ende der 60er Jahre hatten, haben sich rasch entwickelt und sich seit Anfang der 70er Jahre als örtliche marxistisch-leninistische Zirkel organisiert, die ihre Aufgabe in der Verbindung des Marxismus-Leninismus mit dem Klassenkampf in Österreich und in der Verankerung im Industrieproletariat sahen. Die Fortschritte dabei haben jetzt die Gründung einer einheitlichen, in ganz Österreich tätigen, demokratisch-zentralistisch aufgebauten Kampf-Organisation ermöglicht. Die Gründung des Kommunistischen Bundes Österreichs wurde vorbereitet durch eine jahrelange enge ideologische Verbindung und politische Zusammenarbeit der KB's, sowie insbesondere durch die im letzten halben Jahr erfolgte gemeinsame Ausarbeitung von Programm und Statut.

Im Kommunistischen Bund Österreichs ist der größte Teil der organisierten Marxisten-Leninisten zusammengefaßt und er ist, verglichen mit den anderen marxistisch-leninistischen Organisationen, die stärkste und einflußreichste politische Kraft.

Da seit dem revisionistischen Verrat der KPÖ die österreichische Arbeiterklasse keine proletarische Klassenpartei und somit keine revolutionäre Führung mehr hat, sieht der Kommunistische Bund Österreichs heute seine Hauptauf-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 1

Israel will den Südlibanon annektieren

duzieren, der infolge des Ausbaus der israelischen Eroberungsarmee ständig steigt.
Diese Gesetze und Regelungen werden in ihrer Gesamtheit nur gegen die arabische Bevölkerung angewendet. Es sind rassistische Gesetze, die das palästinensische Volk entrechten und unterdrücken. Seit seiner Gründung 1948 hat der israelische Staat mit Gewalt und Terror gearbeitet.Vor 1948 gehörten nur 6% des Bodens in Palästina jüdischen Siedlern, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung war 31%. In den Kriegen von 1948, 1956 und 1967 hat der Zionismus ganz Palästina und Teile Syriens und Ägyptens besetzt und kolonisiert. Von den 3,35 Millionen Palästinensern wurden 1,84 Mio aus ihrer Heimat vertrieben. Sie leben unter elendsten Bedingungen in Lagern wie Tel al-Zaatar im Libanon, in Jordanien, Syrien, und in anderen arabischen Ländern. 1,51 Mio leben im besetzten Palästina selbst. Die "Demokratie" und "Humanität" Israels, das sind der Landraub am Volk Palästinas, das sind die kolonialen Eroberungszüge, das sind die Bombardierungen der palästinischen Flüchtlingslager. Seine Fortsetzung soll dies nach den Plänen der Kolonialisten finden in der Annexion des Südlibanon.Der palästinensische Widerstand, unter der Führung seiner Befreiungsorganisation PLO, zielt ab auf die Zerschlagung und Beseitigung dieses rassistischen Kolonialstaats. Er zielt ab auf die Errichtung eines demokratischen Staates in ganz Palästina mit gleichen Rechten für Moslems, Christen und Juden. Nur ein solcher Staat wird Demokratie für das Volk in Palästina bedeuten. Im Südlibanon kann die palästinensische Revolution Kräfte dafür sammeln, diesen Kampf zu führen. Weil dieses Gebiet solche Bedeutung für die Entfaltung des palästinensischen Befreiungskampfes hat, haben Israel und sämtliche Imperialisten alle Anstrengungen unternommen, das palästinensische Volk gerade in diesem Gebiet und im ganzen Libanon zu schwächen: Die USA und Israel liefern den faschistischen Milizen der Falange-und National-liberalen Partei Geld und Waffen . Dem syrischen Invasionsregime liefern die sowjetischen Sozialimperialisten Geld und Waffen.
Eine Kette von Gewalt und Terror soll die palästinensischen und armen libanesischen Massen niederwerfen:

- 1974 zerstört die israelische Luftwaffe das Palästinenserlager Nabatieh im Südlibanon, unzählige Flüchtlinge kommen bei den Bombardierungen ums Leben.
- Im libanesischen Bürgerkrieg nehmen faschistische Milizen Anfang 1976 das Beiruter Elendsviertel Quarantina ein. Überlebende und die Behausungen werden mit Bulldozern niedergewalzt.
- Im Frühjahr 1976 wird das Lager Jisr al-Bache von Faschisten vollständig zerstört.
- Im Juli 1976 verhindern syrische Invasionstruppen und Faschisten, daß 3oo verschüttete Frauen und Kinder im belagerten Tel al Zaatar evakuiert werden können. Sie müssen nach drei Tagen unter den Trümmern sterben.

Die palästinensische und arabische Revolution gegen Zionismus, Imperialismus und arabische Reaktion befindet sich heute in einer äußerst schwierigen Phase ihres Kampfes. Sie benötigt die Unterstützung aller fortschrittlichen Kräfte, um der drohenden Annexion des Südlibanon durch Israel wirksam entgegenzutreten. A.G.

Siehe auch Artikel Seite20

IBERIA-Prozeß neuerlich vertagt

Die Solidarität verstärken!

Am 22.Juli fand die zweite Verhandlung gegen drei Teilnehmer der großen Spanien-Demonstration im Oktober 1975 statt, in deren Anschluß mehr als tausend Demonstranten ihre Empörung über die Hinrichtung von fünf Revolutionären durch das faschistische Franco-Regime zum Ausdruck gebracht hatten, indem sie zum Büro der spanischen Luftlinie IBERIA marschierten und die Auslagenscheiben durch Steinwürfe zertrümmerten. Die Polizei ging äußerst brutal vor, sieben Personen wurden verhaftet, drei davon vor Gericht gestellt.
Auch bei der zweiten Verhandlung zeigte sich klar, daß die Angeklagten wahllos herausgegriffen worden waren, offensichtlich mit dem Ziel, die gesamte Demonstration zu einem verbrecherischen Akt zu stempeln, die Spanien-Solidarität zu kriminalisieren. Völlig widersprüchlich waren die Aussagen der Polizisten, die behaupteten, die Angeklagten beim Steinwerfen gesehen zu haben. Nicht vertuscht werden konnte auch die Brutalität, mit der die Polizei gegen Demonstranten und Passanten eingeschritten war: auf die Frage des Verteidigers, was er dazu sage, daß mehrere Zeugen klar ausgesagt hätten, der Angeklagte M.H. hätte nicht Steine geworfen, sondern vielmehr einem von der Polizei niedergeschlagenen Mädchen vom Boden aufgeholfen, antwortete der vernommene Polizist, dazu könne er nichtssagen, es seien "mehrere Mädchen und Burschen am Boden gelegen". Der Prozeß wurde neuerlich vertagt und wird voraussichtlich im September zu Ende geführt werden. Es wird notwendig sein, die Solidarität mit den Angeklagten zu verstärken!

In der Bevölkerung findet der Staat wenig Unterstützung für sein Vorgehen



Kurz nach der zweiten IBERIA-Verhandlung agitierten wir in Wien/Ottakring gegen die Spanien-Prozesse. Auf dem Plakat (Bild) hatten wir aufgemalt, warum die österreichische Bourgeoisie die Prozesse gegen die Teilnehmer an der Spaniendemonstration durchführt. Die Leute interessierten sich sehr dafür und trotz des Regens bildeten sich immer wieder Diskussionsgruppen rund um das Plakat.
Die meisten Leute waren sich einig darüber, daß der österreichische Staat die Steinwürfe gegen die Iberia nur als Vorwand für sein Vorgehen gegen die gesamte Spanien-Solidarität hinstellt. Viele fragten uns aber, ob es nicht doch gut für uns sei, wenn der Staat Geschäfte mit Spanien macht, ob es bei uns dann nicht mehr Arbeitsplätze gäbe. Wir erklärten, daß die österreichische Bourgeoisie mit diesen Geschäften das faschistische Regime in Spanien stärkt und den gerechten Kampf des spanischen Volkes schwächt und daß sie diese Geschäfte nur mit dem Geld machen kann, das sie aus der Ausbeutung der Arbeiter in den Fabriken und aus den Werktätigen hier bei uns herauspreßt. Wir sammelten viele Unterschriften gegen die Prozesse und verkauften 14 Zeitungen und 6 Spanien-Broschüren.

Zelle Ottakring/Wien

Fortsetzung von Seite 1

Gründungserklärung

gabe darin, seinen Beitrag zum Aufbau einer neuen marxistisch-leninistischen Partei der österreichischen Arbeiterklasse zu leisten. Er arbeitet an der weiteren Entwicklung der ideologischen und politischen Linie der Kommunisten in Österreich durch die Verbindung der allgemeingültigen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Situation in Österreich, er arbeitet für die Verankerung dieser Linie unter den Arbeiter-und Volksmassen und strebt auf ihrer Grundlage die Herstellung der Einheit aller Marxisten-Leninisten und die Zusammenfassung aller klassenbewußten Arbeiter und anderer revolutionärer Menschen in der Partei an.Der Kommunistische Bund Österreichs ist jederzeit bereit, sich in eine höhere Form der Einheit der Marxisten-Leninisten in Österreich aufzulösen.

Der Kommunistische Bund Österreichs gibt eine vierzehntägige Zeitung "Klassenkampf" und ein theoretisches Organ "Kommunist" heraus.

Volle Unterstützung des Kampfes der kleinen Bauern

In großen Demonstrationen und mutigen und entschlossenen Kampfaktionen haben in Kärnten einige Tausend Bauern klargemacht, daß sie die Agrarpolitik der Regierung und der Bauernverbände, der bürgerlichen Parteien ablehnen. Weitere Kampfaktionen sind geplant. Eine ursprünglich schon für die letzte Juliwoche angesetzte Blockade der Milchauslieferung wurde verschoben. Diese geplanten Kampfaktionen sind die Fortsetzung des Hungerstreiks und der vom Staat mit nackter Gewalt aufgelösten Traktorendemonstrationen und Blockaden. Es geht den Bauern um die Abgeltung der Teuerung bei den landwirtschaftlichen Produktionskosten. Diese Verteuerung trifft v.a. die kleinen selbstwirtschaftenden Bauern sehr hart, die keine fremden Arbeitskräfte ausbeuten und die sich oft nur mit Mühe über Wasser halten können. Deshalb fordern die Bauern eine Revision des von ihren "Vertretern" (ÖVP-lern) mit der SP-Regierung ausgepackelten Abkommens, weil es ihnen nur lächerliche Almosen anstelle der nötigen Teuerungsabgeltung bringt.

Wer verdient tatsächlich am Milchpreis?

Ab 1. Jänner 1977 soll die Milch für den Konsumenten 8,- Schilling, statt bisher 6,80,- kosten. Der Bauer bekommt im günstigsten Fall 20 Groschen, denn die Erhöhung bei der Milch 2. Qualität macht nur mehr 10 Groschen aus, bei Milch 3. Qualität fällt sie gänzlich weg.

Mit Recht empören sich die Bauern über die Riesenspanne, die zwischen dem, was sie bekommen und dem Konsumentenpreis steht (4,20,-!) Für diese neuerliche Erhöhung des Konsumentenmilchpreises haben sich die Regierung und die Molkereigenossenschaften verschiedene Argumente einfallen lassen. Einerseits werfen die Molkereien die gestiegenen Lohnkosten in die Waagschale. Was sie verschweigen ist, daß in den letzten Jahren durch Rationalisierungen, die die Bauern mit eigens dafür geschaffenen Baufonds tragen mußten, viel weniger Personal in den Betrieben beschäftigt ist.

Auf der anderen Seite wird der hohe Milchpreis mit dem "niedrigen" Käse- und Butterpreis gerechtfertigt. Da nur ein Drittel der Milch als Trinkmilch in den Handel kommt und der Rest auf Verarbeitungsprodukte aufgeht, muß angeblich der Milchpreis diese Produkte stützen. Daß dieses Argument nicht stimmt, weiß jeder, der Butter und Käse kaufen muß.

An die SP, die betont, daß jeder Groschen der Milchpreiserhöhung den Bauern 20 Millionen Schilling mehr bringe, kann man da nur die Frage stellen, wieviel von der Ein-Schilling-Erhöhung in die Tasche der Molkereien und über die Steuern in die Tasche des Staates fließt. Schon derzeit bekommt der Staat pro Liter Milch 50 Groschen, der Molkerei bleiben - ihre gesamten Ausgaben abgezogen - noch immer 1,40,- Schilling übrig. Für die Bauern, für die der Erzeugerpreis in über 10 Jahren nur um einen Schilling gestiegen ist, bringen die 20 Groschen, die sie noch dazu erst im Jänner nächsten Jahres bekommen sollen, überhaupt nichts.

Auch ist heuer infolge der langen Dürre bei den Kleinbauern, die ja die Milch liefern, die Grünfutterernte nur sehr schwach und zum Teil sogar ausgefallen. Der Bauer muß also sein Vieh notverkaufen oder Mischfutter auf Getreidebasis zukaufen.



Klagenfurt: die empörten Bauern diskutieren über die Kampfschritte

Die Kampfforderungen sind gerecht und in der Bauernschaft breit verankert

Es ist nur recht und billig, wenn die Bauern eine Erhöhung der Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte fordern. Da ist insbesondere ihre zentrale Forderung: 70 Groschen Erhöhung des Erzeugermilchpreises gerechtfertigt! Es ist nur gerecht, wenn sich die kleinen Bauern dagegen wehren, daß ihnen die Teuerung die Früchte ihrer harten Arbeit wegfrißt und sie in den Ruin getrieben werden. Es ist nur gerecht, wenn sie sich dabei gegen die Regierung wenden, die es offenbar darauf angelegt hat, diesen Ruin durch ihre Maßnahmen noch zu beschleunigen:

Durch ihre ganze Agrarpolitik vor allem die neue Marktordnung, die die Konzentration von Grund und Boden und den Produktionsmitteln in der Landwirtschaft verschärft und damit die Enteignung der kleinen Bauern; durch Maßnahmen wie der Mehrwertsteuererhöhung, die den Bauern (laut Angaben des Allgemeinen Bauernverbandes) bisher eine Mehrbelastung von 3 Millionen Schilling täglich gebracht hat, und die größte Frechheit ist es, wenn die Regierung, die den Bauern beim Milchpreis 20 g gerade noch zugesteht, jetzt von einer Verteuerung der Milch für den Konsumenten um S 1,20 spricht!

Obwohl sich der Arbeiterbauernbund der SPÖ, der ÖVP-Bauernbund und die Freiheitliche Bauernschaft und deren Obmänner von den Kampfschritten der Bauern distanziert haben, sah man viele Mitglieder dieser Organisationen auf den Demonstrationen. Die bürgerlichen Führer versuchten zu retten, was noch zu retten war. Sie sprachen von Sympathie für die Forderungen, aber die Verhandlung sei leider gelaufen. Auf der Demonstration in Klagenfurt und Wien bekamen sie die richtige Antwort. Als der Präsident der Kärntner Bauernkammer, Sodat, rief: "Wir stehen auf Eurer Seite!", schrien die Bauern, " "Bloße Solidarität genügt nicht!". Sodat mußte, ohne seine Rede zu beenden, abziehen. In Wien trugen die Bauern Transparente, wo der Landwirtschaftskammernpräsident Lehner und Bauernbundchef Minkowitsch, die das Abkommen am grünen Tisch ausgehandelt hatten, Verräter genannt wurden. Für viele Bauern ist es in dieser Auseinandersetzung klar geworden, daß sie nicht auf die bürgerlichen Führer vertrauen dürfen und daß die Aufspaltung in verschiedene Organisationen, die die Bauern nur für ihre Parteiinteressen ausspielen, schädlich ist.

M.H./Red.

Bauern erkennen, wer ihre wirklichen Feinde sind

"Deutschmann, komm heraus! Wir haben dich gewählt, aber unsere Interessen vertreten tust du nicht!" rief eine Gruppe von Demonstranten bei der Klagenfurter Landwirtschaftskammer, die Rechenschaft vom Kärntner Bauernbundpräsidenten (der auch ÖVP-NRAbgeordneter ist) forderte. Die Bauern hatten ihn schon zweimal in der Öffentlichkeit zur Rede gestellt und ihn in die Zwickmühle genommen. Als er sagte, er unterstütze die Bauern nicht, weil er dann die Verantwortung für die Aktionen übernehmen müßte, sagten empörte Bauern: "das ist auch kein Wunder, daß der als NR-Abgeordneter mit einem fetten GEhalt, sich einen Dreck um unsere Probleme kümmert". Ein aufgebrachter Bauer rief ihm zu: "Deutschmann, du bist ein elendiger Feigling!"

"Da muß endlich was geschehen!" sagte ein anderer Bauer. "Die Parteien, alle zusammen, treiben es schon seit Jahrzehnten mit uns, wie sie wollen. Und mit den Arbeitern ja genauso, die haben ja auch immer weniger".

Die Bauern sehen immer klarer, wessen Interessen die großen Bauernverbände und ihre Führer vertreten - die der Großbauern und Agrarkapitalisten. Sie erkennen auch immer besser, daß keine Partei sich um ihre Nöte sorgt. Klarer wird den Bauern auch, daß sie sich nicht gegen die Arbeiter ausspielen lassen dürfen, sondern daß sie mit ihnen zusammenhalten müssen. Sie beginnen, die wahren Feinde zu sehen; das hat sich in Klagenfurt gezeigt und das ist sehr gut.

K.Sch.
22. Juli/Klagenfurt

Niederträchtige Hetze der Regierungspartei

In einer beispiellosen Hetzkampagne versucht die Regierung und die Regierungspartei, Arbeiter und kleine Bauern aufeinander zu hetzen und sie zu entzweien!

o Sie sagt, daß die Bauern ohnehin reiche Säcke sind und nicht auf Kosten der Arbeiter gemästet werden dürfen. Aber ein Großteil der Bauern sind kleine Selbständige, die mit ihrer Familie zusammen verdammt viel arbeiten müssen, um sich ihr Leben zu verdienen. Und in Kärnten sind die Hälfte aller Bauern überhaupt Nebenerwerbsbauern. Freilich kommt eine Erhöhung der Erzeugerpreise auch den grossen, kapitalistischen Bauern zugute. Ist das ein Grund, die Forderungen, die das Los der Kleinbauern mildern sollen, nicht aufzustellen und nicht zu unterstützen?

o Die SPÖ ruft die Arbeiter sogar offen auf, (Kärntner Tageszeitung vom 28.7.) einen etwaigen Milchauslieferungsboykott zu durchbrechen! Das heißt, die Arbeiter sollen die Molkereien, die zu den Hauptprofiteuren der geplanten Milchverteuerung gehören, auch noch schützen!

o Das SP-Organ "Arbeiterzeitung" scheut vor keiner Niedertracht zurück und ruft offen zur Gewalt gegen die Bauern auf:
"Daß die Regierung angesichts dieser Tatsachen bäuerlicher Härte auf gleiche Weise entgegentritt, ist verständlich. Eine andere Haltung würde nicht nur manche animieren, sich auf gleichem Weg Vorteile herauszupressen, eine andere Haltung würde vor allem von der Mehrheit jener nicht verstanden werden, denen nun Mäßigkeit und Zurückhaltung abgefordert wird." (AZ, 23.7.)

Der Widerstand muß zerschlagen werden, damit selbständige Kampfaktionen der Massen nicht Schule machen, steht da zwischen den Zeilen. "Vorteile herauspressen", nennt der SP-Schreiber offensichtlich nicht nur den Kampf gegen die staatliche Agrar- und Steuerpolitik, die den beschleunigten Ruin der kleinen Bauern zugunsten der Agrarmonopole zum Inhalt hat, "Vorteile herauspressen" - würde er auch den Kampf der Arbeiter gegen Reallohnabbau nennen, von denen ja "Mäßigung abgefordert wird", damit die Kapitalisten ihre Profite sanieren können. Tatsache aber ist, daß es derselbe Staat ist, unter dessen Steuerdruck die Arbeiter und die Bauern leiden. Tatsache ist, daß es letztlich dieselben Monopolkapitalisten und Finanzmagnaten sind, die auf der einen Seite den kleinen Bauern im Genick sitzen und auf der anderen Seite Lohnraub und verschärfte Arbeitshetze in der Fabrik durchführen. Die Bauern sollen gegenüber ihren Ausplünderern Zurückhaltung üben, weil auch die Arbeiter gegenüber ihren Ausbeutern Zurückhaltung üben sollen - nichts anderes meint die "Arbeiterzeitung".

Die ÖVP stellt sich ebenfalls gegen den Kampf der Bauern; diese seien "Verführte", die nichts gewinnen würden, schreibt das ÖVP-Blatt "Neues Volksblatt" vom 13.7.

Allerdings kann die SP (bzw. die Regierung) mit ihrer Demagogie daran anknüpfen, daß die Bewegung der kleinen Bauern sich noch nicht vom ideologischen und politischen Einfluß der Großbauern und Agrarkapitalisten gelöst hat und auch die meisten Bauern im ÖVP-Bauernbund organisiert sind. Aber gerade im bisherigen Kampf hat sich gezeigt, daß die kleinen Bauern in offenen Gegensatz zu ihren Kapitalisten-Vertretern kommen und sie sehen, daß diese nur das Spiel der Regierung spielen. Schon mehrmals haben sie deshalb ihre Vertreter wie z.B. den Herrn Deutschmann, ausgebuht und zur Rede gestellt. Und in manchen Losungen hat sich der spontane Wunsch vieler kleiner Bauern geäußert, nicht gegen die Arbeiter, sondern gemeinsam mit ihnen zu kämpfen: "Bauern und Arbeiter haben die gleichen Probleme, sie zu lösen sich keiner schäme" oder "Wenn Konsumenten und Bauern sich einig werden, brauchen wir Gerechtigkeit für keinen entbehren".

Nur die Herrschaft der Arbeiterklasse kann auch den kleinen Bauern eine Perspektive weisen

Gerade die jüngste Krise hat gezeigt, daß der Kapitalismus für den Arbeiter nichts bringt als unsichere Existenz, daß ihm nach kurzer wirtschaftlicher Besserstellung immer wieder Verelendung droht, und sobald er sich wehrt, politische Unterdrückung. Nur der Sozialismus, die Herrschaft der Arbeiterklasse kann einen Ausweg schaffen. Und im Kampf für dieses Ziel müssen die Arbeiter auch die kleinen Bauern als Bundesgenossen gewinnen.
Dazu ist es auch nötig, den Kleinbauern bei seinem gerechten Kampf zur Milderung seiner Lage zu unterstützen. Freilich müssen ihm die Arbeiter aber auch klarmachen, daß dieser Kampf auf die Dauer hoffnungslos ist und seinen Abstieg ins Proletariat nicht verhindern kann. Die Großproduktion ist der Kleinproduktion überlegen. In der kapitalistischen Warenwirtschaft bedeutet das, daß die Großbauern die Kleinen unweigerlich niederkonkurrieren und sie letztlich zur Aufgabe des Hofes und zur Existenz als Lohnarbeiter zwingen. Der Kampf um höhere Erzeugerpreise kann diesen unvermeidlichen Gang der Entwicklung zwar vorübergehend hemmen, aber auf die Dauer nicht aufhalten. Auf die Dauer bedeuten höhere Erzeugerpreise sogar, daß auch dabei die Großbauern den Rahm abschöpfen und sich ihre Stellung im Verhältnis zum Kleinbauern verbessert. Sodaß der Ruin der Kleinbauern dadurch noch beschleunigt wird. Im Kapitalismus bedeutet Durchsetzung der an sich fortschrittlichen Großproduktion eben Gewalt und Not: zuerst unsägliche Überarbeit als Kleinbauer, schließlich doch Ausbeutung durch die Kapitalisten im Betrieb, oft zu noch ungünstigeren Bedingungen als für die übrige Arbeiterklasse.

Einzig der Sozialismus kann den Kleinbauern einen Weg zur Großproduktion ohne Gewalt, ohne Elend und Ausbeutung öffnen: durch den freiwilligen Zusammenschluß in sozialistischen Genossenschaften. Diese sozialistischen Genossenschaften können nur in einer Gesellschaft gedeihen, die frei ist von der kapitalistischen Profitwirtschaft, frei von der Konkurrenz, die aus dieser entspringt; in einer Gesellschaft, in der alle Werktätigen für das Wohl aller Werktätigen frei und vereint arbeiten und nicht um eine schmale Schicht von Schmarotzern zu erhalten; in der auch der Arbeiterstaat alle Möglichkeiten hat, die werktätige Bauernschaft zu fördern, statt wie heute der kapitalistische Staat, sie zu schädigen. Die sozialistische Gesellschaft entspricht daher nicht nur den Klasseninteressen der Arbeiter. Für sie können und müssen auch die kleinen Bauern gewonnen werden.

Aus einem Flugblatt der ehemaligen KG Klagenfurt



Drastische Einschränkung des Demonstrationsrechts

"Kranwagen in Gendarmeriebegleitung schufen an den neuralgischen Blokkadepunkten rasch Ordnung", schreibt das SP-Blatt "Kärntner Tageszeitung" in der Ausgabe vom 24.7., nachdem die Landesregierung die gewaltsame Zerschlagung der Bauerndemonstrationen angeordnet hatte. Bereits einen Tag vorher war ein "Allgemeines Traktorenfahrverbot" erlassen worden und Zuwiderhandelnden hohe Strafen angedroht. Im Rundfunk wurden die Kampfaktionen nur mehr als "illegale Demonstrationen" bezeichnet; in der Steiermark, wo eine Solidaritätsdemonstration durchgeführt werden sollte, wurde kurzerhand ein Demonstrationsverbot erlassen!

Die Herrschenden zeigen damit, daß ihr Staatsapparat dazu da ist, gegen das Volk vorzugehen, wenn es nicht mehr gegängelt werden kann und wenn es gegen kapitalistisches Elend und Not zu kämpfen beginnt. Sie haben das in der Vergangenheit oft genug gegenüber den Arbeitern gezeigt, sie zeigen es auch gegenüber den werktätigen Bauern. Die "Demokratie" der bürgerlichen Klasse erweist sich so als leeres Wort, grundlegende demokratische Rechte wie das Demonstrationsrecht werden ohne viel Federlesens außer Kraft gesetzt.

Gespräch mit Funktionären der slowenischen Organisationen in Klagenfurt

Welche konkreren Vorstellungen zum Boykott gibt es?

Ja, da ist alles mögliche diskutiert worden. Zum Beispiel könnte man in einigen Gemeinden schon einmal versuchen, die "Wahl"behörden gar nicht zu beschicken. Möglicherweise könnte dann die "Wahl" gar nicht durchgeführt werden.

Ein recht guter Vorschlag wurde auch noch gemacht in die Richtung, alle Österreicher aufzurufen, den Erhebungszettel durch die Parole: Weg mit dem Volkszählungsgesetz! Weg mit dem Volksgruppengesetz! unbrauchbar zu machen.

Das sind alles ganz gute Vorschläge. Außerdem wird aber noch diskutiert werden, wie man aktiver und vehementer gegen die Zählung auftreten kann. Dieser Versuch der Entrechtung muß offensiv zurückgeschlagen werden.

Die Möglichkeiten für die Besetzung von Wahlämtern werden wir uns überlegen. Außerdem sollte es in ganz Österreich am Wahltag selbst, in der Nähe der Wahllokale Kundgebungen Demonstrationen und Flugzettel geben.

Es wäre auch gut, wenn einige Wahlurnen im Laufe des "Zähltages" von den Wählern mitgenommen würden.

Was wollen die Behörden eigentlich machen, wenn wer in die Wahlzelle geht und sich dort einfach nicht entscheiden kann. Und dort bleibt. In der Wahlzelle daneben vielleicht dasselbe.
Und sollte eine neue Wahlzelle aufgestellt werden, könnte sich wieder wer finden, der nicht mehr aus der Wahlzelle will.
Das wichtigste allerdings ist, daß allen Volksteilen klar ist, wie schädlich die zusätzliche Entrechtung eines Teils des Volkes für das ganze Volk ist. Diese Spalterei nützt doch nur denen, die auf uns allen draufsitzen

Massiver Polizeieinsatz zur Einschüchterung der Gegendemonstration

In St.Jakob war der staatliche Gewaltapparat gleich doppelt im Einsatz. Auf der einen Seite nahmen höhere Vertreter des Bundesheeres selber an der Fahnenweihe teil und spielte eine Militärmusikkapelle. Für die Verteidigung der Heimat, einst und jetzt.. Weil aber die Kräfte im Volk immer stärker werden, die diese "Verteidigung der Heimat" und die damit verbundene Slowenen- und Minderheitenhetze ablehnen und bekämpfen, wurde auf der anderen Seite massiv Gendarmerie eingesetzt. Angeblich waren die "Ordnungskräfte" ja nur da, um Ausschreitungen zu verhindern. Sie nahmen ihre Ordnerfunktion jedenfalls gründlich wahr: Schon eine Stunde vor Beginn der Veranstaltung dringt Gendarmerie in das Haus ein, wo Gegner der Chauvinistenveranstaltungen einen Lautsprecher installiert haben und wollen ihn konfiszieren. Das wird verhindert. Und wenn sich die Exekutive während der Veranstaltung, bei der wir viel mit Zuschauern und Teilnehmern diskutieren, eher abwartend verhält, so sieht sie gegen Ende die Gelegenheit gekommen, einen neuen massiven Einschüchterungsversuch zu starten. Eine Polizeikette spannt ein Seil um eine Gruppe von Gegen demonstranten und versucht, diese immer mehr gegen eine dahinterliegende Hausmauer zu drängen. Als das mißlingt, weil sich alle auf den Boden setzen, fahren eine ganze Reihe von Gendarmen mit Motorrädern auf und bilden einen zweiten Kreis um die Gruppe. Dort lassen sie die Maschinen zur Einschüchterung mit Vollgas laufen. Man muß bedenken, daß diese Polizeiaktion zu einem Zeitpunkt stattfand, als die Kundgebung des Kameradschaftsbundes praktisch schon zu Ende war. Es ist klar, daß es der Gendarmerie nicht einmal darum gegangen ist, einen "ruhigen" Ablauf der Kundgebung zu sichern, sondern einfach darum, jeden Protest, jede selbständige Regung des Volkes niederzuhalten und einzuschüchtern.

WW

Reaktionäre Fahnenweihe in St. Jakob/Sentjakob in Kärnten

Wie wir bereits berichtet haben, organisieren den ganzen Sommer hindurch verschiedene chauvinistische und deutschnationale Organisationen zahlreiche Hetzveranstaltungen in Form von Fahnenweihen und Ähnlichem. Diese Veranstaltungen haben allesamt ein Ziel: Schürung des Hasses und Chauvinismus gegen die Kärntner Slowenen; Vergiftung der politischen Atmosphäre, sowie ideologische Vorbereitung der Durchsetzung der von der Regierung beschlossenen Minderheitengesetze.

Diesmal war St.Jakob/Sentjakob an der Reihe, wo der österreichische Kameradschaftsbund eine Fahnenweihe veranstaltete.
Was ist der Kameradschaftsbund?
Er ist eine Organisation von Kriegsveteranen, die mit der Verherrlichung der Traditionen des Zweiten Weltkrieges, eines imperialistischen Raubkriegs gegen die Völker der Welt, noch heute fortfährt.

Es ist klar, daß zu solchen "Festen" die offiziellen Vertreter von Stadt und Land nicht fehlen durften. Regierung und Parlamentsparteien sind es ja, die die Minderheitengesetze beschlossen haben, und sie nun durchsetzen wollen. Dazu ist ihnen auch der Kameradschaftsbund recht.

Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, wenn höchste Landespolitiker, wie Landeshauptmannstellvertreter Bacher (VP), LR Gallob, sowie FP-Chef Ferrari-Brunnenfeld die Gelegenheit nutzten, um gegen die slowenische Minderheit zu hetzen und die beiden Gesetze als "demokratisch", weil von allen im Parlament vertretenen Parteien beschlossen, hinzustellen.

SP-Spitzenpolitiker Landesrat Kerstnig hatte gleich den Ehrenschutz über die Hetzveranstaltung übernommen. VP-Chef Bacher stellte in seiner Rede fest, die Veteranen "wären in den Krieg gezogen, um ihre Heimat zu verteidigen" (der Hitlerfeldzug als Krieg zur Verteidigung der Heimat, die für LR Kerstnig dann wohl auch bis Rußland und Afrika reicht!!). Offene Propaganda für den deutschen Imperialismus ging so einher mit der Vorbereitung der Slowenenhetze und dem Chauvinismus und der Anpreisung der Minderheitenpolitik der Regierung.

Gegenkundgebung gegen den Chauvinismus!

Ungestört konnten diese Hetzer jedoch nicht agieren! Schon die Ankündigung der Veranstaltung vor einigen Wochen löste Empörung unter der St.Jakober Bevölkerung aus. Die slowenischen Gemeinderäte protestierten in der Gemeindeversammlung. Selbst eine sozialistische Jugendorganisation des Ortes protestierte angeblich beim Bürgermeister. Um möglichst keine Protestaktionen aufkommen zu lassen, bemühte sich der Bezirkshauptmann einige Male nach St.Jakob, um die Bevölkerung von den völlig "friedlichen" Absichten des Kameradschaftsbundes zu überzeugen.

Viele St.Jakober ließen sich jedoch nicht von solchen süßen Worten täuschen. Noch zu gut lagen ihnen die Hetzreden ähnlicher Veranstaltungen in den Ohren. Deshalb organisierten Bewohner von St.Jakob einige Diskussionsveranstaltungen und die Bevölkerung besprach dort geeignete Gegenmaßnahmen. Mit Unterstützung des Klagenfurter "Solidaritätskomitees für die Rechte der Kärntner Slowenen" wurde eine Protestaktion am gleichen Tag und zur selben Zeit organisiert. Mit Transparenten wurde der Veranstaltung eine geeignete "Umrahmung" gegeben. Lautstarke Sprechchöre erteilten den Festrednern auf ihre minderheitenfeindliche Hetze eine gebührende Antwort: "Weg mit der Minderheitenfeststellung", "Zwei Gesetze-keine Rechte", "Für die Erfüllung des Artikel 7", "Gegen Neonazismus", "Heimatdienst - Hetzer vom Dienst" hallte es durch den Ort. Klar wurde auch angeprangert, daß diese Veranstaltungen heute den großen Parteien und der Regierung dazu dienen, um die reaktionären, gegen die Minderheiten gerichteten Gesetze durchzusetzen.

Die Veranstaltung in St.Jakob zeigte deutlich, daß jene Zeiten, wo Reaktionäre ungestört ihre Hetze verbreiten konnten, der Vergangenheit angehören. Von Mal zu Mal erscheinen weniger auf den "Fahnenweihen". Diese Veranstaltung war die schlechtest besuchte seit langer Zeit. Unter den 1200 Marschierern konnte man solche unter 50 Jahren an den Fingern abzählen.

Die aktiven Gegenmaßnahmen waren ein guter und richtiger Schritt. Er zeigt, daß die Kräfte, die sich der reaktionären Regierungspolitik, sowie deren Helfershelfern widersetzen, wachsen.

M.St. (ein Teilnehmer)

Aktiver Boykott gegen Volks-zählung und Volksgruppengesetz!

Regierung und Parlamentsparteien haben am 7.Juli die Novelle zum Volkszählungsgesetz sowie das Volksgruppengesetz beschlossen. Somit ist gesetzlich festgeschrieben, daß die Entrechtung der Minderheiten weitergehen soll; die gewaltsame Assimilierung durch Druck, Einschüchterung und Hetze soll fortgesetzt werden, in einem solchen Klima sollen die Minderheiten, v.a. die Slowenen, die am vehementesten für die Gleichberechtigung eintreten, auf eine lächerliche Zahl hinuntergezählt werden.
Nachdem es nicht gelungen ist, schon die Beschließung der beiden undemokratischen und minderheitenfeindlichen Gesetze zu verhindern, muß sich der Kampf nach ihrer Verabschiedung auf das Zu-Fallbringen von ihnen richten.
Denn: nach wir vor geht es um dasselbe Ziel - um die volle Gleichberechtigung der Minderheiten, als notwendigen Schritt, um die Einheit der ganzen Arbeiterklasse und des gesamten Volkes für den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie und ihren Staat voranzubringen. Das heißt aber: entschlossener Kampf gegen jeden Chauvinismus; Entlarvung seiner wichtigsten Träger - der Regierung und der drei Parlamentsparteien, sowie Bekämpfung solcher offen chauvinistischer und zutiefst reaktionärer Gruppierungen wie Kärntner Heimatdienst, Kärntner Abwehrkämpferbund usw., die von der Regierung aufgewertet, vorgeschoben und zur Hetze ermutigt werden.
Die dringendste Aufgabe ist gegenwärtig dabei der Kampf gegen die geplante "Sprachenerhebung" im November dieses Jahres.

Die Sprachenzählung muß boykottiert werden!

Die Minderheitenorganisationen haben beschlossen, zum Boykott der Zählung aufzurufen. Diese Sondervolkszählung soll im gemischtsprachigen Gebiet in der Art einer Wahl durchgeführt werden. Schon seit langem vergleichen die Kärntner Zeitungen, die "Sondervolkszählung" mit einem Urnengang und Landeshauptmann Wagner hat auch schon dazu aufgerufen, daß wie bei Wahlen jeder Interessierte auch einen Kampf um die Entscheidung der "Wähler" führen könne und solle. Damit haben sie schon gesagt, was sie sich unter der Durchführung der Sprachenerhebung vorstellen: Die Grundlage für die weitere Entrechtung der Minderheiten und einen "Volkstumskampf um jede Stimme".

Demgegenüber kann nur der Boykott des ganzen chauvinistischen Vorganges die richtige Antwort sein. Damit erreicht man zugleich auch, daß die Ergebnisse dieser Zählung nicht für die Unterdrückung der Minderheiten in den Durchführungsverordnungen zum Volksgruppengesetz benutzt werden können. Dieser Boykott muß, wo immer es möglich ist, so sein, daß der ganze reaktionäre Plan selber, überhaupt so eine Zählung abzuhalten, durchkreuzt wird.
Deshalb wird es bei diesem Boykott wo es möglich ist, nicht darum gehen - wie vielleicht bei einer wirklichen Wahl - ungültig zu"wählen", sondern darum, daß möglichst viele Menschen an der Zählung erst gar nicht teilnehmen.
Die praktische Verhinderung der Zählung kann nur erfolgreich sein, wenn die Gegner der Minderheitenfeststellung gemeinsam auf den Plan treten. Das ist die richtige Antwort auf die Zumutung der Regierung, daß jeder einzelne sich gegenüber dem Staat als "Slowene" oder "Deutschsprachiger" zu bekennen habe. Das ist auch der richtige Weg, um dann am Tag der Zählung selbst die Ergebnisse der Zählung unbrauchbar zu machen.

Schon jetzt wird in Südkärnten die Bildung von "Boykottkomitees" in den Orten des Minderheitengebietes diskutiert. Diese "Boykottkomitees" stellen sich die Aufgabe, die betroffene Bevölkerung über die Zählung aufzuklären und ein aktives Verhalten für den Tag der Zählung zu propagieren. Weiters stellen sie sich die Aufgabe, Aufklärungs- und Protestaktionen gegen die Zählung durchzuführen.

Die Durchführung eines aktiven Boykotts ist möglich

Die gesamten Erfahrungen der bisherigen Bewegung gegen die Diskriminierung und den Chauvinismus zeigen dies anschaulich:
Angesichts der letzten hetzerischen Veranstaltungen, wie Fahnenweihen und Denkmalenthüllungen, haben sich in Südkärntner Orten Menschen zu Ortskomitees zusammengeschlossen, um gegen die chauvinistische Hetze zu protestieren.
Vor der Fahnenweihe in Köttmannsdorf/Kotmaravas vor einigen Wochen traten Dorfbewohner in einer Veranstaltung gegen den Nationalismus auf, bei der Veranstaltung selber wandten sie sich mit Transparenten und Flugblättern an die übrige Bevölkerung und die Besucher und zeigten die Schädlichkeit der deutschnationalen Hetze.
In St.Jakob/Sentjakob organisierten Dorfbewohner eine starke Gegenkundgebung gegen die antislowenische Hetze, die bei der Fahnenweihe des Kärntner Kameradschaftsbundes vor sich ging. Sie wandten sich ebenfalls mit Transparenten, Parolen und Flugblättern an die Teilnehmer und Zuschauer. In zahlreichen Gesprächen wurde gegen den Chauvinismus aufgetreten, aufgezeigt, wer an ihm Interesse hat und daß er den Werktätigen schadet, weil er sie spaltet und schwächt.
Diese Erfahrungen sind sehr wichtig. Wenn sich das Volk zusammenschließt und den Hetzern entschlossen entgegentritt, zeigt sich, daß diese gar nicht so stark sind. Sie sehen, daß sie nirgends mehr, ohne daß sich dagegen Widerstand entwickeln würde, ihre üble Tätigkeit verrichten können.

Durch die jahrzehntelange Einwirkung des chauvinistischen Giftes ist das Denken vieler Menschen noch davon geprägt. Die Überzeugungsarbeit ist daher nicht einfach und leicht, aber deshalb umso notwendiger. Der größte Fehler, den man machen kann, ist das Zurückweichen, auch wenn bei der Agitation nicht selten sehr harte Worte fallen. Der zweite Fehler ist, hinter allem und jedem den Neonazismus zu sehen. Sicher nützen solche Kräfte das angespannte Klima, und man muß ihnen schärfstens entgegentreten.

Aber erstens sind die übergroße Mehrheit der nationalistisch vergifteten Menschen keine Neonazi, und indem man hauptsächlich "gegen Neonazismus" ruft, wird man sie nicht von ihren falschen Anschauungen, die ihnen eingetrichtert werden, abbringen.

Zweitens muß man sehen, daß die Hauptträger des Chauvinismus heute die Regierung und die drei Parteien sind, die voll auf dem Boden des Parlamentarismus stehen. Sie haben die undemokratischen Gesetze gegen die Minderheiten beschlossen, sie tragen und fördern hauptsächlich die Hetze. Nicht zufällig sind hohe SP, VP und FP-Politiker bei Hetzveranstaltungen reaktionärer Organisationen Ehrenschützler und Festredner.
Dies sind wichtige Erfahrungen, auf die man sich beim Boykott stützen sollte, dann kann er ein wichtiger Schlag gegen Chauvinismus und Reaktion werden und ein wichtiger Beitrag zum Kampf um die volle Gleichberechtigung der Minderheiten. K.Sch.

Klagenfurt: Antifaschistische Kämpfer lassen sich nicht von Chauvinisten einschüchtern

Am 30.7. wurden im Klagenfurter Stadthaus ungefähr 150 ehemalige Partisanen, die im Zweiten Weltkrieg mit der Waffe in der Hand gegen den Hitlerfaschismus in den Reihen der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee gekämpft hatten, Orden verliehen. Dieser Anlaß wurde von den bürgerlichen Parteien und nahezu den gesamten bürgerlichen Massenmedien dazu mißbraucht, eine ungeheure Hetze gegen die Kärntner Slowenen und ihre antifaschistische Vergangenheit zu entfachen. Da wurde von"Heimatverrätern", "Mördern" und "Banditen" gesprochen. Ein verhetzter Haufen ehemaliger Nazis, der vom Kärntner Abwehrkämpferbund vor das Stadthaus geschickt wurde, beschimpfte die ausgezeichneten Partisanen auf das Infamste; doch die ehemaligen Partisanen - damals wie heute zum Großteil Arbeiter und kleine Bauern - ließen sich nicht einschüchtern. Sie führten nach dem Festakt der Ordensverleihung einen spontanen Demonstrationszug um das Stadthaus und das Stadttheater und brachten ihre Forderung nach voller Gleichberechtigung der Minderheiten in Österreich und ihren Abscheu vor jeder Form der Reaktion klar zum Ausdruck.
Die bürgerlichen Politiker sprachen von einer "Provokation, daß dreißig Jahre nach Kriegsende noch solche Auszeichnungen verliehen werden" und hetzten auch gegen Jugoslawien. Was sie nicht sagten, ist, daß die Regierung Jugoslawiens diese Auszeichnungen schon im Jahre 1950 (!) verliehen hatte, die österreichische Bundesregierung aber erst heuer die Zustimmung zu deren Verleihung gab. Vom österreichischen Staat wurde übrigens kein einziger Partisan jemals ausgezeichnet... F.Z.

Am Beispiel der BRD:

Den „Aufschwung" trägt der Arbeiter – seine Zukunft aber bleibt unsicher

Die Politiker, Wirtschaftsforscher und Kapitalisten wollen den angeschlagenen Glauben stärken, "daß das kapitalistische Wirtschaftssystem Krisen schnell beheben und überwinden und die Zukunft der Werktätigen sichern könne". Sie berufen sich dabei hierzulande vornehmlich auf das Beispiel der BRD und die dort vor sich gehende Belebung der Wirtschaftstätigkeit. Der wacklige Boden, auf den sich diese Hoffnungen gründen und die Unrichtigkeit dieser Aussagen vom Standpunkt der Arbeiter aus sind mehr oder weniger charakteristisch für die Lage in allen wichtigen kapitalistischen Industriestaaten.

Richtig ist vorerst, daß die Produktionstätigkeit der westdeutschen Industrie das Krisentief von 1974/75 überwunden hat und heute mehr produziert als im Vergleichszeitraum von 1975. Über 1 Million Lohnabhängige standen 1975 ohne Arbeit da, im Winter stieg die Zahl auf ca. 1,2 Millionen an. Es fand eine massenhafte Kapitalvernichtung statt: Allein 1975 erreichte die Zahl der Ausgleiche und Konkurse 9000; die Verluste, die einzelne Unternehmer, der Staat oder die Lohnabhängigen (in Form von nicht ausgezahlten Löhnen) dabei erlitten, wird auf über 100 Milliarden Schilling geschätzt. Die großen Kapitalisten fraßen dabei die kleinen billig auf, die Konzentration und Zentralisation des Kapitals kam ordentlich voran. Diese Entwicklung mußte dazu beitragen, die Überkapazitäten in der Industrie teilweise abzubauen und die Absatz- und Gewinnaussichten vor allem des Monopolkapitals zu verbessern.
Überschüssiges Kapital wurde massenweise in Staatsschulden angelegt, deren Zinshöhe dem Staat ziemlich offen von den Banken diktiert wurde.

Kampf um Kapitalanlagesphären und Weltmarktanteile

Verstärkt bemühte sich das westdeutsche Monopolkapital, überschüssiges Kapital im Ausland anzulegen, so zum Beispiel in den Ostblockländern. Aggressiver wurde der westdeutsche Imperialismus in seinem Drang nach Kapitalanlagemöglichkeiten in den Ländern der Dritten Welt, aber auch in den entwickelten kapitalistischen Ländern. 1974/75 schrumpfte der Welthandel, auch die Exporte der deutschen Industrie nahmen stark ab. Da aber der heimische Markt durch die beschränkte Konsumtionskraft der Lohnabhängigen zu eng geworden war, da diese weiter eingeschränkt wurde durch die Arbeitslosigkeit und den Reallohnabbau, mußte das westdeutsche Kapital umso heftiger seine Exporte auszudehnen versuchen. Es hat dabei beträchtliche Erfolge erzielt. Im Mai 76 zum Beispiel lagen die westdeutschen Exporte um 25 % über denen vom Mai 75. Die Exporte, und damit der Erfolg des westdeutschen Monopolkapitals gegenüber seinen Konkurrenten, sind bisher der Hauptfaktor in der Belebung der Produktionstätigkeit der Industrie gewesen.

Reallohnabbau und Rationalisierungswelle

Die hauptsächliche Methode, mit der das westdeutsche Monopolkapital aus der Krise herauszukommen versucht, war und ist die Steigerung der Ausbeutung im Betrieb. Diese gibt die Grundlage ab für die aggressive Politik des aufstrebenden westdeutschen Imperialismus, für den forcierten Kapitalexport und die Expansion auf den Weltmärkten. Die Zeit seit Beginn der Krise ist gekennzeichnet von einem scharfen Angriff auf die Reallöhne und von einer unerhörten Rationalisierungswelle in den Betrieben, verbunden mit gesteigerter Schinderei und immer neuen Entlassungen.
Ein Beispiel von vielen bietet die BOSCH Ges.m.b.H. Stuttgart:
In diesem Konzern wurden laut seinem Generaldirektor (Presse 15.7.) in den letzten zwei Jahren netto 10.000 Arbeiter entlassen. Der Umsatz stieg im ersten Halbjahr um real 18 % (also wurden 18 % mehr Produkte hergestellt), nachdem hier der Umsatz schon 1975 trotz radikal verminderter Belegschaft kaum gefallen war. Der ausgewiesene Reingewinn war 1975 höher als 1973 und 1974.

Eine riesige industrielle Reservearmee

Während die gesamtwirtschaftliche Produktionstätigkeit (also einschließlich Landwirtschaft, Dienstleistungen) heute ungefähr das Niveau von vor der Krise erreicht hat, ist die Arbeitslosigkeit wenig gefallen. "Für das gleiche Sozialprodukt werden nun .. eine Million weniger Beschäftigte gebraucht." (NZZ 3.7.76) Im Mai 1975 betrug die Arbeitslosenrate 4,4 %, ein Jahr später 4,2 % oder 954.000 Arbeiter. Im Juli 1976 ist die Arbeitslosenzahl zum ersten Mal seit dem Winter im Vergleich zum Vormonat wieder gestiegen. 150.000 der Arbeitslosen sind länger als 1 Jahr, 500.000 länger als ein halbes Jahr ohne Arbeit.
Nach einer Schätzung müßte die Bundesrepublik bis 1980 ein Wachstum der Volkswirtschaft von jährlich real 8 % aufweisen, damit die Arbeitslosigkeit auf 1 % fallen könnte.
Für das westdeutsche Monopolkapital aber bildet der Bestand eines Heers von Arbeitslosen eine willkommene Gelegenheit, weiterhin Druck auf die Löhne auszuüben und die Rationalisierung in den Betrieben fortzusetzen. Das hat sich vor wenigen Monaten in der Lohnauseinandersetzung in der Druckindustrie deutlich gezeigt.

Illusorisch werden damit jene Voraussagen, die einen anhaltenden Aufschwung der westdeutschen Industrie mit einer Zunahme der heimischen Konsumgüternachfrage begründen. Zwar hat es im ersten Halbjahr 1976 eine fünfprozentige Zunahme des privaten Verbrauchs in der BRD gegeben (was für den Aufschwung gewisser Industriezweige, z.B. der Autoindustrie neben den Exporten maßgeblich war), jedoch war dies lediglich eine Folge der gesunkenen Spartätigkeit; hingegen "hat das reale Einkommen (der Massen) nur schwach zugenommen" und die Kapitalisten machen ihre "Prognosen" nach wie vor vor allem davon abhängig, "ob keine unvernünftigen Lohnforderungen gestellt werden". (NZZ 3.7.76)
Weiterhin auf das Lebensniveau der Werktätigen zu drücken, wird für das Monopolkapital umso zwingender, da die stürmische Ausdehnung der Exporte auf zunehmenden Widerstand stößt und in der jüngsten Zeit nachzulassen schien.
Die westdeutsche Arbeiterklasse kann ihre Hoffnungen aber nicht auf eine Exportsteigerung setzen, will sie nicht mit der Arbeiterklasse anderer Länder in Konkurrenz um den billigsten Lohn und die schlechtesten Arbeitsbedingungen treten, nur damit der "eigene" Kapitalist billiger exportieren kann, als der "ausländische". Folgerichtig würde das zur Hinnahme jedes Angriffs der "eigenen" Kapitalisten führen und schließlich die Lebensbedingungen der Arbeiter aller kapitalistischen Länder verschlechtern, ohne etwas an der Krise der kapitalistischen Wirtschaft behoben zu haben.
Schon gar keinen Einfluß haben die Werktätigen auf die Nachfrage der Kapitalisten nach Investitionsgütern, auf deren Bereitschaft, zu investieren. Die längste Zeit schon schauen die Wirtschaftsexperten gebannt auf die Investitionen: "Nur wenn die Nachfrage nach Investitionsgütern sich belebt, wird der Aufschwung anhalten" und "Der derzeitige Aufschwung wird durch fehlende Investitionen wieder unterbrochen". (Presse 29.6.) Die Investitionstätigkeit der Unternehmer stieg aber in der BRD bis jetzt kaum über das Tief von 1975. Vor allem werden kaum Erweiterungsinvestitionen vorgenommen.

Äußerst unsicher ist, ob sich das in der nächsten Zeit merklich ändern wird. Es sind beträchtliche freie Kapazitäten vorhanden (von Jänner bis April 76 gab es noch immer 3.216 Konkurse und Ausgleiche, das sind um 5 % mehr als im gleichen Zeitraum 1975) und die Kapitalisten schätzen die Absatzentwicklung nicht günstig genug ein. Die Verschärfung der Konkurrenzsituation bei den Exporten, die weiterhin flaue Investitionstätigkeit und die unveränderlich hohe, ja sogar mitunter wieder steigende Arbeitslosigkeit hat die Aussichten auf einen anhaltenden Aufschwung wieder ins rechte Licht gerückt: Rosig bleiben vorerst nur noch die Gewinnaussichten für die Monopolkapitalisten, den Arbeitern wurde für den kommenden Winter vom Präsidenten des bundesdeutschen Unternehmerverbandes, Wolf von Amerongen, ein Ansteigen der Arbeitslosenziffer auf alte Rekordwerte angekündigt, begleitet falls die Rechnung der Kapitalisten aufgeht – von fortgesetztem Reallohnabbau und Rationalisierungen.

W.R.

Leserbrief

Türken und Österreicher müssen gemeinsam kämpfen

Ich bin ein türkischer Gastarbeiter und lebe seit 10 Jahren in Wien. Ich möchte kurz über meine Lage und die meiner türkischen Kollegen berichten. Seit ca. 6 Jahren arbeite ich als gelernter Schlosser. Ich verdiene etwa 50.- pro Stunde. (In der Woche 2 000.- brutto). Davon werden mir etwa 750.- abgezogen.

Der größte Nachteil ist aber, daß wir keine Möglichkeit haben, selbständig unsere Dienststelle zu wechseln. Wenn wir kündigen, können wir bei keiner anderen Firma beschäftigt werden, sondern müssen in unsere Heimat zurück. Dadurch sind wir unserem Chef voll und ganz ausgeliefert, und er kann mit uns praktisch machen, was er will. Wir erhalten einen niedrigeren Stundenlohn als die österreichischen Kollegen, was unser Chef natürlich auch ausnützt, um die österreichischen Kollegen unter Druck zu setzen. Ich habe versucht, einen Befreiungsschein zu erlangen.

Dies wurde mir aber durch ein neues Gesetz des österreichischen Staates verwehrt. Früher war es nach 10 Jahren Aufenthalt in Österreich möglich, diesen Befreiungsschein, der uns allerdings auch nicht den österreichischen Kollegen gleichstellt, zu erhalten. Nach der Anfang 1976 herausgekommenen Neuregelung muß man mindestens 8 Jahre ohne Unterbrechung hier gearbeitet haben und bekommt diesen Befreiungsschein trotzdem nur für 2 Jahre. Damit sind wir auch gezwungen, weiterhin den türkischen Paß zu besitzen und alle damit in Verbindung stehenden Benachteiligungen durch den österreichischen Staat in Kauf zu nehmen. (Harte Bestrafungen bei minimaler Überschreitung der Verlängerungsfrist). Ich hoffe, daß dieser Bericht dazu beiträgt, auch den österreichischen Arbeitern einen Eindruck zu vermitteln, wie wir selbst der Willkür der Unternehmer ausgeliefert sind und nichts dagegen tun können, gegen unsere österreichischen Kollegen ausgespielt zu werden. Ich rufe deshalb alle österreichischen und ausländischen Kollegen auf, zusammen für eine gerechtere Lösung des Fremdarbeiterproblems einzutreten, sich nicht gegeneinander ausspielen zu lassen, sondern miteinander für die Gleichstellung aller Arbeiter zu kämpfen.

N.N.
Ein türkischer Arbeiter

Bereich Wien

Entstördienst beim Telegraph eine Woche zu Fuß

Um der Forderung nach der Erhöhung des Kilometergeldes (derzeit 2,40.-S) mehr Nachdruck zu verleihen, wurde vom Vertrauensmännerausschuß beim Telegraph beschlossen, für die Dauer einer Woche das Privatauto nicht für dienstliche Fahrten zu verwenden. So ein "autoloser" Tag war bereits am 8. Juni gewesen. Dieser hatte allerdings, da der Zeitraum viel zu kurz war, überhaupt keinen Erfolg gehabt. So war es auch nicht verwunderlich, daß die Haltung der Kollegen zu dieser Aktion eher unterschiedlich war. Von voller Unterstützung bis Ablehnung war alles vertreten. Als sich am zweiten Tag zeigte, daß der Großteil die Aktion auch durchführte, wandelte sich die Stimmung und die Aktion wurde von den Entstörern und Ämtepflegern voll eingehalten. Und gerade die Kollegen, die man erst hatte überzeugen müssen, meinten dann eigentlich am konsequentesten, daß man auch zu Fuß nicht entstören sollte. Sonst hätte ja die Aktion wenig Aussicht auf wirklichen Erfolg.

Am dritten Tag der Aktion, am Mittwoch ergriff die Verwaltung, mit Minister Lanc an der Spitze, Gegenmaßnahmen. In einem Erlaß wurde der Einsatz aller Dienstautos verfügt, und außerdem durfte auch keine einzige Störung über das Wochenende liegenbleiben und sollte mittels Überstunden behoben werden.

Nach dem anfänglichen Erfolg der Aktion schlug diese danach um. Es gelang der Verwaltung, fast alle Auswirkungen zu verhindern. Zwar blieben einige hundert Störungen liegen, doch durch die Urlaubszeit wirkte sich dies nicht besonders aus. So kam es auch, daß viele Kollegen gegen die Gewerkschaft wetterten. Denn man konnte dann natürlich auch am Ende der Woche kein Kilometergeld schreiben. Diese Stimmung wurde auch noch dadurch verstärkt, daß man von dem Obmann der

Post:

Rationalisierungskommission in Innsbruck

Vor einger Zeit wurde vom Verkehrsminister Lanc eine Kommission unter Sektionsrat Übleis eingesetzt, mit dem Auftrag: " jeden Hinweis auf einen rationelleren Personaleinsatz nachhaltig" zu "verfolgen". Aufgrund eines vor längerer Zeit verhängten Aufnahmestops im Bereich Tirol und Vorarlberg konnte Übleis berichten: "Tirol hat keinen Überschuß beim Personal." Im Gegenteil: das Verfahren, ausgefallene Kollegen nicht mehr zu ersetzen und deren Arbeiten anderen mitzuübertragen, hat dazu geführt, daß in Tirol riesige Löcher im Systemstand entstanden sind. In Reutte ist der Personalstand mehr als 10% kleiner als vorgesehen, es fehlen mindestens 5 Bedienstete. Dieselben Zustände in Landeck und vielen anderen Dienststellen. Einzig Kitzbühel hat keine Personalsorgen. Bei Krankheitsfällen oder Urlaubsabwicklung wird die Lage aussichtslos, Schalter werden zusammengelegt, ohne Ersatz muß mit Überstunden gearbeitet werden. Sektionsrat Übleis und seine Rationalisierungskommisssion ist nun beauftragt, Möglichkeiten zu suchen, die gleiche Arbeit auf noch weniger Leute zu verteilen, indem etwa bei laufendem Personalstop die Posthilfsstelle Tulfes in ein Postamt umgewandelt werden soll.

In der Rationalisierungskommission sitzen, um "Verzögerungen der vorgeschlagenen Maßnahmen durch... Einsprüche der Personalvertretung zu vermeiden" auch die Gewerkschaftvertreter. Solange sie in dieser Kommission sitzt, müssen wir sie dazu auffordern, alle Maßnahmen zu verhindern, die die Arbeitshetze erhöhen, und vor allem gegen jede Entlassung und für die Aufhebung des Personalstops kämpferisch aufzutreten. Wir Kommunisten sind allerdings der Meinung, daß die Gewerkschaft in einer Rationalisierungskommission nichts zu suchen hat, denn eine solche Kommission richtet sich in jedem Fall gegen die Interessen der Werktätigen. Ihre Aufgabe ist es vielmehr, bei Bekanntwerden die Kollegen zu mobilisieren, alles zu tun, um die Maßnahmen der Rationalisierungskommission zu sabotieren und die Kollegen zu Kampfschritten zusammenzuschließen hinter den Forderungen: Weg mit dem Aufnahmestop! Auflösung der Rationalisierungskommission! Ausreichende Beschickung der Postämter!

HWA/IBK (Innsbruck)

Lieber schwerkrank als arbeitslos

Am 28. Juni wurde ein Gastarbeiter aus Jugoslawien mit heftigen Bauchschmerzen in ein Linzer Krankenhaus eingeliefert. Der in der Ambulanz diensthabende Arzt stellte eine akute Blinddarmentzündung fest. Es erschien als notwendig, den Patienten sobald als möglich zu operieren, um einem Blinddarmdurchbruch zuvorzukommen. Führt dies zu einer Bauchfell entzündung, so ist mit dem Tod zu rechnen.

Der notwendige chirurgische Eingriff konnte jedoch nicht vorgenommen werden, weil der Arbeiter seine Einwilligung dazu verweigerte.

Am nächsten Tag bei der Visite gab der Patient, der selbst nicht deutsch spricht, durch einen Dolmetscher zu verstehen, daß die Schmerzen im Bauch zugenommen hätten und in andere Körpergegenden ausstrahlten. Von einer Operation, die angesichts dieser Anzeichen dringend notwendig erschien, wollte er jedoch immer noch nichts wissen. Einer der behandelnden Ärzte äußerte schon die Meinung, es hier mit einem psychiatrischen Fall zu tun zu haben. Nach eingehender Befragung jedoch rückte der jugoslawische Arbeiter zaghaft und etwas verzweifelt damit heraus, daß er ja sofort mit einer Operation einverstanden sei, aber solche Angst habe, dann aus dem Sägewerk, in dem er arbeitet, entlassen zu werden.

Angesichts der starken Schmerzen und der Erklärungen der Ärzte willigte er dann doch in die Operation ein. Bei dieser wurde ein Blinddarmdurchbruch festgestellt.

Das ist nur ein Beispiel dafür, wie der Kapitalismus, in dem der Besitz eines Arbeitsplatzes von der Willkür einer Handvoll Kapitalisten abhängt, die Gesundheit der Arbeiter ruiniert bis hin zur Gefährdung des Lebens.

J.B./Linz

Vertrauensmänner in den entscheidensten Tagen nichts sah und nichts hörte.
Doch die Perspektive kann nicht sein, daß man aus der Gewerkschaft austritt, wie manche meinten, sondern daß man diese Vertrauensmänner einfach von ihren Posten herunterholt und sich konsequente Gewerkschaftsvertreter wählt, die eben Aktionen nicht über den Kopf der Betroffenen verfügen. Denn nicht nur, daß man von den "Vertrauensmännern" nichts gehört hat, war es auch so, daß der Kampf von Anfang an so geplant war, daß nicht viel dabei herauskommen konnte.

Man hatte sich überhaupt nicht überlegt, welche Mittel die Postverwaltung in der Hand hat, um diese Aktion zu entschärfen. Das einzig richtige wäre gewesen, überhaupt nicht zu entstören, wie dies einige Kollegen schon vorher vertreten hatten. Außerdem hätte man mit den anderen Teilen der Postangestellten diskutieren müssen, um so auszuschalten, daß diese sich als Streikbrecher einsetzen lassen. Es gibt eine ziemlich große Anzahl von B-Beamten im technischen Dienst, die diese Arbeit auch ausführen können und so dann auch für die Entstörarbeit eingesetzt werden könnten. Außerdem hat man sich nicht überlegt, wie dies in der Urlaubszeit ausschaut. Denn einerseits ist ein Teil der Kollegen nicht hier, was auf jeden Fall die Einheit schwächt, und andererseits haben zu dieser Zeit die meisten Firmen nur halben Betrieb, oder auch ganz geschlossen, sodaß sich eine Störung nicht so störend auswirkt.
Doch zu den Fragen, die bei einem solchen Kampf geklärt werden müssen, gehören nicht nur, zu untersuchen, welche Stärken die Verwaltung hat, sondern auch festzustellen, welche Reserven wir selber haben. Erstens einmal geht es darum, die Unterstützung aller Postler zu bekommen, und diese auch aufzufordern, sich mit uns zu solidarisieren. Und zweitens hat sich gezeigt, daß ein sehr großer Teil der von der Störung Betroffenen viel Sympathie mit unserem Kampf hatte und diesen richtig und berechtigt fand.

All das muß ein Gewerkschaftler bedenken, wenn er in einen Kampf geht. Und eines ist sicher, so was kann man nicht erfolgreich durchführen, wenn nicht alle Kollegen aktiv einbezogen werden, und wenn nicht diese selbst beschließen, wie man die berechtigten Forderungen auch wirklich durchsetzen kann.

H.W./R.

Pfleiderer:
Erfolgreicher Streik der Monteure

In der Pfleiderer-AG in Ottakring, einer Fabrik, die Maschinen für die Brotindustrie herstellt, bestand seit Jahren das erprobte Mittel der Kapitalisten in der Spaltung der Arbeiter durch recht große Lohnunterschiede. Insbesondere die Monteure wurden weit unter dem bezahlt, was die anderen Arbeiter erhielten. Diese Differenz vergrößerte sich außerdem immer mehr durch die prozentuellen KV-Abschlüsse. Mitte Juli platzte den Monteuren der Kragen und sie forderten eine Erhöhung des Stundenlohns um 5,50.-. Bei den Verhandlungen, die der Gewerkschaftsvertreter mit dem Direktor führte, wollte die Firma höchstens 3.- pro Stunde dazulegen. Das war aber den Monteuren zu wenig. In Gesprächen mit den Arbeitskollegen im Betrieb erklärten sie diesen ihre Lage und so gewannen sie die Unterstützung der gesamten Belegschaft für weitere Kampfmaßnahmen. Letzte Juliwoche legten daraufhin die Monteure die Arbeit nieder, wobei sie die Solidarität und die Versicherung aller Arbeiter hatten, daß sie solidarisch sein würden, und im Falle einer Nichterfüllung der gerechten Forderung in einen Solidaritätsstreik treten würden. Mit diesem Rückhalt in der ganzen Belegschaft gelang es dann den Monteuren, eine Erhöhung des Stundenlohnes um 4,50.- durchzusetzen.

W.D.
Zelle Ottakring
Wien

Konzernleitung mußte Aufschub zustimmen
Möllersdorfer Arbeiter im Kampf gegen Betriebsstillegung

Im Kampf gegen den Versuch der Konzernleitung des VMW-Ranshofen-Berndorf, heimlich und still, hinter dem Rücken der Arbeiter den Betrieb zu liquidieren, hat die Kampfentschlossenheit zu einem ersten Erfolg geführt. Die Demontage wurde vorerst einmal abgeblasen und bis zur Abhaltung einer Betriebsversammlung nach dem Betriebsurlaub verschoben.

Die offizielle Begründung für die Betriebsleitung ist, daß der Betrieb mit Verlust arbeitet, daß man daher das Werk zusperren muß und die Arbeiter auf die Straße schmeißt. Doch dieses Argument haben die Arbeiter nicht akzeptiert und schärfstens zurückgewiesen.



Diese Halle des Möllersdorfer Werkes wurde erst vor kurzem gebaut, soll aber bereits still gelegt werden.

Der Betrieb ist von dem großen verstaatlichten Buntmetallkonzern erst vor 4 Jahren dem vorherigen Kapitalisten um 80 Millionen Schilling abgekauft worden. Und kein Kapitalist zahlt auch nur um einen Schilling zuviel für irgendetwas. Die Taktik wird klar, wenn man dann auch noch hört, daß die Maschinen in das Werk Amstetten abtransportiert werden sollen. Warum sollten die gleichen Maschinen in Amstetten mit Profit arbeiten, in Möllersdorf aber nicht? Die Antwort ist einfach. Der Buntmetallkonzern wollte sich einen lästigen Konkurrenten vom Hals schaffen, um so ungestörter den österreichischen Markt beherrschen zu können. Kaufen mußten sie ja, weil sonst vielleicht ein ausländischer Konzern gierig zugegriffen hätte. Also zahlt man kühl lächelnd 80 Millionen an einen kapitalistischen Schmarotzer, transportiert die Maschinen in ein anderes Werk, bekommt so ungestört seinen Profit - und schmeißt die Arbeiter auf die Straße.

Doch die Rechnung wurde ohne die Arbeiter gemacht

Obwohl der ganze Plan äußerst geschickt eingefädelt worden war, sind sie nicht durchgekommen. Noch einige Wochen vorher wurden 30 Arbeiter aufgenommen, die bei der Textilsperre auf die Straße geflogen waren, - und dann wartete man den Betriebsurlaub ab, bis alle Arbeiter weg waren. Hätte der Plan geklappt, so hätten sie bei ihrer Rückkehr nur mehr die leeren Fabrikshallen und das Kündigungsschreiben vorgefunden.
Als den Arbeitern die Versuche der Demontage der Maschinen bekannt wurden, brachen sie sofort ihren Urlaub ab, versammelten sich im Betrieb und verbarrikadierten das Betriebstor mit ihren Autos, auf das sie groß schrieben: "Wir kämpfen um jede Maschine"! So verhinderten sie den Abtransport der Maschinen. Die Kampfentschlossenheit und die Klarheit der Möllersdorfer Metallarbeiter zwang die Konzernkapitalisten vorläufig zum Rückzug. Die Demontage wurde aufgeschoben und jetzt versuchen sie, die Arbeiter zu täuschen und zu verwirren. Da werden Ersatzarbeitsplätze im nahegelegenen Berndorf in der dortigen Metallwarenfabrik versprochen. Doch es ist in der ganzen Umgebung kein Geheimnis, daß es auch dort Arbeitsplatzschwierigkeiten gibt.

-R-

ÖBB-Rationalisierungsprogramm

Widerstand gegen Einsparung verstärkt sich

Im Zuge der staatlichen Sparpolitik auf Kosten des Volkes sollen auch bei der ÖBB tausende Bedienstete eingespart werden. Im Rahmen dieses "ÖBB-Rationalisierungsprogramms" werden auch auf dem Verschubbahnhof Kleinmünchen/Linz immer mehr Verschärfungen durchgesetzt. Der letzte Schritt war das Einsparen des Bremsenfahrers.
Für die Kollegen schaut das jetzt so aus, daß jetzt die anderen Kollegen dessen Arbeit machen müssen.

In der Nachtschicht wird dies dann recht "lustig". In vielen Fällen ist es nicht möglich, rechtzeitig alle einlaufenden Wagen aufzufangen, weil der Arbeitsanfall zu groß ist. Beschädigst du einen Wagen oder das Ladegut der Herrn Unternehmer, dann wirst du von den Gesetzen des kapitalistischen Staatsbetriebes ÖBB bestraft.
Mit verschiedenen Dienstanweisungen versucht man, diese Tatsachen zu bagatelliseiren und die Verschieber gegen die Fahrdienstleiter auszuspielen. Doch diese stehen ebenfalls unter dem Druck von oben, und sie sind es auch nicht, die die Dienstanweisungen herausgeben. Doch diese Taktik hat nicht verfangen. Und die Kollegen sind empört über diese scheinheilige Taktik des Bahnhofsvorstands.
Denn sie sehen immer stärker, wohin das führt. Bei dem schon an sich starken Arbeitsanfall auch noch bei den Kollegen der anderen Gleisanlage auszuhelfen, was jetzt notwendig geworden ist, birgt in sich die Gefahr von immer mehr Unfällen und auch Ladegutbeschädigungen, Entgleisungen sind die möglichen Folgen.

Immer öfter kommt es daher jetzt vor, daß man einfach mit der Arbeit nicht zusammenkommt. Immer öfter krachen jetzt die Wagen ungebremst aufeinander - Schäden sind zwangsläufig die Folge. Passiert dir sowas, dann fangen die Mühlen der ÖBB-Paragraphen an zu mahlen, und es findet sich immer ein Paragraph, gegen den du verstoßen hast, und du wirst bestraft. Die Kollegen dagegen sehen immer deutlicher, für wen und gegen wen eigentlich diese Dienstvorschriften und Paragraphen da sind. Das ist sehr gut. Über jegliche Art von Bestrafung schimpfen die Kollegen mit Recht und es wird viel über diese Frage gesprochen.

Bevor man bestraft wird, muß man zur Einvernahme, muß Protokolle unterschreiben und wird über alles gefragt, natürlich ist man schuldig, das steht meistens schon fest, bevor sich die Herrn überhaupt angeört haben, was geschehen ist oder auch nicht.

DER VORSCHLAG DES VERTRAUENSMANNES

Sofort nach Erscheinen der Dienstanweisung wurde mit dem zuständigen Vertrauensmann gesprochen. In einer hitzigen Debatte bekannte er sich voll und ganz zur Dienstanweisung, denn sie sei so "wie es abgemacht worden war." Er versuchte seine Zustimmung dadurch zu rechtfertigen, daß, obwohl 2 Gleise mehr wären, ja die gerollte Wagenanzahl pro Schicht nicht steigen würde. Dem hielten die Kollegen entgegen, daß das
1. für die Bediensteten des ganzen Bahnhofs mehr Arbeit bringt, wenn auf zwei zusätzlichen Gleisen Züge gebildet werden
2. gibt es ständige Bestrebungen, die Tagesleistung hinaufzusetzen, d.h. daß mehr Wagen gerollt werden. Umsonst wurde nicht im Frühjahr mit der Stopuhr der Ablauf der Wagen geprüft.
Es wurde versucht, mit allen möglichen Argumenten den Kollegen einzureden, daß die ganze Sache (Bremsenfahrer einsparen, 2 Gleise dazu) ja nicht so tragisch wäre, wenn man nur ein "bißchen solidarisch mit dem Betriebsinteressen sei". Dieser Vorschlag wurde nicht angenommen. Im Gegenteil. Bei jeder Gelegenheit wurden die Verschlechterungen kritisiert und auf eine Änderung gedrängt. Es gab also ständig eine Auseinandersetzung mit den Einsparungsmaßnahmen, sie wurden nicht stillschweigend hingenommen.



Auf diesem Verschubbahnhof in Kleinmünchen (Linz) sollen noch zwei Gleise dazukommen. Die Mehrbelastung sollen die Eisenbahner tragen.

Der Vertrauensmann trat nicht für unsere Forderungen ein sondern machte einen anderen Vorschlag: "Ihr seid von Gleis 103 -125 zu dritt und von Gleis 127-159 zu fünft. Es geht einer auf die andere Seite, dann sind auf beiden Seiten vier Hemmschuhleger, die Gleise sind besser aufgeteilt, und die Sache ist geregelt." Dieser Vorschlag wurde von den Kollegen abgelehnt, da er nicht das Grundproblem, daß nämlich ein Mann zu wenig da ist, löst. Durch seinen Vorschlag sollte das Ganze nur umgeschichtet werden, was nichts bringt. Umschichten können wir außerdem immer, wenn wir wollen.
Die Kollegen halten weiterhin fest an der Forderung, daß der eingesparte Bremsenfahrer wieder her muß.

Fe.Wa.
ÖBB-Zelle/Linz

Wie man aus Schottergruben Goldgruben macht

Wenn man sich während der sommerlichen Hitze erfrischen will, ist Schwimmen nützlich. Da die natürlichen Gewässer meist für das Volk nicht zugänglich sind, weil sie durch Abwässer der Großindustrie verseucht sind oder die paar sauberen Seen von den Kapitalisten wie Privateigentum behandelt und weitgehend eingezäunt werden, bleibt den meisten Menschen nichts anderes übrig als die öffentlichen Bäder aufzusuchen. Dort werden sie dafür auch anständig zur Kasse gebeten. Die öffentlichen Bäder jubelten bereits Mitte Juli über die außergewöhnlichen Einnahmen. Man registrierte bereits mehr Erfrischungssuchende als sonst während der ganzen Saison.
Viele Menschen in Graz, v.a. Arbeiter und kleine Angestellte, die es natürlich ganz schön merken, wenn sie für einen Badetag 60.- bis 100.- ausgeben, suchen daher mit ihren Familien zur Erholung nahegelegene Schotterteiche auf.
Gegen diese "Wildbader" - "wild" offenbar deshalb, weil sie ohne zu fragen das Privateigentum der Schotterkapitalisten benützen - zog in der letzten Zeit die lokale bürgerliche Presse heftig her. Mit Schlagzeilen schwelgte sie in der Gefährlichkeit dieser "tödlichen Fallen" und lobte die Schottergrubenbesitzer, "die den Wildbadern den Kampf ansagen".
Dieser Kampf sieht so aus, daß die Seen profitabel verwertet werden sollen.
"Wenn alles programmgemäß verläuft," konnte man am 22. 6. in der "Kleinen Zeitung" lesen, "wird es in zwei Jahren in unmittelbarer Umgebung von Graz ein großes "Freizeitzentrum mit einem 15 ha großen Badeteich und einen Campingplatz geben." Und in der Gegend von Leibnitz soll das "Freizeitzentrum an der Römerstraße" entstehen, ein "200 ha großes Areal mit einem 150 ha großen Badesee als Mittelpunkt, mit Fischteichen, Campingplätzen, großen Liege- und Spielwiesen". (Kleine Zeitung, 14,7,). "Ein Dorado für Wasserratten und Freunde des Segelsports nur 30 km von Graz." Ein "Dorado", ein "Badeparadies" für Erholungssuchende ?
In erster Linie wohl eine Goldgrube für die Kapitalisten. Die bürgerliche Presse bereitet eifrig die nächsten Aktionen vor: Demnächst wird man die "Wildbader" verjagen, um Zäune und Kassen aufzustellen.

G.R. Graz

Villach

Mietenerhöhung um über 300%

Ungefähr 250 Mieter der "Neuen Heimat" in Villach-St.Leonhard erhielten dieser Tage vom Bezirksgericht Villach einen Beschluß, worin sie lesen konnten, daß die Wohnungsgesellschaft Neue-Heimat (Miteigentümer: Land Kärnten) eine Mietzinserhöhung rückwirkend ab 1.Juli beantragt hat, um Ausbesserungsarbeiten an den Wohnungen vorzunehmen. Es handelt sich dabei beinahe um eine Vervierfachung des derzeitigen Mietzinses. Dementsprechend groß ist auch die berechtigte Empörung der Mieter.

Die Häuser der Neuen-Heimat wurden vor dem Krieg errichtet. Nach 1945 wurden Bombenschäden ausgebessert. Seither ist, mit Ausnahme von einigen Notstandreparaturen, nichts mehr gerichtet worden. Die meisten Mieter haben tausende Schillinge in die Wohnungen gesteckt - z.B. für die totale Erneuerung der elektrischen Installationen, Boiler, Heizungen, Bad, Küchenherde, usw, - ohne dafür von der Neuen-Heimat auch nur einen Groschen bekommen zu haben. Jetzt will die Neue-Heimat an der Außenfassade, am Dachstuhl und an den elektrischen Installationen außerhalb der Wohnungen einige notwendige Reparaturen vornehmen. Zu diesem Zweck hat sie einen Kredit in der Höhe von 15 Millionen Schilling mit 9% Zinsen und 6% "Beschaffungs"-zinsen aufgenommen, so daß die Mieter im Laufe von zehn Jahren beinahe das Doppelte zurückzahlen müßten. Mit Recht fragen sich die Mieter, was mit den 20 Millionen Schilling, die seit 1945 an Mietzins eingehoben wurden und die laut Gesetz zur Ausbesserung der Häuser dienen sollten, geschehen ist.

Gleich nach dem Bekanntwerden der Erhöhung wurde vom Mieterschutzverband zu einer Mieterversammlung in der Urbani-Weinstube eingeladen. Es kamen an die 200 Personen, das Lokal war zum Bersten voll. Auch der Direktor der Neuen-Heimat war anwesend und versuchte mit fadenscheinigen Argumenten die Mieter zu beschwichtigen. Ohne Erfolg! Die Mieter forderten: "Weg mit den Erhöhungen", "Sanierung der Häuser aus den bisher eingenommenen Mitteln". Spontan bildete sich ein Mieterkomitee, das auf dieser Grundlage den Kampf der Mieter organisieren und leiten wird.

H., Villach

Gemeinde Wattens/Tirol:

Kampf gegen Mieterausplünderung

Von Mitte Feber bis Anfang Juli hat die Auseinandersetzung gedauert zwischen der Gemeinde Wattens und den Mietern der Gemeindewohnblökke 5,6 und 7 (Karwendelstrasse , Stainacherstraße); fast alles Arbeiter, kleine Angestellte, Rentner. Die Gemeinde wollte die Kosten für die notwendige Sanierung der Außenanlagen, die sie 20 Jahre verlottern hatte lassen, durch einen Kredit abdecken, dessen Rückzahlung samt Bankzinsen den Mietern aufgebürdet werden sollte. 2.90 S/m² sollte die Mieterhöhung betragen, der Kredit 1,2 Millionen, plus Zinsen von insgesamt nocheinmal fast 1 Million.
Durch den Widerstand der Mieter ist erreicht worden, daß die Kosten sich durch "Einsparungen" auf 620.000,- verringern und die Mieterhöhung auf 1,23 S/m² gesenkt wurden.

Die Gemeinde kämpfte mit allen Mitteln, dennoch hat sie Niederlagen einstecken müssen

Kurz nachdem die Mieter im Feber mit einem Brief zu einer Versammlung einberufen wurden, um ihre Zustimmung zur verlangten Mieterhöhung zu geben, hat die Zelle Swarovski/Wattens des KB eine Unterschriftensammlung durchgeführt, in der zwei Drittel der etwa 90 Mieter forderten: Die Wohnanlage muß sofort saniert werden, die Gemeinde muß dafür bezahlen!

Trotz der massiven Einschüchterungsversuche durch den Bürgermeister und anderer Gemeindebonzen, trotz aller Schützenhilfe durch den Direktor der Raiffeisenkasse und der "Alpenländischen Heimstätte" (einer Wohnbaugesellschaft) haben die Mieter Anklage erhoben gegen die Verlotterung ihrer Wohnanlage für die die Gemeinde verantwortlich ist, und gegen die Absicht, das Gemeindebudget zu sanieren auf Kosten der Mieter. Das erstemal seit langer Zeit ist eine Maßnahme der Gemeinde von den Betroffenen einheitlich abgelehnt worden. Der Bürgermeister, sonst seiner Rolle als Ortskaiser von Swarovskis Gnaden (als Prokurist und Schwiegersohn ist er dieser Sippschaft eng verbunden) sehr sicher, wäre fast aus der Versammlung davongelaufen, weil er sich nicht durchsetzen konnte.
Keine einzige Unterschrift für die Mieterhöhung hat die Gemeinde eingeheimst, sondern nur den Kompromiß, daß eine Kommission aus Vertretern der Mieter das ganze Sanierungsprojekt überprüfen würde.
Seit dieser Schlappe hat die Gemeinde keine Lumperei ausgelassen, um die Mieter unter Druck zu setzen.
Falsche Berechnungen wurden in Umlauf gesetzt, die die Mieterhöhungen geringer darstellten als in Wirklichkeit. Die Mieter wurden hingestellt als Schmarotzer, die auf Kosten der übrigen Gemeindebürger, die zum Teil in Neubauten unverschämte Mieten von über S 3.000,- bezahlen, ihre billigen Wohnungen auch noch gratis renovieren lassen wollten.

Die letzte Gaunerei folgte im Juli: Mit einem vom 30.6. datierten Schreiben, das am 5.Juli zugestellt wurde, wurden die Mieter für den 6. Juli zu einer Versammlung vorgeladen und bekanntgegeben: Die Kosten sind auf 620.000,- gesenkt worden. Einzelne Mieter - "zufällig" gerade die aktivsten Gegner der Gemeinde - erhielten den Brief überhaupt erst am 6.Juli. Die Mehrzahl der Mieter gab daraufhin ihre Zustimmung zur verringerten Mieterhöhung, dem Rest wurde noch einmal mit § 7-Verfahren gedroht.
Am 8.Juli konnte der Bürgermeister im Gemeinderat die Erfolgsmeldung abgeben, daß "das Verständnis erreicht wurde, daß die Gemeinde nicht verpflichtet und auch gar nicht in der Lage ist, das zu bezahlen."

Fortsetzung nächste Seite

„Sozialwohnungen„ im Olympischen Dorf: 5.000,- Schilling Miete pro Monat

Groß waren die Reden der Innsbrucker Gemeindepolitiker aller Parteien, als vor und während der Olympischen Spiele alle dazu notwendigen baulichen Einrichtungen als soziale Großtaten hinstellten. Insbesondere das Olympische Dorf konnten sie nicht oft genug erwähnen, und wenn es nach den Worten von Stadtrat Niescher (ÖVP) auf der Gemeinderatssitzung am 17.12. vergangenen Jahres ginge,so würden heuer im "Bereich des Olympischen Dorfes 642 Wohnungen ihrer Bestimmung übergeben." "Die Besiedelung von 642 Wohneinheiten", so STR Niescher, "bedeutet für rund 2000 Menschen, daß es das Recht auf menschenwürdiges Wohnen nunmehr auch für sie gibt..
Allerdings ließ sich bereits auf derselben Gemeinderatssitzung nicht vertuschen, was im Olympischen Dorf für "menschenwürdiges Wohnen" zu bezahlen ist. GR Budweiser (FP) sprach von "einigen großen Härten", daß " ein Mieter mit einem Verdienst von 10.000 S Netto monatlich für eine Wohnung im Ausmaß von ungefähr 100 m² S 5000.- (!), während ein Mieter mit einem Einkommen von S 7 500.- abzüglich der Wohnungsbeihilfe eine Miete von ca. S 2 500 zu bezahlen" hätte.
Während Gemeinderat Budweiser hauptsächlich aufzeigen wollte, daß "besserverdienende Mieter durch die Wohnungsbeihilfe "bestraft" werden" - so ließ er doch die Höhe der Mieten ans Tageslicht kommen. So kam es auch, daß 200 der 600 "auserlesenen" Familien, die nach jahrelangem Warten endlich eine Wohnung im Olympischen Dorf zugeteilt bekamen, die Wohnung ablehnen mußten! Die TT meint, daß sich "Innsbrucks Stadtväter hinsichtlich der Mietzinspolitik etwas einfallen lassen müssen. Ansonsten wird es in Innsbruch wohl Hunderte Neubauwohnungen, aber keine Wohnungswerber hiefür mehr geben, obwohl die Wohnungsnot nach wie vor sehr hoch ist".
Für die werktätigen Massen, die tagtäglich das Wohnungselend als Teil des sozialen Elends erfahren, wird es allerdings kein Trost und keine Perspektive sein, darauf zu warten, bis sich bürgerliche Politiker "etwas einfallen lassen". Vor 100 Jahren bereits hat F.Engels den Weg gezeigt, wie die Arbeiterklasse diese Probleme lösen wird:
"Soviel aber ist sicher,daß schon jetzt in den großen Städten hinreichend Wohngebäude vorhanden sind, um bei rationeller Benutzung derselben jeder wirklichen "Wohnungsnot" sofort abzuhelfen. Dies kann natürlich nur durch Enteignung der heutigen Besitzer, respektive durch Bequartierung ihrer Häuser mit Obdachlosen oder in ihren bisherigen Wohnungen übermäßig zusammengedrängten Arbeitern geschehen, und sobald das Proletariat die politische Macht erobert hat, wird eine solche, durch das öffentliche Wohl gebotene Maßregel .. leicht ausführbar sein .."

Wu/Innsbruck

Wien Favoriten: Protestaktionen gegen die Tariferhöhungen
„Eine unglaubliche Sauerei"

Am *1.August wurden in Wien die Tarife für die öffentlichen Verkehrsmittel um durchschnittlich 20-25% erhöht, 10 S kostet der Fahrschein. Innerhalb von eineinhalb Jahren, in denen das Verkehrschaos immer größer und die Beförderungsbedingungen immer schlechter geworden sind, ist damit die Gemeinde Wien zum zweiten Mal zu einem Raubzug gegen die Werktätigen angetreten.*

"Es ist eine unglaubliche Sauerei, das Volk wird geschröpft bis aufs Letzte,und der Androsch kriegt gleich einen Mercedes um eine halbe Million Schilling, wenn ihm der alte gestohlen wird!" Oder: "Das ist zu viel, das geht zu weit - das kann sich ein arbeitender Mensch nicht mehr leisten". So war die Meinung der meisten Leute. Dann wurde aber gesagt:"Was kann man schon machen, man erreicht doch nichts gegen die da oben, und einer allein kann erst recht nichts ausrichten". Um demgegenüber die Möglichkeit und Notwendigkeit des Kampfes aufzuzeigen, hat der KB-Wien im 10. Wiener Gemeindebezirk Protestschritte organisiert, die der Empörung Ausdruck verliehen und mehr Klarheit über die Politik der Gemeinde verbreiteten.

Auf einer Veranstaltung des KB und der VUV (Vereinigung zur Unterstützung der Volkskämpfe), zu der etwa 5o Menschen gekommen waren, wurde die Gemeindepolitik in grösserem Zusammenhang dargelegt.

Das Geld, das dem Volk vom Lohn abgepreßt wird, kommt nicht ihm zugute. So ist das beim Milliardenprojekt der U-Bahn, durch das sich die Warterei, die Drängerei, das oftmalige Umsteigen und die langen Anmarschwege für die Werktätigen, die zu einem großen Teil außerhalb des geplanten U-Bahnnetzes wohnen, nichts verbessern wird, unter anderem auch deshalb, weil entlang der U-Bahn die meisten Straßenbahnlinien aufgelassen werden sollen. So ist das erst recht bei den Stadtautobahnen, die in erster Linie dem rascheren Warentransport für die Kapitalisten und der großzügigen Verbindung zwischen den Industrieplätzen dienen, der Bevölkerung vor allem nur Lärm, Gestank und zerstörten Lebensraum bringen. Offen sichtbar beraubt wird das Volk bei Korruptionsskandalen wie dem Bauring, was in diesem Fall alleine das 8-fache der erhofften Mehreinnahmen durch die Strassenbahntariferhöhungen ausmacht.

Schließlich sind die Milliarden, die als direkte Geschenke, Subventionen, Steuernachlässe oder kostenlose Baugrunderschließungen an die Kapitalisten verteilt werden, deutlichstes Zeichen, wem die Politik der "Gemeindeväter" dient: Den besitzenden Klassen und ihren Beamtenbütteln, den Reichen, der Ausbeuterklasse.



Protestresolution und offener Brief

In einer an zwei Referate anschließenden Diskussion wurde die Frage debattiert,wie man vor dem Inkrafttreten der Erhöhung noch den Unmut schüren kann, den Einfluß der Sozialdemokratie durchlöchern und wie der Protest organisiert werden kann.



In Aufschriften und Plakaten drückte sich die Empörung über die Fahrpreiserhöhung aus(Wien-Favoriten)

Es wurde eine Protestresolution beschlossen, die man an den Bezirksvertreter richtete. Dieser wurde auch zu einer öffentlichen Stellungnahme aufgefordert. Die Resolution erging auch an den Bürgermeister Gratz Weiters sollte eine Kundgebung am Viktor Adler Markt organisiert werden und man beschloß, sich in einem offenen Brief an die Betriebsräte der Betriebe "Eumig" Felten &Guilleaume" "Ankerbrot" und"Phillips-Hornyphon" zu wenden. Diese wurden aufgefordert, den Protest zu unterstützen und gegen die zustimmende Haltung der Gewerkschaftsführung aufzutreten. Dieser offene Brief wurde auch an die Arbeiter der Betriebe verteilt.

Das Gift der Sozialdemokratie hält die Massen vom Kampf ab.

Keiner der sozialdemokratischen Betriebsräte hat direkt eine Antwort auf den offenen Brief gegeben. "Die stecken doch alle unter einer Decke" war die Reaktion einiger Arbeiter. Klarer ist geworden, daß man noch größeren Druck auf diese "Arbeitervertreter" ausüben muß. Nur einer der Betriebsräte von Ankerbrot hat so im Vorbeigehen gesagt: "Was wollt's denn, die Strassenbahn wird ja nur um S 1.2o teurer, und wenn die Leute etwas wollen, dann müssen sie auch zahlen." Klarer ist geworden:Solche Befürworter einer werktätigenfeindlichen Politik im Betriebsrat können wir nicht brauchen.

Fortsetzung von Seite 11

Wattens: Gegen Mietenausplünderung

Hauptargument der Gemeinde war: es ist halt kein Geld da. Dafür allerdings hat sie nicht bei allen Mietern "Verständnis" geweckt. Vielmehr haben sich durch ihr Vorgehen und durch die Enthüllungstätigkeit der Kommunisten folgende Tatsachen verbreitet:

Die Einnahmen aus den Steuern der Kapitalisten sinken. Aus der Gewerbesteuer erhielt die Gemeinde 1975 nur mehr 1,6 Millionen und damit weniger als noch 1972 (1974 waren es noch 3,1 Millionen)! Aus der Lohnsummensteuer erhielt sie 6Millionen, weniger als 1973 (1974: 7,4 Millionen). Als Steueranteil vom Bund erhält die Gemeinde 1976 um 4,7% weniger als 1975.

Damit erweist sich die Gemeinde offen als Instrument der Kapitalisten

Die Verwaltung wird aufgebläht, die Ausgaben für "Allgemeine Verwaltung" steigen heuer um 13,6% - das ist die höchste Zuwachsrate aller Ausgabenposten. Und schon 1/5 der Gemeindeausgaben aus dem Budget sind für direkte und indirekte Förderung der Kapitalisten.

Mit dieser Politik mußte sich die Gemeinde verschulden. Der heurige Schuldenstand ist schon mehr als der ganze ordentliche Haushalt. Und allein jene Steuergelder, die in Form von Schuldenzinsen direkt als Tributzahlung ans Finanzkapital fließen, steigen heuer von 1,2 Millionen auf 3,4 Millionen Damit steht die Gemeinde völlig unter der Fuchtel des Finanzkapitals, das sich zum Zweck der "Prüfung der Kreditwürdigkeit" schon Einschau verschafft hat in die gesamte Rechnungsführung der Gemeinde und damit letztlich die gesamte Verwaltungstätigkeit überprüft.

Wie die Gemeinde unter der Fuchtel des Finanzkapitals steht und die Verwaltung des Volkes im Interesse der Besitzenden ihre Hauptaufgabe ist, so schaut auch ihr Plan zur Sanierung der Gemeindefinanzen aus. Gekürzt wurden im heurigen Budget die Ausgaben für den Wohnbau, das Gesundheitswesen, den Sport, das Fürsorgewesen und die Jugendhilfe. Erhöht werden dagegen die Einnahmen aus den Gemeindesteuern (+8%) und erhöht werden seit Anfang 1975 eine Reihe von Gemeindegebühren, von der Kanalgebühr bis zur Friedhofsgebühr.

Jede solche Maßnahme der Gemeinde muß bekämpft werden

Die Gemeinde macht kein Hehl daraus, daß sie die Politik fortsetzen will: zuerst in Form von Gebühren und Steuern uns Geld abzuknöpfen, und dann sich jede Leistungnoch extra bezahlen zu lassen. Das wird auch in Zukunf zu Konflikten führen.

Zwei Hauptlehren müssen wir aus dem Kampf der Mieter ziehen:

Erstens: Widerstand führt zum Erfolg. Die Abwälzung der Kosten auf die Mieter konnte dies mal noch nicht verhindert werden. Aber immerhin wurde eine Senkung der Kosten durchgesetzt und zwar nur durch den Widerstand der Mieter.

Zweitens:Die spontane Geschlossenheit, die nichts anderes zusammenhält als der Unmut über die Beutelschneiderei, reicht nicht aus. Sie zerbricht unter dem Druck der Gemeinde,unter der raffinierten Erpressungs- und Spaltungstaktik. Je breiter die bewußte Feindschaft gegen die gesamte Gemeindepolitik, je größer die Klarheit darüber, daß die Gemeinde ein Apparat der Kapitalisten ist,daß ihre Maßnahmen ganz konsequent Teile einer durch und durch reaktionären Politik sind, destogrößer die Kampfkraft und Geschlossenheit.

Diesmal war diese Einsicht noch nicht weit genug verbreitet. Das war eine entscheidende Schwäche der Mieterbewegung. Diese Einsicht wird sich aber noch weiter verbreiten. Dafür sorgen schon die tatsächlichen Verhältnisse selber. gf/Zelle Swarovski-Wattens

bei der Straßenbahn

Am 3o. Juli wurde dann die Kundgebung am Viktor Adler Markt abgehalten. Rund 2oo Leute sammelten sich an, um der Rede zuzuhören. Dann traten einige ältere Sozialdemokraten hervor, um "ihre" Regierung in Schutz zu nehmen. Man solle nicht immer vom Bauring reden und was man denn eigentlich wolle - ihnen gehe es gut genug - ihnen mache die Straßenbahntariferhöhung nichts aus. Gleich entwickelten sich sehr heftige Debatten über Megaphon und viele Leute schilderten ihre Lage oder äußerten ihre Empörung.

„So rosig sind die Zeiten nicht wie man sagt"

Ein Mann schildert, wie der Lohn vorne und hinten nicht reicht. Er tritt den Sozialdemokraten entgegen und fordert die Menge auf, die Realität zu sehen: "So rosig sind die Zeiten nicht, wie man sagt."
Ein anderer: "Was würde dein Chef sagen wenn du nach eineinhalb Jahren zu ihm gehst und sagst, du willst eine Lohnerhöhung von 66%?" (soviel ist der Preis für die Tramway in dieser Zeit gestiegen)
Ein alter Mann erzählt, daß ihm die Gemeinde beim Autobahnbau am Laaerberg seine Wohnung abgerissen hat und seither keine Unterkunftsmöglichkeit bekommen hat, sodaß er heute als "Sandler" im Freien schlafen muß. Eine Frau: "Aufgehängt g'hörn's" Nur einige alte, eingeschworene Sozialdemokraten und Funktionäre verteidigen - im Haß gegen uns - ihre Partei, von der sie immer noch glauben, daß sie eine Arbeiterpartei ist. Sie prägten das Bild nicht. Aber doch war es so, daß die Absage an die Sozialdemokratie bei den meisten Leuten - trotz aller Empörung - noch nicht so tiefgehend war, daß sie sich am geplanten Protestmarsch zum Bezirksamt beteiligt hätten.

Volksvertreter - Volksverächter

So wurde dann eine Delegation gebildet, die anschließend an die Kundgebung zum Bezirksamt ging, um zum angekündigten Termin die Stellungnahme des Bezirksvorstehers zu erwarten. Beim Bezirksamt stellte sich jedoch heraus, daß der Herr Fucik bereits nach Hause gegangen war. Am nächsten Tag wurde darüber am Markt berichtet. Die Herren müssen rechenschaftspflichtig und abwählbar sein - diese Forderung fand breite Zustimmung.

b.b.

Polizei als Leichenfledderer

Nicht genug damit, daß das Verkehrschaos auf Österreichs Straßen alleine an Wochenenden bis zu 30 Tote fordert. Der Staat geht weiter, er sieht sich die Leichen genau an. Ob die Verunglückten aktenkundig sind, zum Beispiel. Besonderes Augenmerk wird dabei auf Menschen gelegt, die kein Hehl aus ihrer politischen Einstellung machten, die den Ausbeuterstaat offen angeprangerten und die für dessen Sturz durch die Arbeitermassen und deren Verbündete waren.
Am 18. Juli 1976 kamen bei einem Unfall in der Nähe von Salzburg 5 Menschen ums Leben. In einem Auto saßen vier, die dem KB nahestanden. Drei davon waren organisiert. Das machte die Sicherheitsdirektion für das Bundesland Salzburg äußerst hellhörig. Sofort wurden Beamte zum zuständigen Gendarmerieposten geschickt. Auf dem Posten, wo die Gegenstände aus den Unfallautos hinterlegt waren, wurden aus der Fototasche einer Genossin ein bereits belichteter Film entfernt und zur Sicherheitsdirektion gebracht. Bei anderen Gegenständen ist ungewiß, wo sie sich befinden...
Die Herrschaften haben damit spekuliert, daß keiner etwas von dem Film mehr wußte, aber dem war nicht so. Nach einigem Zögern mußten die langfingrigen Sicherheitsbeamten heraus mit der Sprache: Die Verunglückten hätten "politisch interessanten Richtungen" (wörtlich) angehört, deshalb etc. Die Angehörigen, Freunde und Genossen sind tief empört über den Diebstahl des Films, auch wenn dies im Amtsjargon anders heißt!
In den Fotoarchiven der "Sicherheitsbehörden" sind vielleicht zwei weitere Angehörige von "politisch interessanten Richtungen" zu finden, aber die Wirklichkeit wird zeigen, daß dieser Staat mitsamt seinen polypenartigen Spürorganen dem Untergang geweiht ist. Und das ganz gleich, ob er sich nun Spitzelfotografen hält oder ob der vor der Dreckarbeit nicht zurückschreckt, einer tödlich verunglückten Genossin einen Film zu stehlen!

m.F.

Innsbruck: Magistrat und Polizei planen weitere Einschränkung der Demonstrationsfreiheit

Angeblich aus Gründen des Verkehrs will der Stadtmagistrat in Zukunft die Innenstadt reinhalten von Demonstrationen: durch ein Demonstrationsverbot in diesem Bereich. Tatsächlich wollen Magistrat und Politiker den Massen den Mund schließen, wollen dem Volk vorschreiben, wo und wie es für seine Interessen eintreten dürfe.

Diese Absichten des Stadtmagistrats sind die Reaktion auf die zahlreichen Demonstrationen in Innsbruck im letzten Jahr. Die Demonstration gegen das Tiefgaragenprojekt am Rennweg, gegen den Bau der Holzhammerbrücke, gegen die Misere im Ausbildungswesen, waren vorerst der spontane Zusammenschluß der Innsbrucker Bevölkerung gegen die Politik des Gemeinderats. Tausende zogen geschlossen vors Rathaus, um die "Volksvertreter" zur Rechenschaft zu ziehen. Und jedesmal sind die Herren Volksvertreter gerupft aus dem Schlagabtausch gestiegen - das Tiefgaragenprojekt fiel, der Bau der Holzhammerbrücke wurde aufs Eis gelegt und in der Ausbildungsmisere ist die Wachsamkeit des Volkes gegen alle Anschläge der herrschenden Klasse gestiegen.

Man sieht: der Bourgeoisie und ihren Politikern sind solche Volksbewegungen ein Dorn im Auge, es sie dienen dem Zusammenschluß des Volkes und zeigen, daß das Volk vereint die Kraft hat, Maßnahmen der Bourgeoisie zu Fall zu bringen. Deshalb soll das Demonstrationsrecht eingeschränkt werden, obwohl es den Massen bereits heute verboten ist, ohne vorhergehende Anmeldung bei der Polizei zu demonstrieren.

Wir Kommunisten treten ein für: Aufhebung aller gesetzlichen Beschränkungen der Vereins-, Gewerkschafts-, Versammlungs-, Demonstrations-, Rede- und Pressefreiheit; insbesondere Aufhebung des Vereins-, Versammlungs- und Pressegesetzes; Garantie des Streikrechts.

ac-Innsbruck

Anbiederungsversuche der ÖVP

Am Samstag, den 31.7. hat die ÖVP in Favoriten am Viktor-Adler-Markt eine sogenannte "VP-Protestaktion" gegen die Tariferhöhungen bei der Strassenbahn durchgeführt. Seit die ÖVP ihre soziale Basis in der Bauernschaft und im Kleingewerbe durch die fortschreitende Industrialisierung mehr und mehr verliert, weil bald 80 % der Bevölkerung Lohnabhängige sind, ist sie gezwungen, sich nach Wählerstimmen unter den Arbeitern umzuschauen. Die Spitzenmandatare selbst gingen Flugblattverteilen. Sie wurden von den Arbeitern nicht freundlich empfangen. Ältere Arbeiter erinnerten an das 34-er Jahr. Sie haben die Kanonenpolitik der Herrschenden gegen die Arbeiterklasse nicht vergessen. Viele glauben zwar an die SPÖ - als kleineres Übel - aber die Ansichten der Kommunisten fand viel Beachtung. Als der Wiener VP-Obmann Hahn bei uns vorbeikommen wollte und spät erkannte wer hier diskutierte, bog er rasch, bevor er in eine Diskussion verwickelt werden konnte, in eine Seitengasse ein.
Am nächsten Tag ließen die ÖVP-Politiker ihre "Heldenleistung" in der bürgerlichen Presse und im ORF bekanntmachen.

In der Hugogasse sabotiert man Protestaktionen

Auch in Simmering waren von Seiten des "Simmeringer Arbeitskreises", der bereits voriges Jahr gegen die Heizkostenerhöhungen den Protest organisierte, Protestaktionen gegen die Tariferhöhungen bei der Straßenbahn geplant. Die KPÖ-Simmering (Lokal in der Hugogasse) hatte ursprünglich ihre Unterstützung zugesagt. Sie wollte Flugblätter drucken und die Veranstaltung und Kundgebung organisatorisch unterstützen. Als sie jedoch erfuhren, daß diese geplante Kundgebung parallel zur Kundgebung im 1o. Bezirk stattfinden sollte, die der KB-Wien organisierte und daß der Verantwortliche des Simmeringer Arbeitskreises Kontakte zum KB- Wien hat, zog sie plötzlich jegliche Unterstützung zurück, und ließ alles platzen.

Kampf um ein offenes Haus in Salzburg

Der seit längerem in Salzburg erhobenen Forderung nach einem Jugendzentrum bzw. Offenen Haus in Selbstverwaltung traten Stadt- und Landespolitiker immer wieder mit der Ausrede, es seien keine geeigneten Räumlichkeiten vorhanden, entgegen. Oder sie versuchten mit Versprechungen und Aufforderungen, Ansuchen zu stellen, die Sache unter den Tisch zu wischen. In Wirklichkeit ist ihnen so eine Einrichtung, wo das Volk selbst bestimmt, und die nicht unter den Fittichen der bürgerlichen Parteien oder der Kirche steht, ein Greuel.

Im Petersbrunnhof, einem ehemaligen Stall, den die Landesregierung letzt für 5o Jahre gepachtet und für ein "Kultur- und Brauchtumzentrum" vorgesehen hat, sahen einige Jugendliche das geeignete Gebäude für ein Offenes Haus. Diese Idee breitete sich rasch aus.

Freitag, 23.Juli: Mehr als 5o Arbeiter, Schüler, Lehrlinge und Studenten treffen sich im Petersbrunnhof mit dem Ziel, die Sache zu besprechen. Landeshauptmann Lechner und die Landesräte Morit und Krön erscheinen und wollen die Versammelten zum Verlassen des Hauses bewegen mit dem Hinweis, dies alles sei illegal und sowas wie die "Arena in Wien" käme gar nicht in Frage. Sie stellen ein Zeitlimit für das Verlassen des Hauses auf und gehen.

Mehr und mehr Interessierte kommen. In die laufende Debatte platzt wieder Landesrat Krön, der mit der Räumung durch die Polizei droht. Unter diesem Druck gehen die Versammelten von der schon vorher beschlossenen Besetzung ab und entscheiden sich auf Vorschlag des Landesrat Krön, nächsten Tag eine Erlaubnis beim Landeshauptmann für ein weiteres Verbleiben einzuholen. Sollte das Ansuchen nicht positiv beantwortet werden, würde man sich das Recht nehmen, bis zur nächsten Sitzung der Landesregierung die Räumlichkeit zu benützen. Anschließend wird ein vorläufiger Ausschuß gewählt zur Organisierung der anstehenden Aufgaben.

Samstag, 24.Juli: Lechner ist nirgends zu erreichen. Wie vereinbart, treffen sich alle wieder im Petersbrunnhof. Sofort erscheint Landesrat Krön und versucht, auf die Sitzung der Landesregierung am Dienstag zu vertrösten. Gleichzeitig droht er:"Ich kann jetzt für nichts mehr garantieren". Er geht, die Besetzer arbeiten eine Resolution aus. Bald erscheint er wieder, diesmal mit den örtlichen Polizeispitzen und Beamten der Kriminal- und Staatspolizei. Die Polizei droht wiederholt mit Gewaltanwendung. Die Besucher beschließen noch die Resolution an die Landesregierung und verlassen dann den Hof.

Kundgebung und Besetzung des Hofes

Mittwoch, 28.Juli: Für diesen Tag ist auf eine Kundgebung vor dem Petersbrunnhof mobilisiert und die Aufforderung an die Landesregierung zur Stellungnahme gerichtet worden. 2oo Menschen sind gekommen. Von der Landesregierung ist

Fortsetzung Seite 16



200 Jugendliche besetzen den Hof

Seit 27.6.76 ist nunmehr das Arena Gelände Schlachthof St.Marx in Wien besetzt. Seit diesen vier Wochen wird der Kampf um die vier Forderungen geführt:

- *Kein Abbruch des Schlachthofs!*
- *Ganzjähriges Jugend- und Kulturzentrum Arena!*
- *Schaffung eines Jugend- und Kulturzentrums in Selbstverwaltung!*
- *Bezahlung der Betriebskosten durch die Gemeinde Wien!*

Diese vier Forderungen fanden in der Wiener Bevölkerung und auch über Wien hinaus breiteste Unterstützung:

- *über 45 ooo Unterschriften für die Forderungen liegen vor,*
- *viele Geld- und Sachspenden sind in der besetzten Arena eingelangt,*
- *viele Jugendliche arbeiten tatkräftig an der Gestaltung und Adaptierung des Geländes,*
- *viele Kulturschaffende haben sich durch zahlreiche Gratisauftritte aktiv in den Kampf um die Arena-Schlachthof St. Marx eingereiht,*
- *von der ersten Arena-Zeitung wurden an die 5 ooo Exemplare in Wien und darüber hinaus verkauft.*

Arena Schlachthof

Der Kampf um geht

Trotz der bisherigen Versuche der Gemeinde Wien und der Schöps-Kapitalisten, die gerechte Besetzung und den Kampf um die vier Forderungen zu unterlaufen, hat sich die Unterstützung durch die Arbeiter, Angestellten, Jugendlichen und die übrige Bevölkerung rasch ausgedehnt. Waren es vor ca 1 1/2 Wochen erst über 3o ooo Unterschriften, so waren es Ende Juli bereits über 45 ooo.

Diese breite Unterstützung des Kampfes um die Arena ist umso bedeutender, wenn man sich in Erinnerung ruft, zu welchen Spaltungsversuchen und Kriminalisierungsversuchen die Wiener Gemeindebürokratie gegriffen hat, um das Gebäude für die Schöps-Kapitalisten zurückzuerobern.

Der erste Versuch war, die Betroffenen und Interessierten auf die bürgerlichen Gesetze festzunageln und damit die Ungerechtigkeit der Besetzung im Kampf um die vier Forderungen zu konstruieren. Das Gebäude gehöre rechtlich der Gemeinde, die es den Schöps-Kapitalisten zugesagt habe. Eine Besetzung wäre daher ungesetzlich und die Interessierten und Betroffenen sollten sich gefälligst an die Gesetze halten und mit einem Ersatzgebäude vorlieb nehmen. Demgegenüber waren und sind die, die den Kampf um das Gebäude und die Forderungen führen der Meinung, daß die Interessen der Bevölkerung entschieden höher zu bewerten sind, als die Eigentumsrechte des bürgerlichen Staates. Vielmehr wäre es Aufgabe der Volksvertreter im Wiener Gemeinderat, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten und nicht die der Schöps-Kapitalisten. Tatsächlich half diese Taktik der Gemeinde wenig, die Unterstützung wurde größer, die Entschlossenheit, den Kampf weiterzuführen nahm zu.

Der nächste Versuch des Abwürgens wurde über die bürgerlichen Zeitungsschmierer mit dem Versuch der Kriminalisierung der Zustände auf dem besetzten Arena-Gebäude vorgetragen. Einige wenige bedauerliche Zwischenfälle wurden groß herausgestellt, so, als wären sie an der Tagesordnung, als wären sie typisch. Gleichzeitig wurde ganz bewußt verschwiegen, mit welch großer Einsatzfreude und Disziplin die Besetzer, die Betroffenen und viele Interessierte den Kampf um die besetzte Arena und die Forderungen führen. Wie sie die Gebäude in Ordnung gebracht und vielfach schon begonnen haben, sie auszustatten und einzurichten, wie sie die Sauberkeit durch einen Sauberkeitsdienst aufrechterhalten, wie sie den Kindern aus der Umgebung freie Spielmöglichkeiten und Aufsicht schaffen, wie sie bisher das Programm organisiert haben, usw.usf. Kein Wort überdie Erfolge, lautes Geschrei über Drogenmißbräuche und einige andere Ausnahmefälle. Die Absicht war klar: der Kampf um die Arena sollte kriminalisiert und in den Augen der Bevölkerung unmöglich gemacht werden.Doch auch dieser Versuch der Zeitungsschmierer und der Gemeindebürokratie hatte nicht



St. Marx in Wien
die Forderungen weiter

die gewünschte Wirkung. Vielmehr wurde vielen Betroffenen klar, daß der Kampf umso entschiedener und disziplinierter geführt werden muß. Die Unterstützung wuchs und wächst weiter an. Immer mehr Arbeiter und Angestellte gehen in die besetzte Arena, drücken damit ihre Unterstützung aus und überzeugen sich mit eigenen Augen vom Betrieb in der Arena. Inzwischen haben sich die Kleingärtner, deren Gärten neben dem Arena-Gebäude ebenfalls geschliffen werden sollen, mit den Arena-Besetzern besprochen und es wurde vereinbart, daß man gemeinsam um den Erhalt der Arena und der Schrebergärten kämpfen will.

Der Kampf um die Arena entspricht den sozialen Interessen großer Teile der Bevölkerung

Es hat seinen guten Grund, daß die Unterstützung wächst. Der Grund ist der, daß Tausende Jugendliche in Wien keine Möglichkeiten haben, ihre Freizeit - ihre Sport- und ihre Kulturinteressen und Vorstellungen zu verwirklichen. Die wenigen Jugendzentren, die es gibt, werden von der Gemeindebürokratie nur selten geöffnet und völlig gegängelt. Jede Initiative der Jugendlichen wird sofort bürokratisch unterbunden, wenn sie den Gemeindeherren nicht in ihren Kram paßt. Den Jugendlichen bleibt gar nichts anderes übrig, als in den Straßen, Parks und Diskotheken herumzustreifen. Viele Eltern, viele Arbeiter und Angestellte kennen die Probleme ihrer Kinder, bzw. der Jugendlichen. Sie wissen aus eigener Erfahrung, daß die Gemeinde für die Interessen der Bevölkerung nichts über hat, während sie für die Kapitalisten, für Protzprojekte, wie die UNO-City und für einen Kulturbetrieb, der ihr in den Kram paßt, Milliarden ausgibt. Die Jugendlichen drängen nach Selbständigkeit, sie drängen danach, ihre Interessen unabhängig von der Gemeindebürokratie verwirklichen zu können. Die Ursache für den Kampf um die Arena und die Forderungen, die Ursache für die breite Unterstützung sind die sozialen Bedürfnisse der Jugendlichen und großer Teile der Arbeiter und Angestellten.

Diese sozialen Interessen beschränken sich keineswegs auf ein "alternatives Kulturprogramm", das den Betroffenen und Interessierten dauernd von verschiedenen Seiten aufzuzwingen versucht wird. Der Bogen ist weit gespannt: Sport, politische Veranstaltungen, ein Motorradklub und andere kulturelle Betätigung. Die Interessen sind mannigfaltig. Die Jugendlichen wollen sie alle in einem ganzjährig geöffneten, von ihnen selbst verwalteten und von der Gemeinde bezahlten Jugend- und Kulturzentrum verwirklichen können. Darum ist es notwendig, daß es sich um ein selbstverwaltetes Zentrum handelt, da die Selbstverwaltung die Möglichkeit eröffnet, daß weder die Gemeinde, noch irgendwelche Kulturproduzenten die Interessierten und Betroffenen bevormunden und gängeln können.

Diese, im bisherigen Kampf um die vier Forderungen so deutlich zum Ausdruck gekommenen sozialen Interessen sind es, die die Gemeindebürokratie zögern lassen, die Arena einfach zu räumen. Die Gemeindepolitiker scheuen sich, offen gegen diese Interessen und für die Interessen der Schöps-Kapitalisten aufzutreten. Sie scheuen sich deshalb, weil durch ein offenes Vorgehen gegen die Arena das ohnehin schwindende Vertrauen der Werktätigen in die bürgerlichen Parteien wieder um ein Stückchen mehr abbröckeln würde. Das heißt aber nochlange nicht, daß die Gemeindebürokratie verzichten wird, im Sinne der Schöps-Kapitalisten den Kampf um die Arena St.Marx abzuwürgen. Sie wird versuchen, verdeckt vorzugehen und sie wird versuchen, die Kampffront zu spalten. Das kann ihr aber nur dann gelingen, wenn sie es schafft, den Blick vom Kampf um Forderungen auf Dinge zu lenken, die in der gegenwärtigen Phase nebensächlich sind. So versucht zum Beispiel die Stadträtin für Kultur - Sandtner - ständig zu beteuern, daß sie auch für eine Arena eintrete, daß sie eine "alternative Kultur" fördern würde - allerdings nicht auf dem Gelände St. Marx. Damit will sie ganz offenkundig jene Kräfte forcieren, denen es hauptsächlich um ein selbstausgebrütetes "alternatives Kulturprogramm" geht, das in der Arena, aber auch auf einem Kompromißgelände den Jugendlichen und übrigen Werktätigen vorgesetzt werden soll. Solche Kräfte finden sich immer wieder, die die Selbständigkeit derer, die ein solches Zentrum selbst verwalten, wie die Pest fürchten, weil sie dann damit rechnen müssen, daß sie keinen Auftrag haben. Gegen solche Spaltungsversuche gibt es unserer Ansicht nach nur eine wirkungsvolle Waffe: Die Reihen enger schließen im Kampf um alle vier Forderungen, die sozialen Interessen der Jugendlichen und großer Teile der Bevölkerung in den Mittelpunkt stellen und auf dieser Grundlage für noch größere Unterstützung arbeiten. Denn nur dann, wenn die Zahl derer, die aktiv für die Forderungen eintreten, noch weiter ansteigt, wird der politische Druck auf den Gemeinderat reichen, um ihm die Forderungen abzuringen, wenn er Mitte September über die weitere Zukunft des Arena-Geländes im Schlachthof St.Marx beschließen wird.

P.F.

Lehrlingstheater in der Arena

Am vorletzten Samstag spielten einige Wiener Lehrlinge in der Arena ein Theaterstück, das sie im "Dramatischen Zentrum" selbst erarbeitet haben, aus ihren eigenen Erfahrungen heraus.

In diesem Stück werden die Verhältnisse in einem winzigen Tischlereibetrieb gezeigt, der nur aus dem Meister, einem Gesellen und zwei Lehrlingen besteht. Dem Betrieb gehts offensichtlich schlecht, und der Meister weiß sich keinen Ausweg, außer daß er versucht, auf allen Ecken und Enden zu sparen. Die zwei Lehrlinge beschäftigt er, weil sie die billigsten Arbeitskräfte sind. Gutes Werkzeug und Arbeitsmaterial kann er sich nicht leisten. Die elektrischen Einrichtungen und das Klo müßten längst repariert werden. Aber das ganze Sparen hilft alles nichts. Im Gegenteil: wie soll der Betrieb denn gegen die Konkurrenz der Großen bestehen, wenn das Werkzeug schlecht ist, und wenn man eine halbe Stunde nach einer geeigneten Schraube suchen muß?

Diese Ausweglosigkeit hat den Meister mürrisch gemacht. Er nörgelt herum an allem und jedem, ist völlig zerfahren und schikaniert die Lehrlinge.

Einige Szenen spielen auch beim Meister zuhause. Hier schikaniert er seine Frau, genauso wie seine Lehrlinge im Betrieb. Kaum setzt er sich an den Tisch, so schimpft er schon über das Essen und über das Bier, das ihm entweder zu kalt oder zu warm ist. Immer unzufrieden ist er auch mit seiner Tochter. Dauernd will er ihr verbieten, daß sie ihren Freund trifft, und er ist natürlich völlig aus dem Häuschen, als sich herausstellt, daß ihr Freund einer seiner Lehrlinge ist. Aber das Theater, das der Meister jetzt aufführt, bringt überall das Faß zum Überlaufen: zuhause halten seine Frau und seine Tochter zusammen und lassen sich plötzlich nicht mehr herumkommandieren. Und ebenso in der Werkstatt. Hier fangen die Lehrlinge an, Schluß zu machen mit den Sparmaßnahmen auf ihre Kosten: als der Meister Fensterputzen von ihnen verlangt, wo von einer Ausbildung ja überhaupt keine Rede sein kann, sondern nur vom Einsparen der Putzfrau, da drohen ihm die Lehrlinge, zur Gewerkschaft zu gehen. Vor allem aber machen sie einen Mini-Streik, indem sie nach der Pause einfach sitzenbleiben, worauf der Meister schließlich nachgibt.

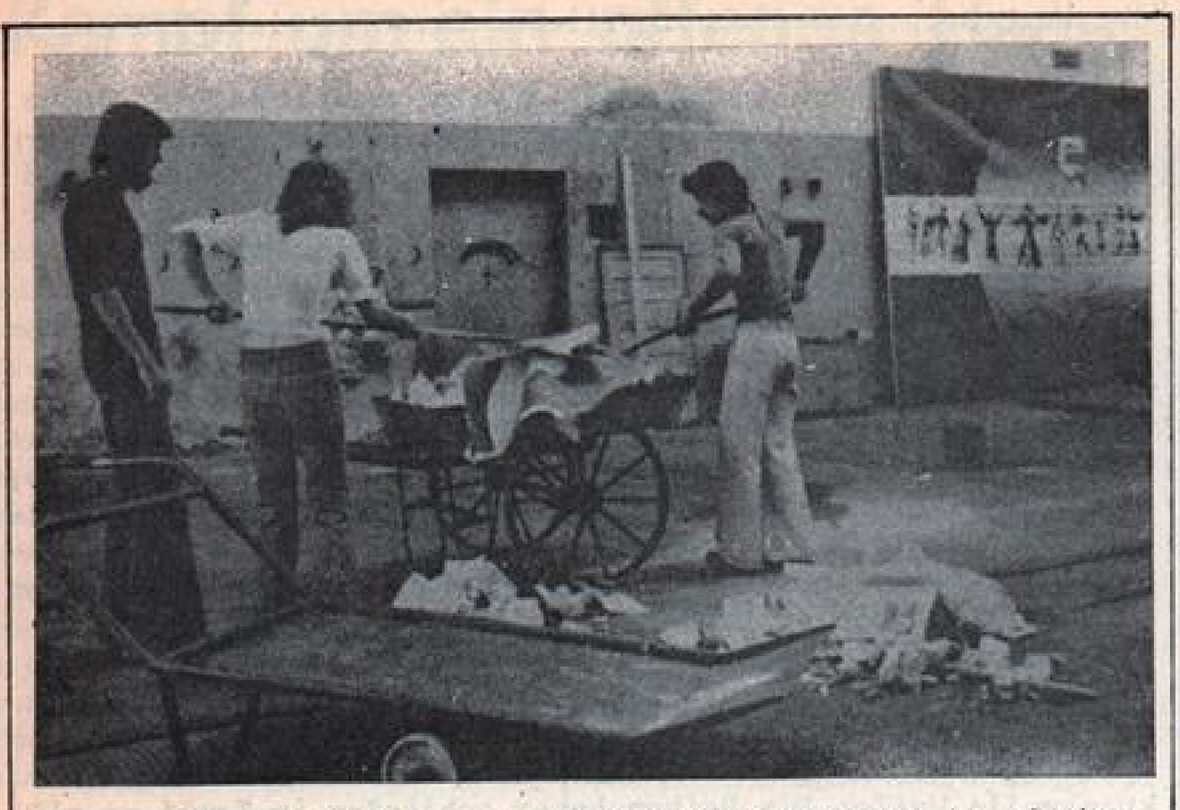
Dieses Theaterstück unterschied sich ganz wesentlich von der "Kunst", mit der wir normalerweise vollgestopft werden sollen. Dieses Stück konnte jeder verstehen, es war sehr witzig und unterhaltsam und vor allem - man konnte etwas damit anfangen! Ein solches Stück hilft uns nämlich, daß wir uns klar werden, über unsere Lage und wie wir uns zusammenschließen können, um sie zu verändern. Das zeigte sich in der Diskussion, die sofort nach der Aufführung in Gang kam: die Debatte ging sehr lebhaft darum, ob es etwas nutzt, wenn ein Lehrling zur Gewerkschaft geht, ob die Gewerkschaftsführung auf unsere Seite steht oder nicht, ob es nur ein Ausnahmefall ist, wenn so ein kleiner Meister nachgibt usw. Jeder konnte leicht mitreden, weil es ja um "Alltagsdinge" ging.

So eine Aufführung und Diskussion kann auch der Ansporn sein, dass andere Werktätige sich zusammentun und ein Stück über ihre Lebensverhältnisse ausarbeiten.

Das wäre auch das beste Mittel, um diese Kunst mehr als bisher auf der Arena durchzusetzen, nämlich eine Kunst, die vom Volk kommt und die dem Volk dient.

FÜR EINE SOLCHE KUNST BRAUCHEN WIR DIE ARENA, DAFÜR MÜSSEN WIR SIE ERKÄMPFEN!

(aus einem Betriebsflugblatt der Zelle Philips/Wien)



Arena-St.Marx/Wien: der Reinigungsdienst in Aktion

Fortsetzung von Seite 14:

Salzburg: offenes Haus

kein Mensch da, dafür mischen sich umso mehr Kriminalbeamte unter die Kundgebungsteilnehmer. Verschiedene Redner erläutern die Notwendigkeit eines Offenen Hauses in Selbstverwaltung. Die KPÖ Revisionisten hingegen versuchen den Versammelten Angst zu machen vor einer erneuten Besetzung. Ein KPÖ-Mitglied ergreift über das Megaphon das Wort: es sei unmöglich in kurzer Zeit ein Programm für ein solches Offenes Haus zusammenzustellen. Als er schließlich mit Hinweis auf den drohenden Regen für Abbruch der Kundgebung eintritt, wird er ausgepfiffen. Die Wortmeldung des KPÖ-Vertreters öffnet vielen die Augen über die Abwiegelei der Revisionisten, wenn es um den Kampf für die Interessen der Werktätigen geht.

Die Versammelten waren nicht bereit, heimzugehen. Nach der Kundgebung wird eine Türe des Petersbrunnhofes geöffnet und loo besetzen erneut den Hof. Es wird mit einem Abendprogramm begonnen: Diskussionen über die Fortsetzung des Kampfes um das Offene Haus und Musik.

Sind die Interessen der herrschenden Klasse gefährdet, hat sie schnell ihre Polizei dabei

Gegen 23 Uhr rücken mehrere Mannschaftswagen mit 8o-loo Polizisten an und setzen den Befehl der Landesregierung und die gleichlautende Weisung des Innenministeriums, den Hof zu räumen, auf brutale Weise in die Tat um. Die Besetzer haben schon zu Beginn beschlossen, bei einem Polizeieinsatz keinen Widerstand zu leisten. Jedoch waren sie nicht bereit, auf die bloße Aufforderung hin nach so kurzer Zeit das Haus zu verlassen. Alle haken sich unter und singen kämpferische Lieder. Die Polizisten stoßen mehrere mit dem Kopf gegen die Wand, treten mit den Stiefeln usw. und zerren die Besetzer hinaus. Einige Verletzte sind die Bilanz (wobei die Polizei anfänglich nicht einmal die Rettung ruft).

Die Besetzer sammeln sich auf der Straße vor dem Hof, viele Passanten bleiben stehen. Eine große Wut auf die Landesregierung und die Polizei besteht. "Jugendliche rein - Polypen raus - wir wollen ein Offenes Haus!", "Einsatz gegen das Volk, das ist der Zweck - drum muß die Polizei jetzt weg!", "Die Polizei wird unterliegen, das Offene Haus wird siegen!" und Parolen gegen den Landeshauptmann Lechner und gegen die Einsatzleiter der Polizei werden immer wieder gerufen. Die Polizei hat getreulich den Befehl der Landesregierung durchgeführt, die bestimmt hat: "Den Petersbrunnhof haben wir gepachtet, da kommt ein Kulturzentrum hin!" Salzburg soll nach dem Willen der Landesregierung um eine Perle für die herrschende Klasse bereichert werden. Wer dem im Wege steht, den läßt sie mit der Polizei wegräumen. Diese Erkenntnis hat sich allgemein durchgesetzt.

<u>Freitag, 3o.Juli:</u> loo demonstrieren durch Salzburg. Die Forderung nach einem Offenen Haus in Selbstverwaltung im Petersbrunnhof steht. Angeprangert wird die Landesregierung, die für die Salzburger Festspiele Millionen und abermals Millionen aufwendet und für das Volk die Polizei parat hält. Von der Forderung wird nicht abgegangen.

M./Salzburg

Schulschließungen, vertragslehrern, arbeitslo

So sieht Sinowatz' Gerede vom

Wie vorauszusehen, waren die Beteuerungen von Sinowatz "Kein Lehrerstop" und "Verlängerung aller Sonderverträge" leere Versprechungen und pure Lügen: an meiner Schule z.B. wurden mindestens 2 Sonderverträge nicht verlängert. Von zwei weiteren Kollegen konnte ich nichts Näheres mehr erfahren ,da die telefonische Benachrichtigung erst Mitte Juli (!) erfolgte und sie nicht mehr erreichbar waren.

Die Begründung war: Sparmaßnahmen, begleitet von dem guten Rat: machen Sie lieber möglichst schnell fertig, damit Sie wenigstens nächstes Jahr eine Stelle bekommen.

Tatsächlich sind in Wien für das Jahr 76/77 für Sondervertrags-(nicht voll geprüfte) Lehrer nur 4 - 5 Fächer, darunter Musik u. Zeichnen, ausgeschrieben, für alle anderen besteht nicht die geringste Chance. Aber auch für die fertigen Lehrer verringert sich die Zahl der ausgeschriebenen Stellen von Jahr zu Jahr, in den meisten Hauptfächern gibt es bereits keine Aussichten mehr auf freie Posten. Den 500 Lehrern, die heuer in Wien die pädagogischen Akademien verlassen, stehen nur 300 frei werdende Stellen offen, ähnlich sieht die Lage für die etwa 500 Lehramtsabsolventen die von der Universität kommen, aus. Gar nicht zu reden von den rund 8000 Lehramtsstudenten, die derzeit in Wien studieren und für die die Lehramtsprüfung unglaublich verschärft wurde. Am 24.6. schreibt der Kurier-Kommentar: "Nur dort, wo Pensionierung oder Tod eine Lücke reißen, können Junglehrer auf Anstellung rechnen".

Die Schulbürokratie versucht die Schuld den Studenten in die Schuhe zu schieben, indem sie die Schulmisere darauf zurückführt, daß die Studenten nur ein angenehmes Lehrerleben in der Großstadt führen und nicht aufs Land unterrichten gehen wollen.

"Sicher kein Katheder ums Eck" hieß das im Sinowatz-Deutsch und er gab damit indirekt einen Lehrerstop für Wien und die anderen Bundesländer-Hauptstädte zu. Abgesehen davon, daß die Landbevölkerung wirtschaftlich und kulturell tatsächlich stark benachteiligt gegenüber der Bevölkerung in Wien und den größeren Städten ist, sieht auch die Situation des Schulwesens in den Bundesländern und in den kleineren Städten und Orten nicht viel besser als in Wien aus.

In Niederösterreich sollen bei weniger als 100 Kindern die Hauptschulen geschlossen werden, bei unter 120 Schülern ist nach Meinung von Anton Sagbauer, dem Präsidenten des niederösterreichischen Landesschulrates, die Weiterführung bereits problematisch. Bei den Volksschulen zieht man die Grenze bei 50 bis 60 Kindern. Im Herbst 1976 werden demnach im Bezirk Horn sechs Volksschulen, im Bezirk Mistelbach vier, in den Bezirken Hollabrunn und Krems-Land je drei Volksschulen stillgelegt. Weiters wurde in Niederösterreich, wo man letztes Jahr noch ziemlich problemlos eine Stelle in den berufs- und allgemeinbildenden höheren Schulen finden konnte, auf der Direktorenkonferenz eine rigorose Aufnahmedrosselung beschlossen, die schon deutlich spürbar durchgeführt wird.

In Graz zittern 650 Lehrer um ihre Arbeitsplätze und der steirische Landesschulrat Schreiber verkündete offen: "Logischerweise müssen wir ihre Verträge (der nicht voll geprüften Lehrer) mit 31. 8. auslaufen lassen".

Gleichzeitig werden aber an Schulen in ganz Österreich Unmengen von Überstunden gemacht. An den allgemeinbildenden höheren Schulen in der Steiermark z.B. 10.800 allein im Jahr 75/76. Dazu wieder der steirische Landesschulrat:"Umgerechnet sind das 400 Dienstposten. Sie können jedoch nicht mit Junglehrern besetzt werden, weil im Dienstpostenplan keine Stellen dafür vorgesehen sind. Weiters sagt er: "Von seiten des Finanzministeriums bezahlt man lieber Überstunden, als neue Dienstposten zu schaffen; sie kommen mit allen Nebenkosten teurer". -- Ja, die Regierung spart, aber immer nur auf Kosten und zu Lasten des Volkes! Während der Dienstpostenplan für die Schulen

Abbau von Sonder se Lehramtsabsolventen

„nicht existierenden Lehrerstop" aus

eingeschränkt wird, werden bei Polizei und Bundesheer hunderte Dienstposten neu geschaffen. Während dem Volk ständig neue "Opfer" abverlangt werden, ist für die hohen Beamten und andere Büttel immer genug Geld da, werden deren Bezüge noch erhöht. Den Kapitalisten selbst wird großzügigst zugeschoben und hineingesteckt, was der werktätigen Bevölkerung nach allen Regeln der Kunst herausgepreßt wird.

Obwohl erst am Anfang, sind die Folgen der Sparmaßnahmen auf dem Bildungssektor jetzt schon alarmierend: überarbeitete Lehrer, die aber aufgrund der niedrig gehaltenen Gehälter oft auf die Überstunden angewiesen sind, überfüllte Klassen (daß die Klassenschülerhöchstzahl 36 bei weitem nicht überall eingehalten wird, muß auch die bürgerliche Presse feststellen), verstärkte politische Kontrolle und Disziplinierung von Schülern und Lehrern, verschärfter Noten- und Leistungsdruck (man erwägt sogar die Wiedereinführung der Aufnahmsprüfung in die allgemeinbildenden höheren Schulen. In Handelsschulen und Handelsakademien werden diese heurigen Herbst schon bedeutend erschwert, um die Klassenschülerzahlen von vornherein zu senken), eine ständig steigende Durchfallsquote, eine Zunahme der psychisch und physisch kranken Schüler, vermehrte Selbstmordfälle von Schülern, zunehmende Jugend-Kriminalität usw. usf.

Diese ständige Verschlechterung, die auch in allen anderen Sozialbereichen vor sich geht, steht frontal gegen die Interessen der werktätigen Bevölkerung. Diese Tatsache läßt jedoch die Regierung, die sich an nichts anderem als an den Interessen der Kapitalisten orientiert, völlig kalt.

Die Kapitalisten wollen nämlich das dem Volk abgepreßte Geld vom Staat vor allem so angelegt sehen, daß ihre Bedingungen, die Arbeiter auszubeuten, verbessert werden oder daß es selbst unmittelbar wieder Profit abwirft. Wenn daher der Staat, um den Kapitalisten mehr Geld in den Rachen stopfen zu können, Ausgaben kürzen muß, so vor allem am sozialen Sektor.

Aber das Volk ist immer weniger bereit, das ruhig hinzunehmen. Gegen den Lehrerstop und die Verschärfung der Lehramtsprüfungen, die Ausdruck dieser volksfeindlichen Schulpolitik des bürgerlichen Staates sind, hat es bereits Protest und Aktionen gegeben: am 9.6. 76 hat sich ein Komitee dagegen gebildet, die Fakultätsvertretung Philosophie der Uni Wien und der Zentralausschuß der Österreichischen Hochschülerschaft haben eine Hörerversammlung einberufen und am 24.6. gab es eine Demonstration von 1200 Menschen zum Bundeskanzleramt. Aber der Lehrerstop ist nicht nur eine Sache der Studenten und Lehrer, sondern vor allem der Werktätigen, die mit ihren Kindern in erster Linie von der Misere des Volksbildungswesens betroffen sind. Sie alle müssen sich in den Elternvereinen, Schulausschüssen, Gewerkschaften usw. verstärkt für die Durchsetzung der Forderungen: Kein Lehrerstop! Verlängerung aller Sondervertragslehrer! Keine Verschärfung der Lehramtsprüfungen! einsetzen. C.C.

Nachtrag

Zwei Wochen nach dem Bescheid meiner Nicht-Verlängerung als Sondervertrags-Lehrer kam ein Brief mit der Mitteilung, dass ich doch wieder "in Verwendung genommen" würde und mich spätestens 1.9. an der Anstalt zum Dienstantritt zu melden hätte. Das hat mich sehr überrascht, denn ich hatte mich in der Zwischenzeit schon auf die Lage als Arbeitslose eingestellt, eine billigere Wohnung, eine Sommerarbeit genommen usw. Als ich beim zuständigen Amt anrief, um mich nach den Gründen zu erkundigen, wurde nur kurz zurückgefragt, ob ich "womöglich nicht zufrieden" sei, daß halt Veränderungen im Dienstplan vorkämen.

So springt die Schulbürokratie mit den Lehrern um und erwartet, daß man ihr dafür noch dankbar die Füße küßt. C.C.

gewerkschaftliche Initiative steirischer Hauptschullehrer

Keine Verschärfung der Lehrerausbildung

Schon bisher war die Ausbildung der Hauptschullehrer in der Steiermark (ähnlich wie auch in den übrigen Bundesländern) eine Zumutung für alle Betroffenen. Neben dem Unterricht müssen die Lehrer einmal pro Woche einen Kurs besuchen, neben dem Unterricht müssen sie für die Prüfungen lernen, für die in der Hauptsache die Kenntnis einer ungeheuren Menge von Fakten verlangt wird, die man ohnehin in Lexika und Fachbüchern jederzeit nachlesen kann. In den Ferien müssen Blockkurse besucht werden, bei denen ebenso wie bei den wöchentlichen Kursen eine strenge Anwesenheitskontrolle mittels Unterschriftenlisten durchgeführt wird. So wird nicht nur die Freizeit der Lehrer enorm eingeschränkt, auch die Schüler sind davon betroffen, da sich die Lehrer so nur schlecht auf den Unterricht vorbereiten können, und besonders zu Prüfungszeiten nervös und abgehetzt in der Klasse stehen. Dabei ist es so, daß diese Kurse äußerst schlecht und ineffektiv geführt werden: es gibt faktisch keine didaktische Ausbildung; in stundenlangen Vorträgen wird den Lehrern der Stoff an den Kopf geknallt, zum Nachdenken kommt man dabei überhaupt nicht. Die Lehrer werden so dazu ausgebildet, das Gehörte einfach unüberlegt weiterzugeben.
Diese Ausbildung entspricht offenbar nicht einmal .. mehr den Anforderungen, die an die Hauptschule gestellt werden, nämlich willige und geeignete Arbeitskräfte für das Kapital heranzubilden, darum wurde nun eine sechssemestrige Hauptschullehrerausbildung an den Pädagogischen Akademien eingeführt.

Damit Hand in Hand soll aber die Ausbildung für die bereits im Dienst stehenden Lehrer noch mehr verschärft werden! Die Kurse sollen jetzt nur noch an Samstagnachmittagen stattfinden. Das bedeutet, daß die Lehrer, die diese Kurse besuchen, nur mehr knapp einen Tag pro Woche frei hätten, an dem meist noch Vorbereitungen zu schreiben, Hefte zu korrigieren sind usw.

Daß es unter solchen Bedingungen unmöglich ist, sich von einer Arbeitswoche einigermaßen zu erholen, ist wohl leicht einsichtig!

Damit soll erreicht werden, daß möglichst viele Lehrer daran gehindert werden, eine Ausbildung nach der alten ineffektiven Methode mitzumachen. Gleichzeitig sollen so die Einsparungsmaßnahmen des Staates unterstützt werden.
Dabei ist es noch so, daß an fast allen Hauptschulen der Steiermark Überstunden gemacht werden müssen (oft 7 - 8 Stunden pro Woche), daß überall Lehrer in Gegenständen unterrichten, für die sie gar nicht ausgebildet sind, daß die meisten Klassen überfüllt sind, daß der Wechsel von Klassenzügen, Aufsteigen oder Wiederholen einer Klasse davon abhängig gemacht werden, wie es sich mit den Klassen und Schülerzahlen ausgeht! Schuld an diesen Zuständen sind Raumnot und Lehrermangel.

An diesen Zuständen hat sich unter den Lehrern einiger Unmut entzündet, insbesondere an der HS-Lehrerausbildung. So haben z.B. die Personalvertretung der Pflichtschullehrer von Graz-Umgebung eine Resolution beschlossen, die von den Lehrern einer Schule ausgearbeitet wurde und an den Schulen, an denen sie bisher vorgelegt wurde, fast von allen Lehrern unterschrieben wurde:

Die Prüfungsvorbereitungskurse für das Lehramt an Haupt- und Sonderschulen sowie an Polytechnischen Schulen sind, so wie sie jederzeit abgewickelt werden, eine unzumutbare Belastung für alle Betroffenen. Die Unterzeichneten beschließen daher folgende

Resolution

"Wir fordern die Personalvertretung der Landeslehrer für allgemein bildende Pflichtschulen, Zentralausschuß für Steiermark, 8010 Graz, Jakominstraße 15, auf, vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst zu verlangen, daß allen jenen Lehrern, welche die Absicht haben, die Lehramtspüfung für Haupt-, Sonder- oder Polytechnische Schulen abzulegen, der laut LDG § 42 vorgesehene außerordentliche einjährige Bildungsurlaub gewährt wird. Zugleich ersuchen wir den Zentralausschuß die Unterstützung der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten, Sektion Pflichtschullehrer, anzustreben".

Diese Resolution ist unbedingt zu unterstützen, um einer Verschlechterung der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen für die Lehrer entgegenzutreten. A.W.

Die Fristenlösung ist ein reaktionäres Gesetz - sie muß weg

Es ist stillgeworden in letzter Zeit um die Fristenlösung. Keine scharfen Auseinandersetzungen mehr zwischen der Aktion Leben, Kirche, ÖVP und SPÖ, keine Artikel mehr in den Zeitungen, keine Polemiken mehr zwischen den Politikern und auch keine Massendiskussionen mehr auf der Straße, wie zur Zeit des Volksbegehrens. Das Volksbegehren ist in einem Sonderausschuß des Nationalrates verschwunden, der die Sache unter Ausschluß der Öffentlichkeit berät. Im Herbst aber wird der Sonderausschuß dem Nationalrat einen Bericht vorlegen und der Nationalrat wird Beschlüsse zum Gesetzesantrag der Aktion Leben bzw. zur Fristenlösung fassen. Und damit ist die Auseiandersetzung wieder an der Öffentlichkeit - ändert die SPÖ nichts an der Fristenlösung, so muß die ÖVP dagegen auftreten; haben sich die Parteien im stillen Kämmerlein auf Änderung der Fristenlösung geeinigt, so sicher auf solche, die den unterdrückerischen Charakter dieses Gesetzes klarer zutage treten lassen. Unvermeidlich wird es dann wohl zu Reaktionen im Volk bis hinein in die SPÖ kommen, in der viele Unterorganisationen früher die ersatzlose Streichung der Abtreibungsparagraphen gefordert haben.

Ein heißes Eisen in der Innenpolitik im Herbst wird das Abtreibungsverbot jedenfalls nicht nur im Streit der bürgerlichen Parteien untereinander sein, sondern vor allem und im wachsenden Maß in der Auseinandersetzung zwischen den Arbeiter- und Volksmassen mit dem bürgerlichen Staat und seinen Repräsentanten.
Denn nach wie vor haben die kapitalistischen Zustände über 100.000 Abtreibungen jährlich zur Folge und nach wie vor mischt sich der Staat mit seinen Gesetzen in die ureigensten Belange des Volkes ein. Viele haben schon erkannt, daß die Fristenlösung kein Fortschritt ist und die übergroße Mehrheit der Bevölkerung ist gegen jedes Abtreibunsverbot und für die ersatzlose Streichung aller Abtreibungsparagraphen. In vielen europäischen Ländern, wie Italien, England, der BRD usw. gibt es schon Massenbewegungen gegen das Abtreibungsverbot. Auch bei uns ist das die einzige Möglichkeit, den Interessen des Volkes zum Durchbruch zu verhelfen - die Situation im Herbst muß genützt werden für den Aufbau einer breiten Kampffront gegen den bürgerlichen Staat mit der klaren Stoßrichtung: WEG MIT DEN ABTREIBUNGSPARAGRAPHEN 96, 97 - DIE BETROFFENEN SOLLEN SELBST ENTSCHEIDEN.

Die Fristenlösung ist ein Abtreibungsverbot in neuer Form

Die Revisionisten von der KPÖ, aber auch eine Reihe von fortschrittlichen Menschen vertreten die Auffassung, daß, zumindestens in einigen Bundesländern, zunächst einmal die Fristenlösung in die Praxis umgesetzt werden müßte. Tatsächlich entspricht aber die Praxis sowohl in Vorarlberg als auch in Wien genau dem Gesetzestext und den Intentionen des Gesetzes. Egal, ob nun Abtreibungen in Spitälern gemacht werden oder nicht, hat das Gesetz Unterdrückung und Bevormundung zur Folge. Wie das im einzelnen gemacht wird, das allerdings überläßt das Gesetz den Ärzten. Im § 96 ist unter anderem festgehalten:
"(3) Eine Frau, die den Abbruch ihrer Schwangerschaft selbst vornimmt oder durch einen anderen zuläßt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr zu bestrafen." § 97 "(1) Die Tat ist nach § 96 nicht strafbar, erstens, wenn der Schwangerschaftsabbruch innerhalb der ersten drei Monate nach Beginn der Schwangerschaft nach vorhergehender ärztlicher Beratung vorgenommen wird; ...(2) Kein Arzt ist verpflichtet, einen Schwangerschaftsabbruch durchzuführen oder an ihm mitzuwirken,..."
Das entscheidende an diesem Paragraphen ist, daß durch ihn den Ärzten allein die Entscheidung über die Durchführung einer Abtreibung übertragen wird- von Rechten der Betroffenen ist nirgends die Rede, nur von Pflichten. Entscheidet sich ein Arzt, ein Primarius, oder ein Spitalserhalter dazu, prinzipiell keine Abtreibung durchzuführen, so steht das voll im Einklang mit dem Gesetz. Verlangt ein Arzt unverschämte Preise für private Abtreibungen (in Westösterreich bis zu 20.000 S), so steht das ebenfalls voll im Einklang mit dem Gesetz. Werden in einem Spital, wie etwa in der Wiener Semmelweiß-Klinik, Abtreibungen durchgeführt, so dürfen die Frauen dort ihren Wunsch vortragen, werden karteimäßig erfaßt und in entwürdigender Weise ausgefragt und in durchschnittlich zwei Drittel der Fälle abgewiesen. Ein Teil der Frauen konnte zwar in einem Spital eine relativ billige und fachgerechte Abtreibung bekommen (und zwar waren das 1975 um 11.662 Frauen mehr als 1974), für den Rest wurde es aber schwieriger, denn viele wurden in den Spitälern eine Zeitlang hingehalten, sodaß die Dreimonatsfrist um war; denn sie sind karteimäßig erfaßt, denn die Preise für private Abtreibungen sind gegenüber 1974 weit stärker gestiegen, als der Durchschnitt. Aber alle Frauen, egal ob sie nun abtreiben dürfen oder nicht, müssen zu den Ärzten als Bittsteller gehen und haben keinerlei Recht zu entscheiden, denn dieses Recht räumt das Gesetz den Ärzten ein. Wollen sie sich dem nicht unterwerfen, so können sie bestraft werden.

Was liegt der herrschenden Klasse an der Fristenlösung?

Wenn ein Paragraph so oft gebrochen wird, wie der alte Paragraph 144 und so breite Empörung hervorruft, so hat er seinen Sinn für den Staat verloren. Denn das Abtreibungsverbot ist sei jeher ein Mittel für den Staat, das Volk zum Kinderkriegen zu zwingen, um den Kapitalisten den Arbeiternachwuchs sicherzustellen. Das konnte der § 144 kaum noch leisten, was angesichts einer ständig sinkenden Geburtenrate langsam bedrohlich wurde. Ein imperialistischer Staat muß auch das Volk niederhalten und den Klassenkampf verhindern, um fürdie Kapitalisten ein möglichst gutes Ausbeutungsklima zu schaffen. Deshalb dehnt er seine Kontrolle über das Volk immer weiter aus und schafft sich bürokratische Kontrollinstanzen, wie etwa die Beratungsstellen.

Konkret war die Bourgeoisie Anfang der 70er Jahre mit einer breiten Bewegung gegen das Abtreibungsverbot konfrontiert, die irgendwie zum Stillstand gebracht werden mußte. Äußerst geschickt verstand es die SPÖ-Regierung, die Fristenlösung als Fortschritt hinzustellen, dadurch die Bewegung zu spalten, ihr die Spitze zu nehmen und gleichzeitig ein wirksames Kontrollinstrument in die Hand zu bekommen. Allerdings herrscht unter den bürgerlichen Parteien keine Einigkeit darüber, ob die Fristenlösung diesen Zielen wirklich am besten gerecht wird.Und in gewisser Weise hat die ÖVP recht - denn die SPÖ hat mittlerweile im Großen und Ganzen in der Abtreibungsfrage bereits ihr Pulver verschossen. Sie hat 1 1/2 Jahre nach Einführung der Fristenlösung keine Rückzugslinie mehr, die sich noch dauerhaft und glaubwürdig als fortschrittlich verkaufen könnte. Änderungen an dem Gesetz, die für die Kapitalisten annehmbar und brauchbar sind, werden nur den unterdrückerischen Charakter des Gesetzes klarer zutage treten lassen.

Der Aufbau einer Kampffront gegen die Fristenlösung ist möglich

Die Grundlage dafür ist, daß Abtreibungen nach wie vor notwendig sind. Das beweisen die über 100.000 Abtreibungen pro Jahr. Die gesellschaftlichen Zwänge sind offenbar stärker als jedes staatliche Abtreibungsverbot. Das wird klar, wenn man bedenkt, daß ungefähr die Hälfte aller Frauen berufstätig sind und ein Kind angesichts mangelnder Krippen- und Kindergartenplätze eine längere Arbeitspause nötig macht. Jeder Lohnraubabschluß, der es eben noch schwieriger macht, eine Familie mit nur einem Gehalt zu erhalten, kostet so zwangsläufig tausenden Kindern das Leben. Das wird auch klar, wenn man bedenkt, daß junge Ehepaare heute vor der Wahl stehen, entweder eine Wohnung zu nehmen, die dem Standard entspricht und sich dadurch in derartige Schulden stürzen, daß auf Jahre hinaus beide arbeiten müssen und ein Kind finanziell einfach nicht mehr möglich ist, oder sich mit einer kleinen halbwegs erschwinglichen Substandard- Wohnung zu begnügen, in der kaum Platz für ein Kind ist.
So hat die völlige Aushöhlung des Mieterschutzes und die Profitgier der Häuserkapitalisten ebenfalls tausenden Kindern das Leben gekostet. Solange das kapitalistische Ausbeutersystem existiert, muß die Arbeiterklasse den Kampf gegen das Abtreibungsverbot führen.
Die bisherigen Erfahrungen, vor allem in der Zeit von November bis April, zeigen klar, daß der Aufbau einer Kampffront möglich ist. Gegen die reaktionären Umtriebe der Aktion Leben gab es große Empörung und überall, wo sie auftrat, wurde sie von der Bevölkerung heftig attackiert. Die bestehenden Komitees in Wien und Salzburg und die

Die reaktionäre Wehrgesetznovelle ist nicht gelaufen

In den Mittelpunkt der österreichischen Innenpolitik wird im Herbst zwangsläufig wieder die Wehrgesetznovelle rücken, die, nachdem sie einstimmig den Ministerrat der SP-Regierung passiert hat, nun doch der Beschlußfassung durch das Parlament bedarf.
Bekanntlich ist es der SP-Regierung bis heute nicht gelungen, ihre 1971 beschlossene erste Wehrgesetznovelle positiv zu erledigen, die die Umstellung der Armee auf eine Bereitschaftstruppe sowie eine mobile und territoriale Landwehr vorsieht, welche im Mobilfall mit bei ständigen Übungen ausgebildeten Reservisten aufgefüllt wird.

Das Hauptproblem dabei behindert sowohl Organisierung als auch Führung des Bundesheeres und besteht in der Tatsache, daß bei der Bereitschaftstruppe der nötige Stand von 30 000 Mann noch lange nicht erreicht ist und daß für die in der Stärke von 300 000 Mann konzipierte Landwehr nicht genügend Kader vorhanden sind.

Das ist es vor allem, was sich die österreichische Kapitalistenklasse, die letztendlich ihre Herrschaft sowohl gegenüber dem österreichischen Volk als auch gegenüber ausländischen Konkurrenten nur durch Waffengewalt sichern kann, in einer Situation der wachsenden Kriegsgefahr und der Zuspitzung der Klassengegensätze im Inneren des Landes nicht länger leisten kann.

Nach Bankrott der SP-Militärpolitik neue Wehrgesetznovelle

So ist es zur zweiten Wehrgesetznovelle gekommen, die den Bankrott der ersten verhindern soll und deren einschneidendste Punkte die Zwangsverpflichtung, die völlige Militarisierung des Stellungswesens, die Mobilmachungskompetenz des Verteidigungsministers, die Ausdehnung der Wehrpflichtaltersgrenze von 35 auf 40 Jahre und die Ausdehnung des Beurlaubtenstandes nach den sechs Monaten Grundwehrdienst von drei auf sechs Monate sind.

Als die Pläne der Regierung bekannt wurden, führte dies zu einer Welle spontaner Empörung, die vor den Reihen der SP-Organisationen nicht haltmachte, sondern quer durch sie hindurchging. Schließlich gab es eine Reihe von Protestdemonstrationen und -kundgebungen in verschiedenen Städten Österreichs, die unter der Hauptlosung "Weg mit der Wehrgesetznovelle" standen.
Trotzdem ist es den SP-Politikern vor dem Sommer gelungen, vorerst einmal zu verhindern, daß eine breite Bewegung gegen die Wehrgesetznovelle zustandekommt.

Heißt das, daß die Wehrgesetznovelle schon gelaufen ist? Diese Frage kann man erst beantworten, wenn man die Hindernisse für das Zustandekommen einer breiten Bewegung vor dem Sommer kennt.

Versprechungen und Illusionen

Vor dem Sommer bedurfte es des konzentrierten Drucks des SP-Parteiapparates, um all die Juso-Führer, die unter dem Druck der SP-Jugendlichen vorwärtsgedrängt worden waren, wieder "zur Räson" zu bringen. Als es soweit war, zog die Regierung, der der Schreck über die breite Empörung gegen ihre Politik noch in den Gliedern saß, die Wehrgesetznovelle, von der es erst geheißen hatte, sie werde so schnell als möglich durchs Parlament gehen, "aus dem Verkehr". Im ORF und in den Zeitungen wurde die Novelle kaum mehr erwähnt, von SP-Politikern gab es zu diesem Thema nahezu keine Erklärungen mehr.
Gleichzeitig ging auf die SP-Parteigänger eine wahre Beschwichtigungslawine nieder.

Nachdem als Voraussetzung für das Zustandekommen jedweder Diskussion in der SPÖ über die Wehrgesetznovelle, eine positive Grundhaltung zum "demokratischen Staat" und damit auch zum Bundesheer, daß dessen untrennbarer Bestandteil ist, verlangt wurde kam auch eine Reihe von Vorschlägen. So verlautete etwa, daß auf Gesprächen, die Juso-Führer und ÖGJ-Funktionäre mit SP-Spitzenpolitikern geführt hatten, daß man nun durchaus darüber reden könne, die Novelle zu entschärfen".
Als "Entschärfung" wurde Folgendes vorgeschlagen:

- *die Regierung wird alle Maßnahmen setzen, um zu erreichen, daß der Kaderberuf "attraktiver" wird, umso mehr Freiwillige zu bekommen.*
- *es soll eine eigene Kommission gebildet werden, die entscheidet, wer zwangsverpflichtet werden kann und darf.*
- *das Wehralter soll nicht wie beabsichtigt auf 40, sondern auf 36 Jahre erhöht werden.*
- *der Beurlaubtenstand der Reserve nach Absolvierung des Grundwehrdienstes soll nicht von 3 auf 6 Monate ausgedehnt werden.*

Man ging sogar soweit, zu erklären, es sei "durchaus drinnen", daß wenn man zur Novelle eine zurückhaltende, positive Haltung einnehme, gleich in der Novelle die Möglichkeit der Bildung von Soldatenvertreterkomitees, wie sie zur Zeit von einer demokratischen Bewegung in einer Wiener Kaserne gefor-der wird, als Anerkennung hineinzunehmen.

Weniger aus Gründen politischer Übereinstimmung, als eher aufgrund des Vertrauens, das die Juso-Führer noch unter ihren Jugendlichen genießen, gelang es ihnen, die Masse der SJ JG-Mitglieder mit dieser Argumentation vorerst einmal abzuspeisen.

Die Frage ist aber, wie weit es nun mit dieser Ruhe her ist, von welcher Beständigkeit sie ist.

Der Spielraum für die reaktionäre SP-Politik wird immer enger

Als sich Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre in Österreich eine breite antimilitaristische Bewegung entwickelte, die in einem Antibundesheer-Volksbegehren und in einer Reihe großer Demonstrationen gegen das Bundesheer gipfelten, gelang es der SPÖ, der Bewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem sie versprach, in all den einzelnen Fragen, an denen sich immer wieder der Unmut über das Bundesheer entzündet, etwas zu unternehmen.

Der Drill und die Schleiferei sollte abgeschafft, die Kasernierung gelockert, reaktionäre Offiziere entfernt - alles in allem - das Bundesheer sollte "demokratisiert" werden. Den Vogel schoß sie ab mit der Versprechung, den Militärdienst zu verkürzen.
Nach ihrem Wahlsieg an die Regierung gelangt, selbst Vollstrecker der reaktionären Militärpolitik der österreichischen Bourgeoisie, ist aber der politische Spielraum der SPÖ bedeutend geringer als vor sechs Jahren.
Heute kann sie nicht mehr als Freund der antimilitaristischen Jugendlichen auftreten, der vorgibt, sich ihrer Forderungen anzunehmen. Heute tritt sie ihnen als Gegner gegenüber, der versuchen muß, sie für seine Positionen zu gewinnen. Das wird aber gerade beim Bundesheer immer schwieriger, von dem immer mehr Menschen erkennen, daß die Ziele, denen dieses Bundesheer dient, mit ihren Zielen nichts gemein haben. Daß dieses Bundesheer eine Armee ist, die vom Volk getrennt ist, die wie das etwa die Objektschutzeinheiten deutlich zeigen, gegen das Volk gerichtet ist, in der die

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 18

Fristenlösung....

Kommunisten versuchten dieser Empörung eine richtige Stoßrichtung gegen die Fristenlösung und gegen den Staat zu geben. So fand auf Initiative des Wiener Komitees am 31.3., dem Tag, an dem das Volksbegehren ins Parlament kam, eine Demonstration statt, an der sich 400 Menschen beteiligten. In der Aktionseinheitspolitik für diese Demonstration konnte das Komitee in zwei ÖGJ-Gruppen Beschlüsse für die Streichung aller Abtreibungsparagraphen und breite Zustimmung im Volk für die Demonstration erreichen.
Deshalb sah sich sogar das ÖGB-Präsidium veranlaßt, sich mit dem Aktionseinheitsaufruf des Komitees auseinanderzusetzen.
In Salzburg fand eine Veranstaltung des dortigen Komitees statt, die mit über 100 Personen sehr gut besucht war. Es wurde eine Resolution für die ersatzlose Streichung angenommen.
Es ist zwar noch nicht gelungen, eine breite und selbständige Bewegung gegen die Fristenlösung aufzubauen und die Führungen der Gewerkschaften oder sozialdemokratischer Organisationen zu zwingen, sich ebenfalls an den Aktionen zu beteiligen. Aber aufbauend auf der Tradition der Bewegung gegen den § 144 und den Ansätzen und Versuchen zum Aufbau einer Bewegung gegen die Fristenlösung, unter Ausnützung der Situation im Herbst und wenn wenn wir uns in der organisatorischen Arbeit auf die Gewinnung der Gewerkschaften konzentrieren, sind die Aussichten für den Aufbau einer Kampffront und in der Folge für einen Sieg günstig. -m-

Der sowjetische Botschafter und die PLO

Das letzte Abkommen zwischen der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO und dem syrischen Invasionsregime im Libanon kam auf Vorschlag des sowjetischen Botschafters in Damaskus, Mohieddinow, zustande (Volkstimme, 28.7.). Es sieht die Bildung einer gemischten Kommission zur Waffenstillstandsüberwachung vor, den Rückzug der palästinensischen Truppen von der Frontlinie gegen die faschistischen Milizen, sowie der Demontage schwerer Waffen, die der Widerstand im Kampf gegen Israel braucht, aus den Flüchtlingslagern. Syrien soll die Garantie für die "Koexistenz" aller Kräfte" im Libanon übernehmen. In das Abkommen wurde eine Passage einbezogen, die sich gegen Ägypten wendet. Mittlerweile lehnt die PLO ab, diese Passage zu unterzeichnen, weil sie den gerechten Standpunkt vertritt, daß heute alles getan werden muß, um der weiteren Aufspaltung der arabischen Länder entgegenzutreten.
Herr Mohieddinow hat seinen Vorschlag als "umfassende Regelung" des Libanon-Problems bezeichnet. Deutlicher kann die Sowjetunion ihre Ziele wohl kaum formulieren.

Der palästinensische Widerstand ist durch Angriffe der Faschisten und Syriens geschwächt und zu Konzessionen gezwungen, wie der Waffendemontage. Dies wird zweifellos seinen Kampf gegen Israel erschweren. Für die imperialistische Sowjetunion bedeutet die Schwächung der PLO eine "umfassende Regelung". Wenige Tage zuvor hatte sie sich noch verbal gegen die syrische Invasion ausgesprochen, um einen Rauchvorhang vor ihren Taten aufzuziehen. Durch das sowjetische Waffenmonopol ist Syrien weitgehend von der Belieferung durch die Sowjetunion abhängig. Diese nutzt diese Abhängigkeit, um sich als "Vermittler" und "Friedensstifter" im Libanon zu betätigen. Sie setzt auf die syrische Invasion, denn diese gibt ihr erst dazu Anlaß. Zur selben Zeit hat sie ihre Mittelmeerflotte bedeutend verstärkt, um ihr militärisches Gewicht im gesamten Mittelmeer zu erhöhen. Nach dem Oktober 1973 hat die Sowjetunion gegenüber den USA an Einfluß im Nahen Osten verloren. Der Oktoberkrieg, die Maßnahmen der arabischen Länder zur Verteidigung ihrer Naturreichtümer, und insbesonders der sich stürmisch entfaltende Kampf im besetzten Palästina gegen den israelischen Kolonialismus, hat den Einfluß beider Supermächte und der anderen Imperialisten zurückzudrängen vermocht. Die sowjetische Supermacht müht sich verbissen, wieder Fuß zu fassen. Die palästinensische Revolution ist ihr daher im Weg. Deshalb feiert sie die Versuche, der PLO ein knechtendes Abkommen aufzuzwingen, deshalb beteiligt sie sich selbst daran. Ihr geht es darum, den Bestand Israels zu sichern, wie sie ständig unter Berufung auf die UNO-Resolution 242 und 338 erklärt. Israel dient ihr, wie den USA, als Haupthebel zur Einmischung im Nahen Osten.

Die PLO kämpft für die Beseitigung dieses imperialistischen Einmischungsversuches. Die "umfassende Regelung", von der die SU spricht, ist die Verwirklichung ihrer Vorherrschaftspläne im Nahen Osten über die Schwächung und politische Liquidierung der PLO. Herr Mohieddinow wird die Erfahrung machen, daß das Volk Palästinas dies nicht duldet.

A.G.

Fortsetzung von Seite 19

Wehrgesetznovelle ...

einfachen Soldaten keinerlei Rechte genießen und die, wie es sich heute immer deutlicher zeigt, darauf vorbereitet wird, um den Preis des Lebens hunderttausender einfacher Soldaten an der Seite der Nato an einem imperialistischen Raubkrieg teilzunehmen, um die Raubgier der österreichischen Imperialisten zu befriedigen.

Wehrgesetznovelle ist und bleibt – Beschleunigung der Aufrüstung

Im Herbst, wenn sich herausstellt, was die vielen versprochenen Änderungen der Wehrgesetznovelle tatsächlich an der Novelle selbst ändern, kann sich leicht herausstellen, daß die Vergatterung der SJ/JG-Jugendlichen hinter die reaktionäre SP-Politik eine mehr als wacklige Angelegenheit ist und ihre Gegnerschaft gegen das reaktionäre Bundesheer verstärkt ausbricht.
Tatsächlich ändert sich an der Wehrgesetznovelle überhaupt nichts:

- *daß man verspricht, alle möglichen Anreize zu setzen um mehr freiwillige Kader zu gewinnen, ändert nichts daran, daß es heute in Österreich nicht viele Menschen gibt, die bereit sind, in dieser Armee freiwillig Funktionen zu übernehmen.*
- *daß zur Entscheidung über Zwangsverpflichtungen eine Kommission gebildet wird, ändert nichts an der Zwangsverpflichtung selbst. Außerdem sind solche Kommissionen bereits sattsam bekannt, man denke bloß an die Zivildienstkommissionen, gegen die es überall, wo sie wirken, Proteste hagelt.*
- *daß das Wehralter "nur" von 35 auf 36 Jahre erhöht wird, bleibt – auch wenn es eingegrenzt wird – eine Maßnahme, die es erleichtert, mehr Leute in das Bundesheer zu pressen.*

So ist und bleibt die gesamte Wehrgesetznovelle ein Maßnahmenpaket, das die Aufrüstung der reaktionären Armee gegen das österreichische Volk und für einen imperialistischen Raubkrieg beschleunigen soll.

Im Herbst: Aktionen gegen die reaktionäre Novelle!

Der Beschluß des Zentralausschusses der Österreichischen Hochschülerschaft vom 11.6. 1976, noch im Oktober an alle Organisationen heranzutreten, um zur Verhinderung der Wehrgesetznovelle geeignete Aktionen durchzuführen, ist also eine gute Sache. Um diese Aktionen vorzubereiten, ist es von besonderer Bedeutung, gegen den ideologischen Einfluß der bürgerlichen Politiker auf die Massen, der zwar stark vorhanden, in der Frage der Wehrgesetznovelle aber schon beträchtlich angeschlagen ist, in die Offensive zu gehen. Schließlich ist es äußerst wichtig, in all den Bewegungen, die jetzt überall im Bundesheer entstehen und sich etwa gegen die Baufälligkeit der Unterkünfte, den Kantinenwucher oder gegen die gesamte Rechtlosigkeit der Soldaten wenden, eine Debatte über die Klassenziele des Bundesheeres und den Charakter des bürgerlichen Staates zu entfalten. Nur so kann verhindert werden, daß es verschiedenen windigen Politikern, die sich in diese Bewegungen einschleichen, gelingt, aus diesen berechtigten demokratischen Bewegungen mittels schmutziger Tauschgeschäfte wie "Kasernenkomitee gegen Stillhalten", Bewegungen für die Wehrgesetznovelle zu machen. Unter der Losung "Gegen die Wehrgesetznovelle! Für die Rechte der Soldaten!" müssen diese Bewegungen mit der Bewegung gegen die Wehrgesetznovelle zusammengeschlossen werden.

G.F.

Am 26. August 1966 begann die SWAPO (Südwestafrikanische Volksorganisation) den bewaffneten Kampf gegen das südafrikanische Kolonialregime, gegen die Siedler und das internationale Kapital – gegen die Ausbeuter und Unterdrücker des namibischen Volkes. Die SWAPO führt das Volk im Kampf um die nationale Unabhängigkeit unter der Parole: ein Namibia – eine Nation!

Versklavung einer Nation im Dienste des Profits

Die ehemals deutsche Kolonie Südwestafrika wird seit dem Ende des 1.Weltkrieges vom südafrikanischen Kolonialregime als "integraler Bestandteil Südafrikas verwaltet". Mit der Vervollkommnung des Landraubs, der Einführung der südafrikanischen Rassengesetze und Entrechtung des Volkes gingen die Rassisten in Namibia vor, um Verhältnisse wie in Südafrika zu schaffen. Das Konzept der "Bantustans" oder der "getrennten Entwicklung" führte auch in Namibia zur Schaffung von "Stammesstaaten" : d.h. man erklärte schon bestehende oder durch Zwangsumsiedlungen geschaffene Reservate in den unfruchtbarsten Gebieten zu "Heimatländern" der Afrikaner. Von dort aus "dürfen" die Afrikaner in die großen Bergwerke, Fabriken und Farmen der Weißen arbeiten gehen. Wie in Südafrika schränken Paßgesetze die Bewegungsfreiheit der Afrikaner vollkommen ein.

Die bedeutendsten Wirtschaftssektoren Namibias sind der Bergbau, die Fischerei und die Landwirtschaft. Namibia ist unermesslich reich an Bodenschätzen wie Uran, Kupfer, Zink, Vansium, Zinn und anderen Metallen. Zur Ausbeutung der natürlichen Reichtümer des Landes haben die Rassisten für sich und die Imperialisten die besten Bedingungen geschaffen: Die Arbeitsgesetze des Kolonialregimes zwingen die afrikanischen Arbeiter unter die uneingeschränkte Verfügungsgewalt des Kapitals: eine zumindest formal freie Wahl des Arbeitsplatzes gibt es nicht; Arbeiterrekrutierungsbüros vermitteln afrikanische Wanderarbeiter an die weißen Kapitalisten nach deren Bedarfsmeldungen Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin (z.B. Wegbleiben von der Arbeit) werden als kriminelle Delikte bestraft. Die Afrikaner sind aller gewerkschaftlichen und politischen Rechte beraubt. Nach dem Terrorismus-Gesetz von 1967 werden Streiks als terroristische Akte bezeichnet und verboten.
Auf diese Weise gelang es bisher dem südafrikanischen

Südafrikanische Rassisten raus aus Südwestafrika!

Ein Namibia – eine Nation!

Kolonialstaat, die Löhne der schwarzen Arbeiter extrem niedrig zu halten: 1973 lag das Existenzminimum für eine 4 - köpfige Familie bei 82 Rand (Survey of Race Relations 1974). Die Löhne der namibischen Arbeiter lagen im selben Jahr (ohne den oft zusätzlichen Naturallohn von Unterkunft und Verpflegung im Werk von etwa 12 Rand) zwischen 6 und 12 Rand (Farmarbeiter), 36 Rand (Minenarbeiter) und 59 Rand (afrikanischer Polizist, Spitzenlohn). (aus: UN-Department of Political Affairs, Decolonisation, Dez.1974).

Hungerlöhne und Massenelend auf Seiten der Afrikaner ermöglichen unermessliche Profite und Reichtümer für die Kolonialisten und Imperialisten. Führend sind neben dem südafrikanischen Kapital die USA, England, BRD und FRankreich.Gegen die Ausplünderung seiner Arbeitskraft und seines Landes hat sich das namibische Volk erhoben. Es kämpft für die nationale Unabhängigkeit, als Voraussetzung dafür, daß es daran gehen kann, sein Land nach seinen Bedürfnissen auszubauen.

Aufschwung des bewaffneten Befreiungskampfes

Die SWAPO und die Volksbefreiungsarmee P.L.A.N. haben auf der Grundlage langjähriger politischer Mobilisierungsarbeit im Volk den bewaffneten Kampf vor allem im Norden des Landes, in den Regionen des Ovamboland, Caprivi, Okavango und Grootfontin entfaltet. In den vergangenen vier Monaten haben sie fast loo Soldaten der südafrikanischen Okupanten vernichtet und weitere 8o außer Gefecht gesetzt. Weiters wurden 8 Panzerwagen, 3 Hubschrauber und ein Militärflugzeug und 7 Truppentransportwagen vernichtet. Ein großer Erfolg war der jüngste Angriff auf eine Militärbasis der Rassisten in Onuns, wo ebenfalls viel Kriegsmaterial wie Panzerwagen und Hubschrauber zerstört werden konnten. An der Seite der Rassisten kämpfen israelische Soldaten, hauptsächlich als Piloten, wie aus einem SWAPO-Kommuniquée hervorgeht. In der Hauptstadt Windhoeck griff eine SWAPO-Einsatzgruppe das Gebäude des Staatssicherheitsamtes an, wobei vier Geheimagenten ums Leben kamen und weitere 2o verwundet wurden. Der Kampf dehnt sich immer weiter nach Süden hin aus.

Die SWAPO arbeitet intensiv daran, das Volk in den Kampf einzubeziehen. Unter den schwierigsten Bedingungen werden im ganzen Land u.a. politische Versammlungen abgehalten. Parolen an den Häusern, in den schwarzen Ghettos, wie Katatura, zeugen davon, was das Volk will: "Freiheit für Namibia", "ein Volk, eine Nation", "Macht".

„Verfassungsgespräche"-Täuschungsmanöver der Rassisten

Der Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialismus hat den Kolonialisten deutlich ihr Schicksal vor Augen geführt. Mit dem stürmischen Vorwärtsschreiten der Völker, dem intensivierten Befreiungskampf in Namibia und Zimbabwe, der Kampfbereitschaft des Volkes von Azania, wird die Schlinge immer enger um den Hals der noch verbleibenden Kolonialherrn des nördlichen Afrika gelegt.

Militarisierung. In einer Resolution wird die Südafrikanische Republik aufgefordert, ihre Truppen bis spätestens Ende August 76 aus Namibia abzuziehen und freie Wahlen unter UNO-Aufsicht zu garantieren.

Für die Kolonialisten stellt sich die Frage, wie sie den Kopf doch noch aus der Schlinge ziehen können. Der Versuch einer Lösung für sie sind die seit Anfang 1975 laufenden "Verfassungsgespräche" im Zuge der "Entspannungspolitik". Ziel dieser Gespräche soll es sein, unter Beteiligung bezahlter Marionetten der Vorster Clique eine "Verfassung" für Namibia auszuarbeiten, die die Aufrechterhaltung der Herrschaft der Kolonialisten gewährleisten und die Spaltung der Einheit Namibias in von der SAR abhängige "Bantustans" sanktionieren soll. Das Vorster-Regime forciert diese Gespräche heute, um Zeit zu gewinnen und die

Auf der Grundlage des Kampfes des Volkes von Namibia wird die weltweite Forderung nach Unabhängigkeit für Namibia immer lauter.Die UNO, ebenso wie die OAU, anerkennen die SWAPO als einzig legitime Vertreterin des Volkes von Namibia. Dementsprechend verurteilte erst wieder im Jänner 76 der UNO-Sicherheitsrat einstimmig die Politik der Kolonialisten in Namibia: Die illegale Okkupation, seine diskriminierenden und repressiven Gesetze und die

Frist der UNO zum Abzug der Truppen wieder einmal mit dem "guten Willen zur friedlichen Lösung" zu ignorieren.

Daß die Gespräche bisher ohne nennenswerten Erfolg ablaufen ist das Ergebnis dessen, daß das Volk und seine Organisationen sie entscheidend ablehnen und bekämpfen als das, was sie sind: Täuschungsmanöver der in die Enge getriebenen Rassisten.

Den Rassisten gelang es jedoch einige Führer des Nationalkonvent zu kaufen. Dieser war 1972 gegründet worden als Zusammenschluß der politischen Gruppen und Parteien Namibias, um so eine breite Volksfront gegen das Kolonialregime aufzubauen.

Der Absicht der Rassisten, Zwietracht zu säen und die Volksfront aufzuspalten steht heute der noch engere Zusammenschluß von SWAPO, SWANU (Südwestafrikanische Nationalunion), Rehoboth Volkspartei und der Mehrheit der Damara (Volksstamm in Namibia) im Anfang 1975 gegründeten "Namibia Nationalkonvent" gegenüber. Ziel der SWAPO ist es, im Nationalkonvent alle Gruppen zu vereinigen, die im Widerspruch zum Kolonialregime stehen, heute aber noch von Stammesinteressen ausgehen und den ethnischen Gruppen den Weg zu zeigen, den das Volk gehen muß: als geeintes Volk und Nation das Kolonialregime zu zerschlagen.

... Hand in Hand mit Terror und verstärkter Aufrüstung

Im Norden des Landes an der Grenze Angolas haben die Rassisten in den letzten Monaten eine 1 km breite menschenleere Zone geschaffen, um die Infiltration von Befreiungskämpfern nach Namibia unter Kontrolle zu halten. Dafür wurden tausende Einwohner evakuiert und in Konzentrationslager zusammengepfercht. Die Gebiete Ovamboland, Kavangoland und Ostkaprivi wurden zu "Sicherheitsdistrikten" erklärt, in denen der Minister für "Bantuangelegenheiten" für unbegrenzte Zeit das Betreten verbieten und Evakuierungen anordnen kann. Darüberhinaus erhielt die Rassistenpolizei alle Vollmachten für Hausdurchsuchungen und Leibesvisitationen. Die Behörden haben nun die Möglichkeit, politisch Verdächtige bis zu einem Jahr in Untersuchungshaft zu halten, ohne daß diese mit ihren Anwälten Kontakt aufnehmen dürfen. Weiters gilt ein verschärftes Erscheinungsverbot für Zeitungen und Verbot von politischen Organisationen. Um die SWAPO zu schwächen, wird versucht, insbesondere deren führende Mitglieder zum Schweigen zu bringen. Unlängst wurden zwei Mitglieder trotz weltweiter Proteste nach dem Terrorismus -Gesetz zum Tode verurteilt. Mit diesem Gesetz."legitimieren" die Rassisten ihren Terror: die Verfolgung und Ermordung von Mitgliedern der SWAPO und Zivilisten, die die Befreiungsbewegung unterstützen,

Fortsetzung nächste Seite

Demonstrationen in Soweto halten an

Trotz des Massakers im Juni, als 17o Menschen ermordet wurden, ist es der südafrikanischen Rassistenclique nicht gelungen, den Widerstand zu brechen. Auch nach der Öffnung der Schulen findet in vielen kein Unterricht statt, da Schüler und Lehrer den Unterricht boykottieren. Im Juli gab es mehrere Schülerdemonstrationen. Am 4.August zogen über 2o.ooo Demonstranten aus dem schwarzen Ghetto Soweto nach Johannesburg, um vor dem Jusitzpalast die Freilassung jener zu fordern, die nach den Kämpfen im Juni verhaftet wurden. Wieder griffen die Rassistenbüttel brutal ein und erschossen 3 Menschen.

Unterstützung von Verrätern

J.Nkomo besuchte vom 21. bis 23.Juli Luanda, die Hauptstadt Angolas auf Einladung der MPLA.Nkomo führte bekanntlich mit dem rassistischen Regime in Rhodesien "Verfassungsgespräche" die auf die Aussöhnung des afrikanischen Volkes mit des Unterdrückern hinauslaufen sollten. Deswegen wurde er vom Befreiungskomitee der OAU ausgeschlossen. Einzig und allein die Sowjetunion und einige osteuropäische Länder unterstützen diesen Verräter des afrikanischen Befreiungskampfes bisher. Nun versuchen die Sozialimperialisten über Angola, das sie selbst über einen Bürgerkrieg in ihre Abhängigkeit gebracht haben,Nkomo wieder salonfähig zu machen. Nkomo's ANC wird in Angola als einziges Land in Afrika ein Informationsbüro eröffnen können.

A.G.

Fortsetzung von Seite 21

NAMIBIA...

Der Ausbau, bzw. der Neuaufbau von Militär- und Luftwaffenbasen im Norden des Landes und im Caprivistreifen wird begründet mit "dem Schutz der Bevölkerung vor den Überfällen marodierender Terroristen aus Angola" und dem "Schutz des Cunene-Staudammprojekts". So wurde auch schon die Aggression gegen das angolanische Volk begründet, die u. a. auch zum Ziel hatte, die SWAPO-Lager in Angola auszulöschen.Der Angriff auf ein SWAPO-Lager in Angola, bei dem 61 Namibier getötet wurden, wurde erbittert zurückgeschlagen: zum ersten Mal drangen damals Freiheitskämpfer der SWAPO ins Landesinnere Südafrikas ein und unternahmen mit der massiven Unterstützung der Bevölkerung einen Überfall auf einen Kolonialistenstützpunkt.

„Afrika muß seine Probleme ohne ausländische Einmischung lösen

Vor dem Hintergrund, daß sich der Befreiungskampf trotz verschärfter Unterdrückung verstärkt, spielen sich die diplomatischen Aktivitäten der Vorster-Clique und ihrer imperialistischen Verbündeten ab. Bei dem erneuten Treffen zwischen Vorster und Kissinger geht es darum, erfolgreicher als das erste Mal die Frage anzupacken, wie das südliche Afrika den Imperialisten und Kolonialisten erhalten bleiben kann. Dem Vorster-Regime soll zum Durchbruch aus der internationalen Isolierung verholfen werden, indem die "Entspannungspolitik" propagiert wird. So unglaubwürdig diese auch ist- den alten Ausbeutern bleibt nichts anderes übrig als diese den Völkern anzupreisen zu versuchen. Notfalls müssen die Kolonialisten einige von ihren Freunden geforderte Kompromisse- insbesondere in Namibia und Zimbabwe- eingehen um zu retten, was zu retten ist. Der Sozialimperialismus, der sich auf Kosten des angolanischen Volkes vorläufig in Angola ein Aufmarschgebiet für das gesamte südliche Afrika geschaffen hat, streckt bereits gierig seine Finger nach den anderen Ländern aus. Genauso wie in Angola geht er auch in Namibia mit Spaltung und Infiltration vor. So wird in einem Artikel der letzten Ausgabe der "Probleme des Friedens und des Sozialismus" die SWANU als antinationale Gruppe diffamiert. SWAPO,SWANU und andere Organisationen arbeiten jedoch bekanntlich im Nationalkonvent zusammen, weil sie wissen, daß die Einheit gegen den gemeinsamen Feind ein entscheidendes Mittel im erfolgreichen Kampf gegen dieser Feind ist, und gegen den, der mittels Spaltung durch die Hintertür hereinwill, und den gerechten Befreiungskampf für seine Zwecke auszunutzen will. Die Völker Afrikas ziehen jedoch ihre Lehren aus den Ereignissen in Angola.So erklärte der Namibia Nationalkonvent in einer Verurteilung jeder ausländischen Einmischung in Angola: "Afrika muß seine eigenen Probleme ohne ausländische Einmischung von Mächten lösen, die daran interessiert sind, ihre Einflußsphären auszudehnen." (Afrika kämpft, Mai/Juni 1976)

El.R.

Die imperialistische gegen Uganda

Die Ereignisse der letzten Wochen zeigen, daß der Überfall Israels auf den Flughafen von Entebbe von den westeuropäischen Imperialisten und der Supermacht USA mitgeplant und unterstützt wurde, weil er direkt in die Aggressionspläne gegen die Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten paßt. Dabei setzen sie auch auf das Entstehen einer Feindschaft zwischen Kenia und Uganda, die sie systematisch schüren. Das begann schon damit, daß die Israeli ihre Flugzeuge in Kenia auftankten, um die Spannung anzuheizen. Jetzt haben die amerikanischen und europäischen Konzerne in Kenia einen Wirtschaftsboykott durchgesetzt, indem sie die Ausfuhr von für Uganda lebenswichtigen Gütern, vor allem Mineralöl und Benzin, verweigern. Gleich nach dem Überfall von Entebbe hin die USA einen Flugzeugträger und einen Zerstörer samt Begleitbooten in den kenianischen Hafen Mombasa einlaufen lassen. (nach der "Presse" vom 15.7.1976). Die ostafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft der drei Staaten Uganda, Kenia und Tansania ist praktisch zum Erliegen gekommen. Die Imperialisten wollen offensichtlich Uganda weichkochen und den Sturz des Präsidenten Idi Amin erreichen. Sein Eintreten für die gerechte Sache der afrikanischen Völker und Staaten ist ihnen ein Dorn im Auge. Mit Idi Amin soll die Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten angegriffen werden.

Infolge der englischen Kolonialpolitik und der imperialistischen Ausbeutung und Abhängigkeit ist Uganda heute hauptsächlich auf den Kaffeeexport angewiesen, um lebenswichtige Wirtschaftsgüter eintauschen zu können. Über 50% des ugandischen Exports sind Kaffee und der hat in den letzten Jahren auf dem Weltmarkt einen Preisverfall erfahren müssen. Obwohl Uganda noch 1974 einen Exportüberschuß erzielen konnte, ist es deshalb heute wieder bei den Imperialisten verschuldet. Die offizielle Begründung für den Wirtschaftsboykott lautet, daß Uganda keine Devisen mehr habe, um seine Importe bezahlen zu können.

Planmäßige imperialistische Pressekampagne gegen Präsident Amin

Die Imperialisten lassen in ihrer Presse seit einiger Zeit planmäßig eine schamlose Hetzkampagne gegen Idi Amin durchführen, um ihre Aggression gegen Uganda abzusichern. Auch die österreichische Imperialistenpresse hat sich nach der Lobhudelei auf den israelischen Piratenakt der Hetze gegen Idi Amin und Uganda angeschlossen. Weil sich Präsident Amin weigerte, für Zionisten und Imperialisten die Polizei gegen die Palästinenser zu spielen, wurde er zum "Komplizen der Terroristen". Der "Kurier" sprach am 9.7. von "Beweisen für die Mittäterschaft Idi Amins". Am 12.7. lautet die Schlagzeile im "Kurier":"Idi Amin hat Angst: Er sagte die zweite Jet-Entführung ab". Es wird behauptet, daß er sich für 2 Milliarden Schilling bereiterklärt hätte, eine neue Flugzeugentführung zu unterstützen. Als Quelle wird die südafrikanische Zeitung "Sunday Tribune" angegeben. Am 13.7. schreibt die "Kronenzeitung": "Entfesselt nun Ugandas Diktator Idi Amin in Ostafrika einen blutigen Krieg?", und spricht gleich davon, daß amerikanische Kriegsschiffe "Kenias gemäßigtem Präsidenten den Rükken im Konflikt mit Idi Amin stärken". Gewürzt wird dieser "Bericht" mit Revolverstorys über zerstückelte und den Krokodilen vorgeworfene Ehefrauen. Wer wundert sich da noch über die Meldung, daß auch die verschwundene israelische Geisel dasselbe Schicksal erlitten habe? "Kronenzeitung" am 18.7.:"Idi Amin ordnet Rachemorde an Hunderten kenianischen Staatsbürgern an und droht den letzten Weißen in seinem Land das gleiche Schicksal an." Alle diese Berichte haben die Tendenz, "daß man dieses Ungeheuer totschlagen solle", und es wird nahegelegt, daß das bald passieren wird. "Idi Amin zittert vor Mordanschlag" und "Erstes Attentat gegen Amin soll nach Berichten aus Nairobi am vergangenen Wochenende fehlgeschlagen sein" schreibt die "Kronenzeitung" am 27.7.

Vorbereitung eines Putsches

Die Pressehetze bekam in den letzten Julitagen einen immer eindeutigeren Charakter: sie bereitet direkt auf einen Putsch und eine militärische Intervention vor. Am 15.7. schrieb die westdeutsche "Bild"-Zeitung noch: Die Israeli hätten zuerst Amin entführen wollen, um ihn dann gegen die Geisel einzutauschen. "Der Plan wurde wieder verworfen: Die Entführung Amins hätte wahrscheinlich zu einem Staatsstreich in

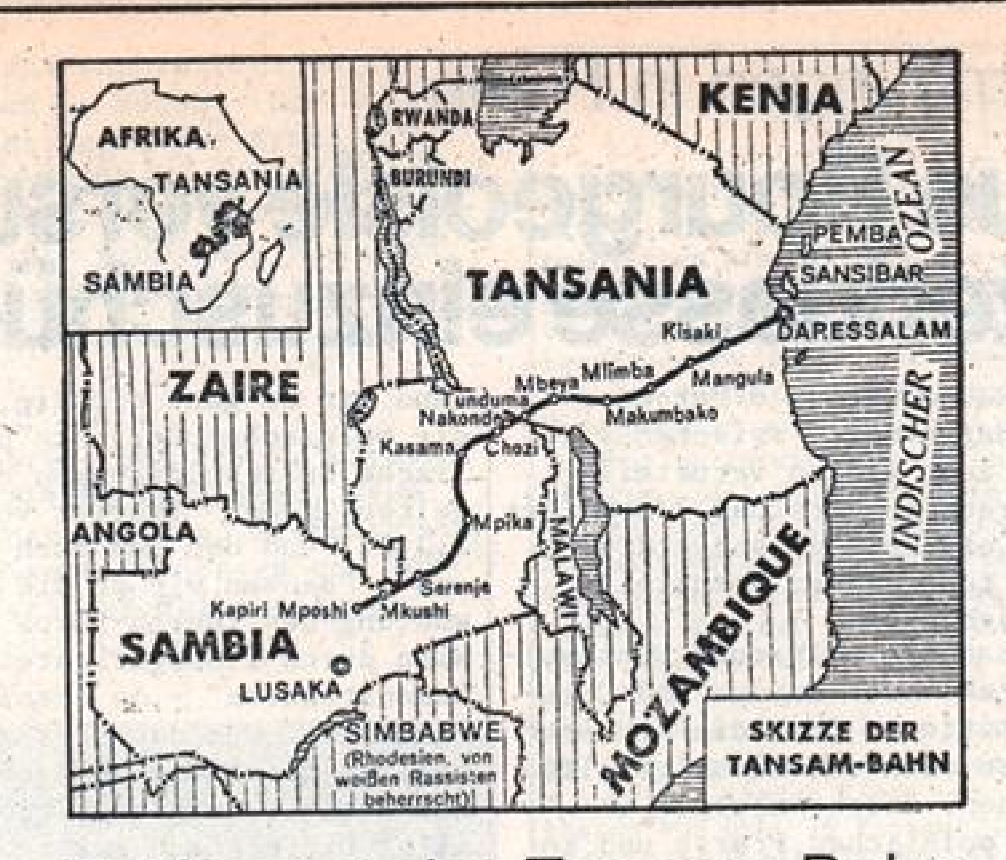
Aggression hält an

Uganda geführt, und das neue Regime wäre wahrscheinlich kaum an Amin interessiert gewesen." (nach "Kommunistischer Volkszeitung" 30/76) Das war noch ein zarter Hinweis. In den letzten Julitagen wurden Putschgerüchte über Uganda selbst verbreitet. Am 22.7. ging ein Bericht über die Meuterei von 2 000 ugandischen Soldaten durch die ganze imperialistische Weltpresse. Seitdem war nichts mehr davon zu hören. Erfunden hatte diese Nachricht die in Kenia erscheinende Zeitung "Daily Kenia", die von weißen Journalisten der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien herausgegeben wird! Die englischen Imperialisten haben inzwischen die diplomatischen Beziehungen zu Uganda abgebrochen und wollen sie erst mit dem "bald zu erwarteten Nachfolger Idi Amins" wieder aufnehmen.

Mit Idi Amin haben die Imperialisten Pech gehabt

Was steckt hinter dem wütenden Haß, mit dem die Imperialisten gerade den Staatspräsidenten von Uganda, Idi Amin, verfolgen? Dahinter steckt die Wut darüber, daß sich Amin nicht zu ihrer Marionette hat machen lassen. Es war nämlich Idi Amin, den die Imperialisten dazu ausersehen hatten, Milton Obote, den damaligen antiimperialistischen afrikanischen Führer und Staatschef Ugandas zu stürzen, um Uganda wieder unter die Kontrolle des Imperialismus zu bringen. Der Putsch erfolgte 1971, und Idi Amin wurde Präsident. Aber nach kurzer Zeit hat Idi Amin die israelischen Militärberater aus dem Land geworfen und den palästinensischen Befreiungskampf in Wort und Tat unterstützt. Er hat sodann die Agenten des Imperialismus, die den Handel von Uganda monopolisierten und sabotierten, aus dem Land geworfen. Und schließlich ist er als Vorsitzender der OAU (Organisation für afrikanische Einheit) zu einem Vertreter der Sache der Völker und Staaten Afrikas gegen Imperialismus und Hegemonismus geworden. Diese Haltung Idi Amins ist Ausdruck der unwiderstehlichen Strömung: Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen die Befreiung, und Völker wollen die Revolution. Diese Strömung können die Imperialisten nicht aufhalten, weder mit Putschversuchen noch mit Interventionen.

W.K.



Eröffnung der Tansam-Bahn
Stärkung für Sambia, Tanzania und denBefreiungskampf in Afrika

Die Tansania-Sambia-Eisenbahnlinie, die in freundschaftlicher Kooperation von Tansania, Sambia und China erbaut und nach 5 Jahren und 8 Monaten harter Arbeit fertiggestellt worden ist, wurde am 14. Juli für den Verkehr freigegeben. Der Bau der Eisenbahnlinie hat bewiesen, daß die Völker große Leistungen vollbringen können, wenn sie sich auf ihre eigenen Kräfte stützen. Die Bahn hat entscheidende politische, wirtschaftliche und militärische Bedeutung. Sie stärkt die Unabhängigkeit von Tansania und Sambia. Ihre Fertigstellung ist ein großer Sieg der Völker Afrikas im Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus und ein großer Schritt voran zur völligen Befreiung von ganz Afrika. Nachstehend ein Bericht der chinesischen Nachrichtenagentur Hsinhua über den Bau der Bahn.

Die 1860 Kilometer lange Tansania-Sambia-Eisenbahn hat ihren östlichen Endpunkt in Daressalam, der Hauptstadt Tansanias. Sie durchzieht den Süden und den Südwesten des Landes, quert die Nordprovinz von Sambia und schließt in Kapiri Mposhi an die sambische Eisenbahn an. Sie hat 93 Bahnhöfe, über 300 Brücken, mehr als 20 Tunnels und über 2200 Durchlässe. Zu ihrem System gehören über 1900 Kilometer Freileitungen und eine komplette Fernmelde- und Signalanlage. Die Nutzfläche der entlang der Bahn errichteten Gebäude beträgt über 370 000 Quadratmeter. In Daressalam und in Mpika, Sambia, wurde je eine Lokomotiv- und Waggonreparaturfabrik gebaut. Für den Bahnbau mußten 88,87 Millionen Kubikmeter Erde und Steine bewegt werden - ein Volumen, das ausreichen würde, einen den Äquator mehr als zweimal umspannenden Wall von einem Meter Höhe und einem Meter Breite zu errichten.
Die Fertigstellung der Tansam-Bahn ist die Frucht der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den Regierungen und Völkern von Tansania, Sambia und China. Sie ist ein Triumph der Länder und Völker der Dritten Welt, die mit eigener Kraft und durch gegenseitige Unterstützung ihre Volkswirtschaften entwickeln. Die erfolgreiche Fertigstellung dieser Eisenbahn ist von weitreichender politischer und ökonomischer Bedeutung. Sie hilft Tansania bei der Ausbeutung seiner Kohle- und Eisenerzlager im Süden und hilft Sambia, die von den Rassisten Rhodesiens und Südafrikas verhängte Blockade zu durchbrechen. Sie ist günstig für die Konsolidierung der Unabhängigkeit Tansanias und Sambias und für die Entwicklung ihrer jeweiligen nationalen Wirtschaft ebenso wie für die Stärkung der Bande zwischen Tansania und Sambia und zwischen den Ländern Ostafrikas und des südlichen Zentralafrika.

Die Fertigstellung der Tansam-Bahn versetzt dem Imperialismus einen schweren Schlag und ist eine große Ermutigung für die Völker der Dritten Welt. Die zwei Supermächte, die USA und die Sowjetunion, und andere imperialistische Länder weigerten sich, beim Bau dieser Bahn zu helfen. Sie schmähten Tansania und Sambia wegen deren Entschlossenheit, die Bahn zu bauen, bezeichneten das Projekt als "Phantasterei und Illusion". Sie verhöhnten die großen Anstrengungen der beiden Länder, indem sie sagten, das Vorhaben sei zum Scheitern verurteilt und würde zum Gespött werden. Die Presse Tansanias und Sambias zeigte auf: "Mit der Fertigstellung dieser Eisenbahn haben die Imperialisten in Afrika eine Schlacht verloren", was zeige, daß "es den unabhängigen Ländern Afrikas möglich ist, einen Weg zu beschreiten, der vom Neokolonialismus wegführt".

Im September 1967 wurde von den Regierungen von Tansania, Sambia und China das Abkommen über den Bau der Tansam-Bahn unterzeichnet.

Die Arbeiter und Techniker arbeiteten hart und beharrlich, so daß die Vermessung der vorgesehenen Strecke, ihre Unterauchung und die Entwurfsarbeit nur etwa zwei Jahre dauerten. Die Bauarbeiten begannen im Oktober 1970. In nur einem Jahr waren die Schienen für den 502 Kilometer langen Streckenabschnitt von Daressalam bis Mlimba verlegt. Im folgenden Jahr wurde der schwierigste Abschnitt, die 155 Kilometer von Mlimba bis Makumbako, fertiggestellt - für den allein ein Drittel der Bauarbeiten des gesamten Projekts nötig war. Nach Vollendung der Arbeit des Schienenverlegens im tansanischen Streckenteil im August 1973 benötigte das Heer der Bauarbeiter weitere 22 Monate, um den 884 Kilometer langen Schienenstrang in Sambia zu verlegen. Am 7. Juni 1975 wurde die Endstation Kapiri Mposhi erreicht. Der Personen- und Gütertransportverkehr wurde am 22. Oktober probeweise aufgenommen. Nach einem weiteren Jahr harter Arbeit beendeten die Bauarbeiter im Juni dieses Jahres die Abschlußarbeiten, die vor allem in der Montage der Anlagen entlang der ganzen Strecke bestanden.
Seitdem der Verkehr am 22. Oktober 1975 probeweise aufgenommen wurde, gab es auch in der fünf Monate dauernden Regenzeit keine Probleme. Die Praxis bewies, daß die Eisenbahn dem geplanten Standard völlig entspricht und daß die Lokomotiven, die Waggons, die Fernmelde- und Signaleinrichtungen gut und leistungsfähig sind.
Mehr als 10 000 tansanische und sambische Techniker und Arbeiter spielen beim Betrieb der Tansam-Bahn eine wichtige Rolle. Alle Bahnhöfe, ob groß, oder klein, werden je nach Lage von Tansaniern oder Sambiern betrieben und die Lokomotivführer der beiden Länder haben begonnen, selbständig ihre Aufgabe zu erfüllen. Diese Tatsachen beweisen, daß die Völker von Tansania und Sambia nicht nur fähig waren, die Eisenbahn zu bauen, sondern auch imstande sind, sie gut zu betreiben.

Prozesse und Verleumdungen in Polen

Die neue Bourgeoisie versucht die Arbeiterklasse einzuschüchtern

Mit einer Reihe von Prozessen, einer Welle von Schikanen und Entlassungen versuchen sich die revisionistischen Machthaber an der Arbeiterklasse Polens zu rächen. In einem umfassenden Streik am 25. Juni haben die Arbeiter die Versuche der Regierung, gewaltige Preiserhöhungen durchzusetzen, vereitelt. Ihr geht es jetzt darum, das gestärkte Selbstbewußtsein der polnischen Arbeiterklasse zu erschüttern, und doch noch Wege zu finden, um ihre volksfeindlichen Pläne durchzudrücken.

Der Generalstreik umfasste ganz Polen

Im Laufe der letzten Woche hat sich immer deutlicher herausgestellt, was die polnische Bourgeoisie krampfhaft zu vertuschen suchte. Diese letzten Kämpfe waren keine spontan ausbrechenden Unmutsäußerungen, die zufällig in vielen Orten und Städten gleichzeitig losbrachen, sondern ein gut organisierter und vorbereiteter Massenstreik, der den Charakter eines Generalstreiks angenommen hatte. Der Streik erfaßte zur gleichen Zeit alle großen Betriebe an der Küste in dem Werftenzentrum, im Zentrum der Schwerindustrie, in Schlesien die Kohlengruben und Eisenwerke, in Warschau die großen Betriebe der Fahrzeugindustrie, in Lodz die Betriebe der Textilindustrie und Betriebe in vielen anderen Industriezentren Polens.
Um diesen Eindruck zu verwischen und der Arbeiterklasse das Bewußtsein ihrer Stärke zu nehmen, versucht die herrschende Clique jetzt die Kampfbewegung zu kriminalisieren. In den vor kurzen abgezogenen Geheimprozessen werden nur mehr Rowdys, Kriminelle und Randalierer erwähnt, die zudem noch alle vorbestraft sind. Die Methode ist einfach. Sowohl in Warschau in den Ursus-Traktorenwerken, als auch in Radom (siehe auch den abgedruckten Bericht) wurden einige hundert streikende und kämpfende Arbeiter verhaftet. Der überwiegende Teil wurde sofort im Schnellgerichtsverfahren abgeurteilt oder wartet noch darauf.
Das Ausmaß der Strafen bewegt sich zwischen einigen Wochen und 6 Monaten. Aus diesen hunderten Verhafteten siebte man sich jene Arbeiter aus, die eine Vorstrafe hatten. Und diesen machte man dann den Prozeß.
In Radom wurden 6 Personen zu Haftstrafen zwischen vier und zehn Jahren verurteilt, während in Warschau 7 Arbeiter zu Gefängnis zwischen drei und fünf Jahren verurteilt wurden.
So kam die polnische Bourgeoisie zu ihren Rowdys und Unruhestiftern. Doch die Arbeiter haben sich das nicht gefallen lassen. Sofort nachdem in der polnischen Presse und in den Massenmedien die Verleumdungen des Kampfs der Arbeiterklasse begonnen hatten, forderten die Ursus-Arbeiter in einer Betriebsversammlung von der Regierung die sofortige Einstellung der Hetze und Verleumdungen. Da für den Fall der Weiterführung der Hetze der Streik angedroht wurde, gab die Regierung in diesem Punkt nach.

Polnische und österreichische Bourgeoisie in einer Linie

Auch in den österreichischen Zeitungen wurde dankbar diese Version der Arbeiterkämpfe aufgegriffen. In den Massenmedien, die sonst immer Krokodilstränen um die armen Verfolgten im Osten vergießen, allerdings nur, wenn es sich dabei um einen Pfaffen oder einen reaktionären Schriftsteller, wie Solschenizyn handelt, schaltete man plötzlich um. Jetzt bei den Arbeiterprozessen hatten sie eher Lob für die ach so "milden" Gerichtsurteile übrig. Man meinte eigentlich, daß für Leute, die Autos anzünden, Parteilokale stürmen, die Strafen nicht allzu hart ausgefallen wären. Und außerdem fand man es ganz richtig, daß die polnischen Gerichte "politische Entschuldigungen nicht gelten ließen" (Kurier vom 5. Juli) und daß man auch bei uns - "denken wir an die Verwüstung des Iberia-Büros in Wien durch linksgerichtete Demonstranten" - es ebenfalls nicht tut. Und daß dies gut sei. So zeigt die Bourgeoisie ihr Gesicht, wenn es, trotz aller Differenzen zur neuen Ausbeuterklasse Polens, gegen die Arbeiterklasse geht.

Die Lage der polnischen Bourgeoisie ist nicht rosig

Für die herrschende Klasse in Polen bieten sich jetzt keine guten Perspektiven. Denn die polnische Wirtschaft hat seit Jahren unlösbare Probleme. Die polnischen Machthaber sahen sich gezwungen, in Ansprachen vor der Öffentlichkeit die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen sie stecken, einzugestehen. Der Gesamtwert der Agrarproduktion sinkt von Jahr zu Jahr, in Landwirtschaft und Viehzucht konnten die Planziele für die vergangenen zwei Jahre nicht erfüllt werden, die Getreideerträge waren 1975 um 15 % niedriger als 1974, die Produktionsziffern von Ölpflanzen, Kartoffeln, Gemüse, Obst und Zucker fielen deutlich, der Viehbestand ging zurück, die Fleischanlieferungen blieben unter dem Plan und die Milchproduktion sank. Die Auslandsschulden Polens haben nun 8 Milliarden Dollar erreicht und die Handelsbilanz weist ein immer größeres Defizit auf. Die Inflation nimmt erste Ausmaße an: in fünf Jahren hat sich die zirkulierende Geldmenge mehr als verdoppelt. Auf dem Markt sind die Waren sehr knapp. Das ist die Folge der jahrelangen Ausplünderung durch die Sowjetunion und der Herrschaft der neuen Bourgeoisie, die vollkommen von der SU abhängig ist. So ist es auch nicht verwunderlich, daß sich der polnische Partei- und Regierungschef Gierek zur Zeit in Moskau befindet und dort mit Breschnjew gemeinsam versucht, die Schwierigkeiten, in denen sie da drinnen sind, zu lösen.

Mit der Spaltung des Volks will sie Verschlechterungen für alle durchsetzen

Die Fleischpreise und die Preise für Geflügel werden noch in diesem Jahr um 35 % erhöht. Der ursprüngliche Plan der polnischen neuen Bourgeoisie war, die Preise für Fleisch und Geflügel um 69 % anzuheben. Alle anderen Preise für Nahrungsmittel sollen in diesem Jahr nicht mehr, sondern erst im kommenden Jahr erhöht werden. Stattdessen wurde beschlossen, die Preise für die Bauern zu erhöhen: Seit dem 14. Juli wurde mit diesem Beschluß u.a. Viehfutter um 45 %, Dünger um 20 %, Saatgut um 45 %, landwirtschaftliche Maschinen um 30 %, Zement um 60 %, Holz um 45 % und Kalk um 40 % teurer. Im Durchschnitt verteuerten sich alle diese Artikel, die für die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte benötigt werden, um



1970: Arbeiter der Warski-Werft, Stettin, die sich während des Streiks beraten. Damals erreichten die Arbeiter den Sturz der Gomulka-Clique.

40 %. Damit diese sich jetzt in der Erntezeit weniger auswirkenden Preiserhöhungen insbesondere von den zahlreichen, noch als Privateigentümer produzierenden Kleinbauern hingenommen werden, wurden sie schmackhaft gemacht durch Anhebung der vom Staat festgesetzten Erzeugerpreise. So sollen sie für Getreide 40 %, für Kartoffeln 30 %, für Zuckerrüben 12 %, für Fleisch und Geflügel 20 %, für Milch 20,2 % und für Eier 15 % mehr bekommen.

Im Durchschnitt werden die Erzeugerpreise um 20 % erhöht. Damit die Bauern an den neuen Maßnahmen der Regierung nicht so schnell kaputt gehen, wird ihnen im Kommuniqué des Ministerrats über diese Maßnahmen empfohlen, Kredite aufzunehmen.

Mit diesem Beschluß will die Gierek-Regierung sich als Freund der Bauern ausgeben, und sie für die Preiserhöhungen gewinnen. Damit will sie sich eine Rückendeckung gegen die Arbeiter schaffen, um die billigen Preiserhöhungen der Grundnahrungsmittel durchziehen zu können. Die Bauern sollen gegen die Arbeiter ausgespielt werden, doch draufzahlen sollen beide, sowohl die Arbeiter, als auch die kleinen Bauern.

-R-

(Material aus "Zycie Warszawy", Peking-Rundschau, Neue Zürcher Zeitung, Berichte von polnischen Genossen und Kommunistische Volkszeitung)



Ursus/Warschau: Arbeiter blockieren die Schienen der Zugsverbindung Paris-Warschau-Moskau.

Aufruf der KP Polens

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Polens, die von den revisionistischen Machthabern Polens verboten ist, hat am 26. Juni die polnischen Arbeiter und die anderen Werktätigen aufgerufen "ihre Wachsamkeit zu bewahren, sich wie ein Mann zusammenzuschließen und auf ihre eigene Kraft zu vertrauen, um den konterrevolutionären Angriff der herrschenden Clique mit einem revolutionären Gegenangriff zu beantworten und durch neue Kämpfe bereits errungene Siege zu festigen." Bezugnehmend auf die breite Streikbewegung vor fünf Jahren und die seitherige Entwicklung in Polen heißt es in dem Aufruf: "In den vergangenen fünf Jahren hat die Gierek-Clique einen großen Schritt in Richtung der Verwandlung Polens in eine Halbkolonie des russischen Sozialimperialismus getan. Das Land ist unter das imperialistische Schuldenjoch geraten und hat sich in einen billigen Markt für internationales Kapital verwandelt. Bürgerliche Ideologie und Kultur nehmen eine beherrschende Stellung im Lande ein... 1970 versuchte Gomulka wie ein Dieb, den Arbeitern durch Preissteigerungen 15 Milliarden Zloty aus der Tasche zu ziehen, was ihm jedoch nur eine Ohrfeige einbrachte. Nun legt Gierek dem Proletariat auf einen Schlag eine Rechnung von 97 Milliarden Zloty vor, mit einer geplanten Erhöhung der Lebenskosten von über 16 Prozent. Trotz seiner einmaligen Demagogie hat er statt Geld ebenfalls nur eine Ohrfeige bekommen... Die Arbeiterklasse hat völlig recht, wenn sie auf den abenteuerlichen Akt der Aufhebung der Preiseinfrierung mit der Einfrierung der Fabriken antwortet..... Der Kampf ist noch nicht zu Ende, aber dieser Sieg ist von großer Tragweite. Er zeigt die gewaltige Stärke des Proletariats, seine Einheit im Kampf und macht wahrhaftig die ganze Arbeiterklasse kämpferisch und revolutionär. Er hat die bürgerliche Clique um Gierek demaskiert, Gierek in seiner Schwäche gezeigt und sein Ansehen unter den revolutionären Massen stark erschüttert. Die Bourgeoisie ist zwar unter dem Druck des revolutionären Proletariats zum Rückzug gezwungen worden, sie hat jedoch den Gedanken an einen zweiten Versuch nicht aufgegeben. Sie hat bereits einen neuen Vorschlag für Preiserhöhungen angekündigt. Arbeiter! Seid wachsam und bereit zum Kampf und laßt euch nicht durch die Verfechter des bürgerlichen Systems betrügen!"
(Nach Peking Rundschau 29/1976)

„Nieder mit der falschen Partei!"

Von den Kämpfen in der Industriestadt Radom, die am heftigsten und erbittertsten von den Arbeitern und einem überwiegenden Teil der Bevölkerung geführt wurden, war bis jetzt nur bekannt, daß sie heftig waren. Dies konnte man einer Rede des Stadtpräsidenten Karwicki entnehmen, die dieser auf einer zusammengetrommelten Pflichtversammlung am 30. Juni in Radom hielt. Der abgedruckte Bericht von Augenzeugen zeigt das Ausmaß der Kämpfe und die politische Stoßrichtung. Ähnlich sind die Auseinandersetzungen in den meisten polnischen Industriezentren verlaufen.

Die Nachricht über die beabsichtigten Preiserhöhungen für Nahrungsmittel hatte zur Folge, daß am frühen Morgen des Freitags, 25. Juni, die Belegschaften sämtlicher Fabriken den Generalstreik beschlossen. Die Leitung der Streikbewegung lag in Händen der Arbeiter aus der Waffen- und Munitionsfabrik "General Walter", die bis dahin als der politisch zuverlässigste Betrieb galt. Die Arbeiter formierten sich in Achterreihen wie zu einem Demonstrationszug. Sie trugen rote Fahnen und sangen die "Internationale". Zunächst gingen sie zum Waffendepot, um sich mit Gewehren und Maschinenpistolen zu bewaffnen. Die Lager waren jedoch leer. Offensichtlich hatten die Behörden die Waffen in der Nacht vorsorglich entfernen lassen. Die Demonstranten marschierten zunächst zu den anderen Industriebetrieben; ihr Zug wurde von Stunde zu Stunde länger. Ihm schlossen sich Arbeiterinnen aus der größten polnischen Schuh- und Lederfabrik "Radoskor", Belegschaften der Reparaturwerkstätten der Eisenbahn, der Vereinigten Fabriken der polnischen Tabakindustrie, der Produktionswerke der telefonischen Einrichtungen und vieler anderer kleinerer Betriebe an. Auch Jugendliche aus mehreren Berufs- und Fachschulen sowie aus Gymnasien liefen mit. Die hinteren Reihen eines kilometerlangen Aufmarsches bildeten Tausende von Hausfrauen.

Die Demonstranten zogen zum Woiwodschaftskomitee der kommunistischen Parteibehörde und wollten dort mit dem Ersten Sekretär, Janusz Prokopiak, über eine Resolution verhandeln, in der die sofortige Annullierung der Preiserhöhungen sowie soziale Verbesserungen in besonders vernachlässigten Betrieben verlangt wurden. Prokopiak sollte diese Resolution sofort Parteichef Gierek telefonisch zur Kenntnis bringen. *Der Parteifunktionär lehnte jedoch ab, mit den demonstrierenden Arbeitern zu sprechen.* Die Folge war ein erster Ausbruch von parteifeindlichen Sprechchören. Als die Haltung der Arbeiter immer aggressiver wurde, erschien der Zweite Parteisekretär Adamczyk und erklärte, man sei bereit, mit einer Delegation zu verhandeln. Nach einem erregten Wortwechsel zwischen Adamczyk und den Arbeitern über Lohnverhältnisse wurde der Sekretär von diesen angegriffen. Er mußte sich in Hemd und Unterhose unter einem Steinhagel ins Parteigebäude flüchten.

Die Arbeiter beschlossen, das Parteikomitee zu stürmen. Mit einem Traktor rammte man das Eingangstor. Als man im Speisesaal große Mengen von Exportschinken und Luxuswaren fand, geriet die Menge in noch größere Wut. Sie begann, das Gebäude zu demolieren. Möbel, Akten und Teppiche wurden aus den Fenstern geworfen, mit Benzin übergossen und unter der Parole *"Nieder mit der falschen Partei!"* verbrannt. Viele warfen Parteiausweise ins Feuer. Dienstwagen wurden ebenfalls angezündet. Schließlich brannte das ganze Gebäude.

Die Miliz versuchte einzugreifen, zog sich aber bald zurück, weil sie zu schwach war. Die Demonstration breitete sich auf die ganze Stadt aus. Man stürmte andere Amtsgebäude, so den Sitz der Polizeikräfte, des Woiwoden und der Kommunalbehörden. Auch die Villa des Ersten Parteisekretärs wurde angezündet. Die Feuerwehr wurde am Löschen der Brände gehindert. Angehörige der Radomer Garnison der Streitkräfte griffen nicht ein. Hingegen schickte Warschau Elitetruppen der Sicherheitskräfte aus Golędzinow mit Flugzeugen und Helikoptern. Die Arbeiter errichteten Barrikaden, gossen vor den stürmenden Polizeitruppen Benzin aus und entzündeten es. Es kam zu regelrechten Straßenschlachten. Die Polizisten schossen nicht, sondern kämpften mit neuartigen schweren und langen Schlagstöcken. Arbeiterinnen und Hausfrauen entwendeten aus den geplünderten Metzgereien Hackmesser und gingen damit gegen die Polizei vor. Die Kämpfe dauerten vom Nachmittag bis in den Abend hinein. Erst nach dem Einsatz von Tränengas gelang es den Sicherheitstruppen, die Barrikaden zu besteigen. Gegen 23 Uhr hatten die Sicherheitstruppen die Kontrolle über die Stadt gewonnen. Augenzeugen behaupten, daß es Hunderte von Verletzten und mindestens 17 Tote gegeben hat. Das deckt sich mit Schilderungen von Ärzten, die von überfüllten Operationssälen und Ambulatorien sprechen. Am nächsten Tag begannen die Massenverhaftungen und Schnellprozesse, die von fünf Tag und Nacht arbeitenden Richterkollegien abgewickelt wurden.

(aus Neue Zürcher Zeitung vom 24.7.1976)





Streikdemonstration der Arbeiter von Motor Iberica, die seit 28. April im Streik stehen: "Für die Wiedereinstellung der Entlassenen, Gegen Sanktionen, Entlassungen - nein, Arbeit - ja". Die Frauen der Arbeiter kämpfen gemeinsam mit ihren Männern, Sie demonstrierten in ihren Arbeitsanzügen und schloßen sich einen Monat in einer Kirche ein, bis diese von der Guardia Civil "gesäubert" wurde. (rechtes Foto)

Spanien:
Regierung versucht einen Ausfall

Nach einem Monat fortgesetzter Demonstrationen und Kundgebungen in allen größeren Städten Spaniens für die Freilassung aller politischen Gefangenen hat Juan Carlos jetzt ein Dekret über eine Amnestie unterzeichnet. Noch einen Tag zuvor schoß die Guardia Civil in eine Arbeiterdemonstration in Madrid, die die Wiedereinstellung von aus politischen Gründen entlassenen Kollegen forderte, und verletzte einen Arbeitervertreter durch einen Genickschuß schwer. Die Arbeiter mehrerer Großfabriken Madrids traten daraufhin in den Streik.

Es heißt, die Amestie werde für alle politischen Gefangenen zutreffen mit Ausnahme derer, die an direkten Gewaltverbrechen beteiligt waren, alle politisch Exilierten könnten zurückkehren. Damit wäre diese Amnestie der Regierung Suárez das weitgehendste Zugeständnis, das eine faschistische Regierung an den Willen des kämpfenden spanischen Volkes bisher machen mußte.

Schon aber haben die Aktionen gegen diese Art der Amnestie begonnen, die wichtige Teile des antifaschistischen Widerstandes ausschließt wie z.B. die Mitglieder der ETA, die auf die Gewaltaten der Guardia Civil und faschistischen Folterknechte am baskischen Volk mit Gewalt beantwortet haben. 40 politische Gefangene im Madrider Gefängnis Carabanchel sind in den Hungerstreik getreten.

"Man muß eine wirkliche nationale Versöhnung erreichen und Differenzen und Widersprüche überwinden.." Ein "erster Schritt zur Versöhnung der Spanier"

Das erste Zitat entstammt der Regierungserklärung, in der Juan Carlos zur Amnestie aufgefordert wird. Das zweite die Reaktion von Carillo, dem Vorsitzenden der revisionistischen KP Spaniens auf die Ankündigung einer Amnestie. (Volksstimme, 1.8.1976) Dieser Einklang der Meinungen und Ziele läßt erkennen, was die Regierung Suárez mit ihrer halben Amnestie zum gegenwärtigen Zeitpunkt bezweckt. Sie konnte erstmals auf Zustimmung der bürgerlichen Opposition rechnen, diese hat sie auch erhalten, auch von der "Demokratischen Koordination", in der Sozialisten, Revisionisten und Christdemokraten zusammengeschlossen sind. In einer Situation, in der das spanische Volk immer ungestümer für seine politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten eintritt, für die Auflösung der faschistischen Repressionsorgane, die Wiedereinstellung aus politischen Gründen entlassener Arbeiter, in einer Situation, in der die Arbeiter ohne Rücksicht auf die schwierige Lage der spanischen Bourgeoisie und ihr Profitstreben um ihren Lohn kämpfen und das so vehement, daß sie auch Erfolge erzielen - in dieser Situation finden faschistische Regierung und bürgerliche Opposition einen Punkt der Übereinstimmung. Sie setzen sich damit in die Lage, ihre bisher geheim geführten Verhandlungen darüber, wie die Herrschaft der Ausbeuterklassen friedlich fortgesetzt werden könne, in Zukunft auch öffentlich und offizieller zu führen. Schon haben die Führer der "Demokratischen Koordination" ein Verhandlungsangebot an die Regierung gerichtet, in dem es heißt, daß ein Übergang zu einem demokratischen Regime vor allem aus wirtschaftlichen Gründen rasch und ohne längeres Zögern vollzogen werden muß (Neue Zürcher Zeitung, 1./2.8.) Rasch muß es für sie deshalb gehen, weil das spanische Volk von Tag zu Tag radikaler wird, nicht auf "nationale Versöhnung" aus ist, sondern auf den Kampf gegen seine Unterdrücker, nicht auf halbe Freiheiten, sondern auf die volle Herrschaft des Volkes über sein Land, was nur geht durch die Unterdrückung und Niederhaltung seiner Unterdrücker, der Enteignung des in- und ausländischen Monopolkapitals. Ein revolutionäres Volk fürchtet die Bourgeoisie, die an der Macht ist, genauso wie die Teile, die sich erst an der Macht beteiligen wollen. Deshalb werden sie jedes Zugeständnis, das der faschistischen Regierung durch die breiten Kämpfe des Volkes abgerungen wurde, dazu benutzen wollen, ihr Betrugsmanöver der friedlichen Demokratisierung des faschistischen Spanien fortzusetzen.

Zwischen Griechenland und der Türkei gibt es seit Jahren verschiedene Konflikte, die in den letzten Jahren die Weltöffentlichkeit besonders auf diesen Bereich achten ließen. Vor zwei Jahren war dies der Zypernkonflikt, der bis heute nicht geregelt ist. Jetzt ist es der Streit um das Öl in der Ägäis. Griechenland beansprucht das Hoheitsrecht über die ganze Ägäis. Die Türkei spricht Griechenland dieses Recht ab und stellt den Anspruch, Souveränitätsrecht über den Teil der Ägäis zu haben, der den Festsockelteil von Anatolien umschließt. Griechenland argumentiert seine Ansprüche damit, daß auch die Inseln zum Festsockelanteil gerechnet werden müßten. Danach würde die Türkei nur auf die Küstengewässer Anspruch erheben können.

Dieser Konflikt wurde in den letzten Wochen zum Hauptstreitpunkt zwischen den beiden Ländern, als nämlich die Türkei ein Forschungsschiff "SISMIK 1" zwischen die griechischen Inseln Lesbos und Limnos schicken wollte. Griechenland warnte die Türkei mit der Drohung, sie würde dieses Forschungsschiff versenken, wenn es tatsächlich griechische Hoheitsgewässer berühren sollte. Die Türkei entgegnete auf diese Drohung, ihrem Schiff durch die Kriegsmarine Geleitschutz zu geben. Das türkische Schiff wollte in diesem Raum nach Öl bohren. Griechenland und die Türkei sind an einer Nutzung eigener Ölresourcen stark interessiert. Besonders die Türkei ist von Importen abhängig. Griechenland hat zwar in der Nähe der thrakischen Hauptstadt Kavala günstige Ölfunde ausfindig gemacht, leidet aber an einem chronischen Handelsbilanzdefizit, das es durch eine weitere starke Verringerung der Importe abbauen will.

Die Supermächte ringen um die Vorherrschaft im Mittelmeer

Weltweite Bedeutung bekommt dieser Konflikt aber allein durch diese Tatsachen noch lange nicht. Tatsächlich ist die Lage in der Ägäis deshalb so gefährlich, weil sich die beiden Supermächte die Konflikte zwischen Griechenland und der Türkei für ihre Hegemoniebestrebungen zunutze machen, bei denen die Vorherrschaft über das östliche Mittelmeer einen der entscheidensten Faktoren darstellt. Beim Zypernkonflikt vor zwei Jahren sah man das schon sehr deutlich, als sowohl die USA als auch die SU sofort ihre Truppen mobilisierten und massive Einmischungsversuche starteten, was den ganzen Konflikt erst so bedrohlich für die ganze Welt machte. Auch beim Kampf um die Ägäis geht nicht von

Hinter dem Griechenland -Türkei Konflikt:
Das Weltherrschaftsstreben der beiden Supermächte

der Türkei und Griechenland das hauptsächliche "Kriegsgerassel" aus, sondern von den beiden Supermächten, insbesondere von der Sowjetunion.

Sowohl Griechenland als auch die Türkei sind NATO-Staaten, die vom westlichen Imperialismus abhängig sind. Die USA hatte bisher die Vorherrschaft über das östliche Mittelmeer. Die sozialimperialistische Sowjetunion nützt die Widersprüche zwischen diesen beiden Staaten und den USA aus, um ihrerseits in das Einflußgebiet der USA eindringen zu können und das östliche Mittelmeer zu beherrschen. Dieser Teil des Mittelmeeres hat ganz besondere militärisch-strategische Bedeutung im Ringen der beiden Supermächte um die Weltherrschaft, dessen Schwerpunkt Europa ist. Das östliche Mittelmeer ist das Bindeglied zwischen dem Nahen Osten und Europa. Beide Supermächte ringen darum, die Faust auf den Nahen Osten halten zu können, um mit dem Ölhahn ein Mittel zu haben, Europa zu beherrschen.

Beide Supermächte ringen um Europa, weil die Beherrschung Europas die Beherrschung der Welt bedeutet. In diesem Ringen stehen sich die beiden Supermächte unversöhnlich gegenüber, objektiv treibt dieses Ringen einem neuen Weltkrieg entgegen.

Aufgrund dieser Tatsachen wird der Konflikt zwischen Türkei und Griechenland so gefährlich. Die Auseinandersetzungen in diesem Raum zeigen der ganzen Welt aufs Neue, wie sehr die Kriegsgefahr täglich zunimmt.

Die SU setzt eine wichtige Offensive

Am 5. Juli schon hätte die "SISMIK 1" auslaufen sollen. Die USA aber setzten die Regierung unter Druck, mit den Forschungsarbeiten zu warten. Vor einigen Tagen ist es zu einem Kompromiß zwischen Griechenland und der Türkei gekommen, der bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen den beiden NATO-Staaten im Moment unwahrscheinlich macht. Die "SISMIK" soll nur seismologische Untersuchungen vornehmen, aber im umstrittenen Festlandsockelgebiet nicht nach Erdöl bohren. Griechenlands Hoheitsrechte um die Ägäis-Inseln sollen nicht verletzt werden, die Forschungen sollen sich auf die Oberfläche, also auf internationale Gewässer beschränken. Die griechische Flotte greift gegen die "SISMIK" nicht ein, hat ihre Militärmanöver in Zentralgriechenland eingestellt, und die türkische Kriegsmarine sieht vom massiven Geleitschutz ihres Forschungsschiffes ab. Dieser Kompromiß entschärft die Spannungen momentan. Er ist vor allem auf Druck der USA entstanden.

Die USA sind an einer Auseinandersetzung jetzt nicht unmittelbar interessiert. Im Moment verschlechtert sich nämlich das Kräfteverhältnis in der Ägäis zuungunsten der USA. Die sowjetischen Sozialimperialisten haben ihre Einheiten in der Ägäis bedeutend verstärkt. Zum ersten Mal ist es einem sowjetischen Flugzeugträger, der "KIEW", gelungen, den Bosporus und die Dardanellen zu passieren. Die Türkei hätte der SU die Durchfahrt aufgrund der Bestimmungen von Montreux aus dem Jahre 1936 verbieten können. Diese Bestimmung sagt, daß keine Angriffswaffen eine Meerenge passieren dürfen. Aber die Türkei bezeichnete die "KIEW" als U-Boot-Abfangjäger (Defensiveinheit). Nach verschiedensten Meldungen westlicher Diplomaten und griechischer Zeitungsagenturen ist die "KIEW" mit 30 Yak-36-Senkrechtstartern und 25 Hubschraubern ausgerüstet. Am 30.8. - 2 Wochen später - schickten die Sozialimperialisten weitere 3 Kriegsschiffe durch den Bosporus: 2 Raketenzerstörer und 1 Schnellboot; (nach "Neue Zürcher Zeitung" 1./2.8.1976) Daß die Türkei die sowjetischen Schiffe durchläßt, hängt mit ihren Forderungen an die USA zusammen, Militärkredite freizugeben. Die sowjetischen Sozialimperialisten nützen die Spannungen zwischen den NATO-Partnern und die daraus entstandene ungünstige Lage für die USA, um ihre Expansionspolitik im Mittelmeer zu verstärken. Gleichzeitig verstärkten sie auch die Flotte im indischen Ozean, der die Ufer Asiens und Ostafrikas umspült. Mit dieser massiven Intensivierung ihrer Flottenpolitik zeigen sie ihre wachsende Aggressivität und daß sie nichts unversucht lassen, die Herrschaft über die ganze Welt zu erlangen. Jede Schwächung der USA nutzen sie, um sich in deren Einflußgebieten festzusetzen. Durch diese Schritte hat sich die Kriegsgefahr auf der Welt verstärkt.

Reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein!

Der frühere Ministerpräsident der Türkei, Bülent Ecevit, nannte vor einigen Tagen in einer Rede vor Kissinger und Ford die Gründe, warum die Konflikte zwischen Griechenland und der Türkei so schwer zu lösen sind. Er sagte, es sei eine historische Erfahrung, daß die Griechen und Türken immer dann in Schwierigkeiten seien, wenn die USA sich einmischten. "Laßt uns allein", sagte er " und dann sind die Voraussetzungen gegeben für eine generelle und simultane Diskussion sämtlicher ungelöster Fragen..."

Beide Länder, Griechenland und die Türkei, sind in besonderem Maße wirtschaftlich von den westlichen Imperialisten abhängig. Zunehmend versuchen auch die Sozialimperialisten, sich mit Krediten und Kapitalexport festzusetzen. Die amerikanische 6. Flotte und III. Eskadra der SU kreuzen zwischen den beiden Ländern hin und her und bemühen sich um Stützpunkte.

Um Ruhe in der Ägäis zu schaffen, müssen die Völker Griechenlands und der Türkei die Abhängigkeit von den Imperialisten abschütteln, die fremden Truppen aus den Ländern jagen und die fremden Flotten aus dem Mittelmeer vertreiben. Die Forderungen der Völker Griechenlands und der Türkei sind auch unsere Forderungen:

AUFLÖSUNG ALLER MILITÄRSTÜTZPUNKTE IM MITTELMEERRAUM!

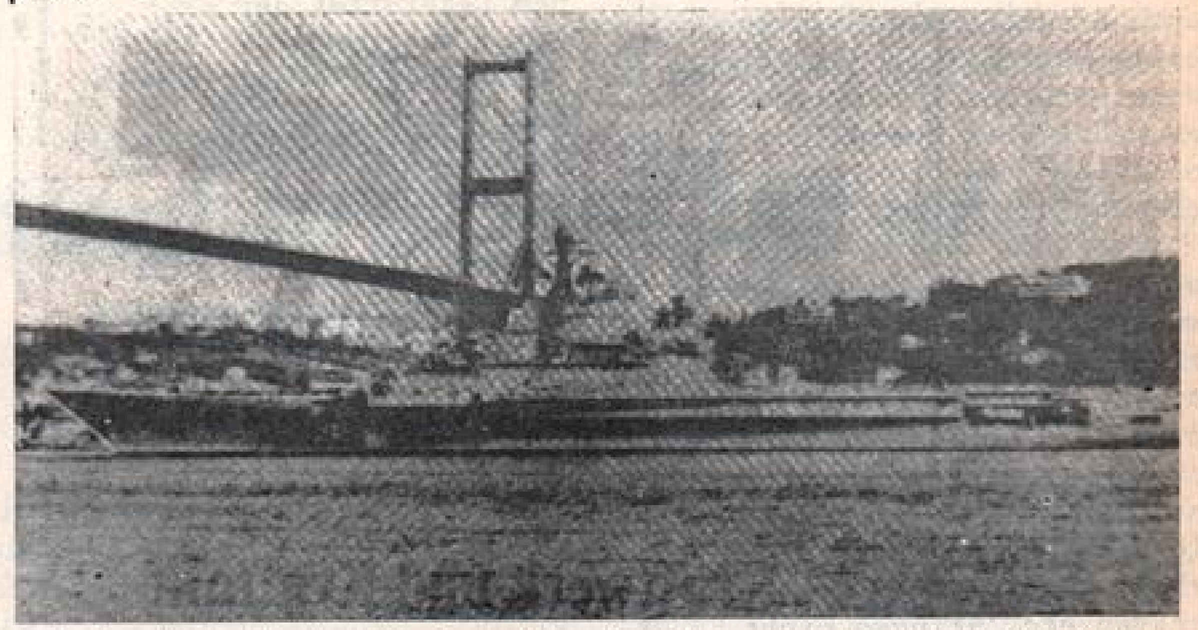
ABZUG ALLER FREMDEN TRUPPEN AUS DEM MITTELMEERRAUM!

ABZUG ALLER FREMDEN FLOTTEN AUS DEM MITTELMEER!

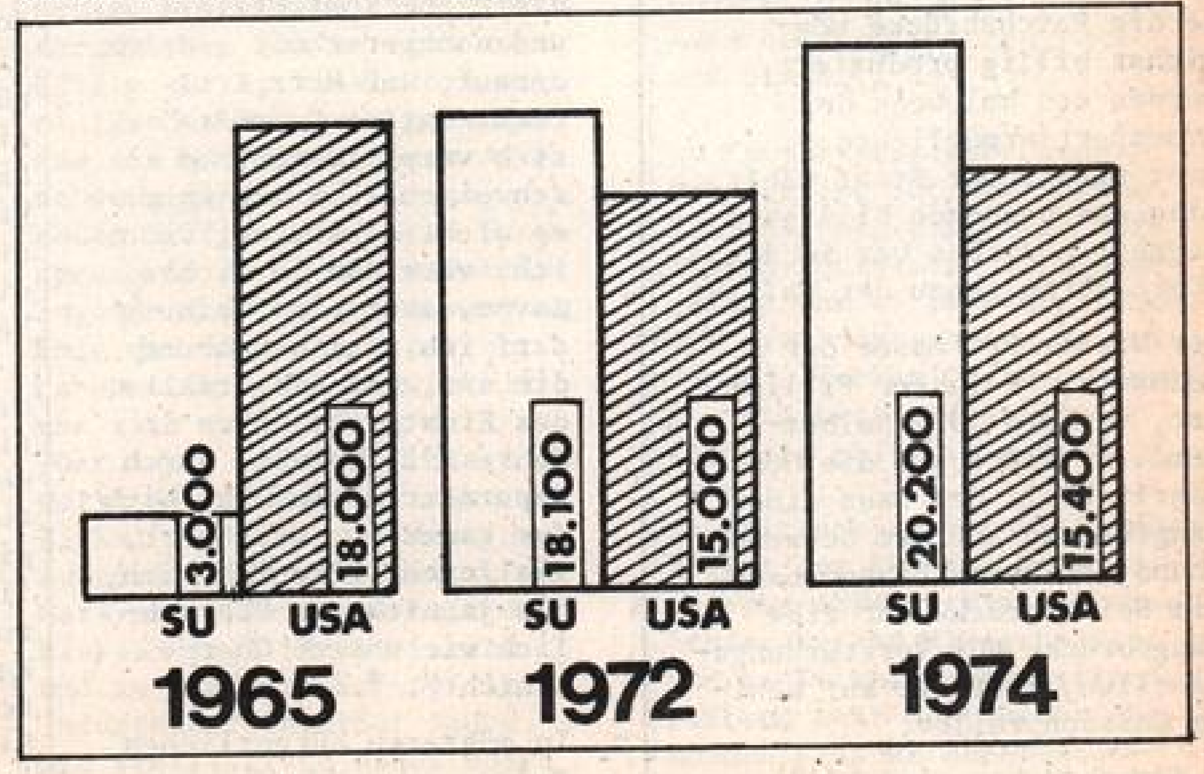
GRIECHENLAND UND TÜRKEI - RAUS AUS DER NATO!

Der Kampf um diese Forderungen ist ein Beitrag im Kampf gegen die Kriegsgefahr durch die beiden Supermächte. Die Erfüllung der Forderungen wird die Bedingungen für die Völker Griechenlands und der Türkei verbessern, die in den Ländern herrschenden Lakaien der Imperialisten zu stürzen und dort Staaten zu errichten, die in der Lage sind, sich die Imperialisten vom Leib zu halten, und die selbst keine expansionistischen Bestrebungen hegen.

A.B.



Mit der "Kiew" haben die Sozialimperialisten erstmals einen Flugzeugträger im Mittelmeer. Seit ihrer Machtergreifung im Jahr 1956 haben die neuen Zaren systematisch versucht, auch die Herrschaft auf den Weltmeeren zu erringen. Allein die Entwicklung der Flottenstärken im Mittelmeer zeigt, welch gewaltsame Anstrengungen die Sozialimperialisten setzen, um mit den USA konkurrieren zu können und sie im Kampf um die Weltherrschaft zu schlagen.



Die Skizze zeigt die Präsenz von US- und Sowjetmilitärschiffen nach Schiffstagen; ein Schiffstag ist ein Tag pro Einheit in einem bestimmten Meer. Dabei entsprechen 20.000 Schiffstage einer durchschnittlichen Verbands- und Flottenstärke von 55 Schiffen.

Reichsbrücken-Einsturz: Schuld ist der Kapitalismus

Samstag, den 1. August, um 4 Uhr 43, stürzte die Wiener Reichsbrücke ein. Der Techniker Karl Kretschmer, der sie zu der Zeit überqueren wollte, ertrank. Die Reichsbrücke war der am meisten befahrene Verkehrsweg Österreichs. Sie wurde in einer Stunde von 18.000 Fahrgästen allein öffentlicher Verkehrsmittel passiert. 27 Stunden später wären somit Tausende ertrunken.

"Ursache - Schlamperei" - meldete die Kronenzeitung, nachdem sich schnell zeigte, wie wenig von der Bourgeoisie ausgestreute Gerüchte, daß Slowenen, Bauern oder Partisanen sie gesprengt hätten, bei der werktätigen Bevölkerung verfingen. "Schlamperei schon vor Baubeginn" meldet auch die Volksstimme.

Die tatsächlichen Ursachen für den Einsturz liegen in den Verhältnissen, unter denen die Brücke gebaut und benützt wurde - in den Verhältnissen des Kapitalismus. Geschwätz über "unfähige Politiker" und "Schlamperei" soll das vernebeln.

Auf welche Weise kommen Bauten von der Art der Reichsbrücke zustande? Zunächst vergibt der bürgerliche Staat den Auftrag an Firmen. In ihrer Konkurrenz untereinander unterbieten sie sich, um den Auftrag zu erhalten. Brücke, Dämme, Straßen etc. bringen nicht unmittelbar wieder Profit. Sie haben auch keinerlei politische Bedeutung für das internationale Gewicht der Herrschenden, wie etwa die UNO-City. Folglich sollte die Reichsbrücke möglichst billig produziert werden und halbwegs den Transport ermöglichen - mehr nicht. Der Staat wählt also das passende billigste Angebot aus. Das war in den 30er Jahren genau der Fall.

Der Wiener Professor der Mechanik, Professor Fillinger, verübte 1937 Selbstmord. Er hatte auf die Gefährlichkeit des Baus einer Hängebrücke auf dem Schwemmgrund der Donau hingewiesen. Die Reichsbrücke war eine Hängebrücke auf Verstärkungslamellen, gestützt auf wenige Caissonpfeiler.

- Hängebrücken sind billiger als Brücken auf normaler Konstruktion und verlangen weniger Materialaufwand. Gleichzeitig sind sie gefährdeter, weil der Einsturz eines Teils den Einsturz der ganzen Brücke nach sich zieht.
- Die Pfeiler der Brücke waren auf sogenannte Caissons gestellt, die im Boden versenkt waren; Caissons sind weitaus billiger als Stahlbetonpfähle. Sie können sich sehr leicht senken; schon bei der ersten Belastungsprobe 1937 senkte sich die Reichsbrücke um 5 cm. Höchstzulässig waren 8 mm!

Haben Firmen den Auftrag ergattert, versuchen sie wiederum mit allen Mitteln die Kosten zu senken, um den Gewinn zu erhöhen. Beim Bau der Reichsbrücke senkten die Firmen auf verschiedene Weise die Kosten:

- die Fundamente wurden schwächer gebaut, um Material zu sparen. In einem Leserbrief der Kronenzeitung vom 6.8. heißt es: "Als die Brücke erbaut wurde, war ich 14 Jahre. Mein Großvater hatte einen Freund namens Ertl, der bei der Firma Waagner-Biro Werkmeister war. Dieser hatte uns erzählt, daß er sich geweigert hatte, obwohl man ihm mit Entlassung drohte, weiterzuarbeiten, denn die Berechnungen können nicht stimmen und er will an einem Massenmord nicht mitschuldig sein (wie Sie aber wissen, war damals eine große Arbeitslosigkeit). Da Herr Ertl sich aber so hartnäckig weigerte, weiterzuarbeiten, hat man nochmals die Pläne kontrolliert und nachgerechnet und kam darauf, daß Herr Ertl recht hatte. Er mußte sich verpflichten, zu schweigen (..) Ich kann es nicht behaupten, denn ich verstehe ja nichts davon, aber eine Meinung darf ich wohl haben und die ist, daß die Ursache des Einsturzes schon im Jahre 1936 begann, durch Reparaturen usw. hat sich das ganze nur verzögert. Vielleicht irre ich mich, bin ja nicht so überheblich wie unsere Oberschicht".
- In mehreren bürgerlichen Zeitungen wurde zugegeben, daß mindestens ein Pfeiler mit unverhältnismäßig hohem Sandanteil gebaut wurde. In der Baubranche ist dies eine weitverbreitete Praktik, um die Materialkosten zu senken.
- Um die wahre Materialbeschaffenheit zu verdecken, wurden die Pfeiler überspritzt.

Ist die Brücke gebaut, so ist der Staat gesetzlich verpflichtet, bestimmte Sicherheitskontrollen einzuhalten.

- Bis 1971 unterstand die Reichsbrücke dem Bautenministerium. In der ganzen Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg wurde die Brücke einmal, 1952, generalüberholt. Diese "Hauptprüfungen" erfordern großen Aufwand, daher führte sie der Staat seither nicht durch.
- Außer sporadischen Einfachprüfungen wurde sie bloß einmal monatlich durch einen Werkmeister mit einem Fernglas überprüft!
- Seit die Reichsbrücke der Gemeinde Wien untersteht, wurde sie nicht mit einem Brückeninspektionsgerät untersucht, dessen Einsatz wiederum großen Aufwand erfordert hätte.
- Die Bolzen der Verstärkungslamellen, die große Bedeutung für die Tragfähigkeit haben, wurden niemals ausgewechselt.

Diese Sicherheitsvorschriften wurden folglich nicht aus "Schlamperei" so eingehalten, wie es der Fall war, sondern deshalb, weil dies die billigste Methode war. Der Bau der Lieserbrücke in Kärnten, deren Einsturz mehrere Arbeiterleben forderte, hat eine ähnliche Vorgeschichte. Von der Floridsdorferbrücke in Wien sagen selbst schon die bürgerlichen Zeitungen, daß sie einsturzgefährdet sei. Die Philadelphiabrücke in Wien mußte 1975 wegen Einsturzgefahr gesperrt werden, die Praterbrücke hat den bekannten "Knick".

Die ganze Planung, Konstruktion und Kontrolle der Wiener Reichsbrücke ist danach ausgerichtet gewesen, dem kapitalistischen Staat möglichst geringe Kosten aufzuhalsen und den beteiligten Kapitalisten möglichst große Gewinne zu bringen. Die Mittel für diese Ausgaben werden den Werktätigen über die Massensteuern durch den bürgerlichen Staat abgepreßt.

Schlagartig reißt der Einsturz der Reichsbrücke das ganze Elend kapitalistischer Stadtplanung auf: Zehntausende Werktätige, die Tag für Tag von Satellitensiedlungen nördlich der Donau zu ihren Arbeitsplätzen auf der anderen Seite der Stadt fahren müssen, sind nun gezwungen, über Monate hinaus wenigstens eine halbe Stunde früher aufzustehen. Ebensolange benötigen sie für den Heimweg. Umgekehrt stellt es sich ebenso für einen großen Teil der Arbeiter und Angestellten der Floridsdorfer und Stadlauer Betriebe, die südlich der Donau wohnen. Die Folgen des Einsturzes treffen somit in erster Linie diese Massen von Wiener Arbeitern und Angestellten, deren Lage als "Pendler" innerhalb der Stadt sich drastisch verschlechtert.

Den berechtigten Haß der Werktätigen auf den kapitalistischen Verwaltungsapparat versucht die SPÖ-Gemeinde führung durch ein großes Betrugs- und Ablenkungsmanöver aufzufangen, wobei sie ÖVP, FPÖ und KPÖ, die auf dem Boden der selben Argumentation stehen, tatkräftig unterstützen:

- Stadtrat Hofmann muß zurücktreten. Bürgermeister Gratz bietet seinen Rücktritt an und läßt sich gleichzeitig "zwingen", zu bleiben.
- Die Traisenbrücke, gegen deren Bau sich seit Monaten die Bevölkerung des 20. und 21. Bezirks wehrt, weil er ihre Wohnverhältnisse stark verschlechtern würde, "ist nun hochaktuell" (AZ). Die Bewohner der Viertel östlich der Nordbahnbrücke, in ihrer Mehrheit arbeitende Menschen, sollen damit ausgespielt werden gegen die anderen Werktätigen, die unmittelbar vom Einsturz der Reichsbrücke betroffen sind.

Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse haben den Einsturz der Reichsbrücke bedingt. Staat und Gemeinde sichern diese Verhältnisse. Die Arbeiter und Angestellten Wiens werden nicht dulden, daß der Einsturz der Reichsbrücke zum Anlaß genommen wird, um ihnen weitere Verschlechterungen aufzuhalsen.

a.g.